

Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und



Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 85.

Dienstag, den 23. October 1894.

Jahrgang III.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.
" " mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr.
Einzelnegemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **19. October 1894** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Gröbl.

Bürgermeister Dr. Gröbl: Die Versammlung ist beschlußfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung wegen Unwohlseins. Herr Gem.-Rath Strobach entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung. Herr Gem.-Rath Gerhards ist durch eine Reise verhindert, an den nächstwöchentlichen Gemeinderaths-Sitzungen theilzunehmen.

2. Herr Karl Wittgenstein hat einen Brief an mich gerichtet, in welchem es heißt (liest): „In Anbetracht des heran nahenden Winters erlaube ich mir, Ihnen beiliegend den Betrag von 5000 fl. für die Armen der Stadt Wien zu übersenden.“ (Beifall.)

Es wird dem Spender für diese hochherzige Widmung der Dank ausgesprochen.

3. Herr Friedrich Paulik, k. k. Hofschüler, spendete für die Armen des III. Bezirkes einen Betrag von 500 fl. und zur Vertheilung an arme Bürger im Bürger-Versorgungshause, welche dem Tischlerhandwerke angehörten, einen Betrag von 200 fl.

4. Ein Ungenannter hat anstatt eines für den verstorbenen Victor Mitt. v. Boschan zu widmenden Kranzes für Arme einen Betrag von 100 fl. gespendet.

Ein Ungenannter spendet 300 fl. für Arme anlässlich eines hundertsten Geburtsfestes.

5. Herr Jakob Eißler hat dem Franz Josef-Jugendstift einen Betrag von 50 fl. gespendet.

Den Spendern wird der Dank ausgesprochen.

6. Im Auftrage und dem Beschlusse des Gemeinderathes gemäß habe ich dem Herrn Hofballmusik-Director Johann Strauß aus Anlaß seines fünfzigjährigen Jubiläums die Glückwünsche der Gemeinde ausgesprochen. Der Herr Hofballmusik-Director hat mich erjucht, der Gemeindevertretung den verbindlichsten Dank auszusprechen.

7. Se. Excellenz der Herr Statthalter theilt die Abschrift eines Erlasses vom 13. October 1894 an die Wiener Tramway-Gesellschaft mit. Dieser Erlass lautet (liest):

„Nachdem der von der geehrten Tramway-Gesellschaft mit der Eingabe vom 13. October 1894, Nr. 4257, vorgelegte neue Entwurf der Winterfahrordnung den Anforderungen des h. o. Erlasses vom 11. October 1894, Z. 80585, wegen Ausdehnung des verstärkten Nachmittags-, beziehungsweise Abendverkehrs entspricht, nimmt die Statthalterei keinen Anstand, diesen Fahrplan als Provisorium bis zum erfolgten Abschlusse der Begutachtung der Winterfahrordnung seitens der k. k. General-Inspection der österr. Eisenbahnen und vorbehaltlich der auf Grund dieses Gutachtens seinerzeit zu fällenden definitiven Entscheidung zu genehmigen.

Hievon wird die geehrte Tramway-Gesellschaft unter Anschluß eines genehmigten Exemplares dieses provisorischen Fahrplanes zur weiteren entsprechenden Veranlassung in die Kenntnis gesetzt.“

Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

8. Die k. k. Polizei-Direction theilt mit, daß das Mandat der Herren Gem.-Räthe Gfornner und Hasfurthner als Mitglieder der Gewölbwach-Commission abgelaufen sei, und ersucht um die Vornahme der Neuwahl.

9. Die Actiengesellschaft für Wasserleitungen, Beleuchtungs- und Heizungsanlagen theilt mit (liest):

„In Ausführung des Beschlusses des Stadtrathes der Stadt Wien vom 11. September d. J., mit welchem uns die Bewilligung

ertheilt wurde, im Bezirke Meidling eine probeweise Beleuchtung mit Wassergas zweier Straßentheile durchzuführen, erlauben wir uns die Mittheilung, daß dieselbe nunmehr in Gaudenzdorf, Badgasse und Schönbrunner Hauptstraße, ausgeführt ist und laden den löbl. Gemeinderath ein, dieselbe zu besichtigen."

Ich werde mir erlauben, die Herren zu dieser Besichtigung einzuladen.

Ich bitte um Mittheilung der Einkünfte.

10. Schriftführer Gem.-Rath Schrenk: Eine Petition überreicht durch Herrn Gem.-Rath Röhrl folgenden Inhaltes (liest):

„Mehrere Hauseigenthümer des XIII. Bezirkes bitten um Einlösung und Demolierung einer Häusergruppe und Erweiterung des Rudolfsheimer Marktplatzes.“

(Diese Petition hat nachstehenden Wortlaut:)

Löblicher Gemeinderath!

Mit Rücksicht darauf, daß die Stadt Wien jederzeit die größten Opfer bringt, um Verkehrshindernisse zu beseitigen und die Straßen zu erweitern und zu verschönern, erlauben sich die ergebenst gefertigten Hauseigenthümer aus dem XIII. Bezirke Neu-Benzing, Marktgasse, dem löblichen Gemeinderathe folgendes Promemoria zu unterbreiten.

An der äußersten Grenze der Schönbrunnerstraße, am Knotenpunkte des XIII. und XIV. Bezirkes und in unmittelbarer Nähe des Rangierplatzes der Rudolfsheimer Tramwayremise steht eine Gruppe alter sanitätswidriger Häuschen, deren Beseitigung für die Umgebung wie für den allgemeinen Verkehr von großer Wichtigkeit wäre. Denn hier ist einer der frequentesten Plätze Wiens, auf welchem den ganzen Tag ein lebhafter Personen- und Wagenverkehr herrscht, und ist es insbesondere der hier beginnende Rudolfsheimer Central-Victualien- und Heumarkt, welcher zur Hebung desselben wesentlich beiträgt. An dieser frequenten Stelle steht das auffallend schmale auf einem Grundstreifen von 30 Schritten Länge und nur 6 Schritten Breite isolierte einstöckige Haus Nr. 99, welches von der Schönbrunnerstraße, Kaisergasse, Marktgasse und dem Remiseplatze eingeschlossen ist. Es hat weder Hofraum noch Pacht Hof und die Aborte sind in den kleinen Wohnräumen der beiden Hausinsassen, eines Gemischtwarenhändlers und Frieurs, untergebracht. Draußen an der äußersten Ecke der Straßenfront liegt das Tramwaygeleise kaum einen Meter vom Hause entfernt, so daß für das Trottoir gar kein Platz übrig bleibt und es nur ein Wunder ist, wenn bisher trotz des lebhaften Verkehrs sich keine größeren Unglücksfälle ereignet haben.

Aber auch die auf dem Territorium des XIV. Bezirkes stehende Häusergruppe Nr. 97 und 95 weisen dieselben Uebelstände auf. Diese beiden Häuser sind gegen die Schönbrunnerstraße zu, also an der Frontseite ebenerdig, in der rückwärtigen Marktgasse einstöckig.

Auch hier gibt es keine Lichtböfe, keine den sanitären Anforderungen entsprechenden Aborte, und die Luft ist gesundheitschädlich. Die der Marktgasse zugewendeten Rückseiten der beiden Häuser bieten einen trostlosen Anblick und sind einer Ruine ähnlich. Die Ubcationen daselbst sind ein kleiner Tabakladen, ein Holz- und Kohlenmagazin und zwei kleine tiefliegende Gewölbe, zu denen eine Treppe hinabführt und die an Dirnen vermietet sind, welche daselbst ihr Schandgewerbe betreiben. Nicht viel besser sieht es im Hause Nr. 95 aus.

Es wäre gewiss nur im Interesse des Bezirkes und der nach Schönbrunn führenden Hofstraße gelegen, wenn die drei bezeichneten alten sanitätswidrigen Häuser, welche den Verkehr hemmen, dem Aufschwunge des Marktes hinderlich sind und eine nicht weniger als angenehme Augenweide bieten, der Demolierung anheimfallen würden. Der Markt würde dadurch vergrößert und die dadurch entstehende Platzgebur der Stadt Wien eine Einnahme bieten, welche die verursachten Kosten reichlich ersetzen würden.

Gestützt auf diese Ausführungen stellen die ergebenst gefertigten die ergebene Bitte:

Ein löblicher Gemeinderath Wien wolle bei Affianierung der Stadt einer der schönsten Straßen unserer Metropole: der Schönbrunnerstraße seine Aufmerksamkeit und Geneigtheit gütigst zuwenden, die hier angeführten Uebelstände prüfen und in Erwägung ziehen und Veranlassung treffen, daß die den Verkehr hemmende Häusergruppe, die ohnehin dem Verfall geweiht ist, beseitigt und dem so wichtigen Rudolfsheimer Markte ein neues Territorium erschlossen werde, auf welchem er sich ausbreiten und naturgemäß entfalten kann.

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenk (liest):

11. Interpellation des Gem.-Rathes Koske:

In dem von der Regierung in der vorletzten Sitzung des Abgeordnetenhauses eingebrachten Heimatsgesetze sind Bestimmungen enthalten, welche auf

die finanzielle Gebarung der Gemeinde direct und indirect eine nachhaltige, belastende Wirkung äußern werden.

Zu Rücksicht hierauf erlaube ich mir die Anfrage zu stellen:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, über die Rückwirkung der beabsichtigten Reform des Heimatsgesetzes auf die Finanzen der Stadt Wien Erhebungen anzuordnen, deren Vornahme so rasch bewerkstelligt werden müßte, daß das Ergebnis derselben schon bei den demnächst beginnenden Ausschußberatungen verwendet werden könnte?

Bürgermeister: Ich habe sofort nach dem Erscheinen des Entwurfes des neuen Heimatsgesetzes denselben der Magistratsdirection mit dem Auftrage wegen Berichterstattung zugemittelt. Die Vorlage wird demnächst erfolgen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenk (liest):

12. Interpellation des Gem.-Rathes Sebastian Grünbeck:

Die Rohrleitung in Hernalz ist zum größten Theile hergestellt und circa 500 bis 600 Anmeldungen wegen Anbohrung sind schon seit drei bis vier Wochen beim Bezirksamte gemacht worden, jedoch vergebens wartet man auf dieselbe.

Die Anbohrungsarbeiten, welche von nur zwei Partien hergestellt werden, machen pro Tag vier bis fünf Anbohrungen, und würde so weiter gearbeitet, müßte man jahrelang warten, bis in den 1410 Häusern in Hernalz das Wasser vollständig eingeleitet ist.

Daß diese Arbeitseinteilung dringend abzuändern ist, ist wohl selbstverständlich, wenn man in der Hernalser Bevölkerung nicht den Glauben erwecken will, daß die Rohrleitung wohl vorhanden, aber das Wasser zu wenig ist und die Verzögerung absichtlich geschieht, wenn man bedenkt, daß der Winter vor der Thüre und Jögern wohl nicht am Plage ist.

Ich stelle daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage,

ob er nicht geneigt wäre, den Unternehmer, der die Anbohrung von der Wasserleitung von Hernalz auszuführen hat, aufzufordern, statt der jetzt functionierenden zwei Arbeitspartien, die ja in keinem Verhältnisse zur Arbeitsleistung stehen, acht bis zehn Partien sofort aufzustellen, damit die Wasserabgabe an die Hausbesitzer rascher als bisher durchgeführt werden kann?

Bürgermeister: Ich werde über den Gegenstand Erhebungen pflegen und trachten, daß diese Arbeiten möglichst beschleunigt werden.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenk (liest):

13. Interpellation des Gem.-Rathes Dr. Aht:

In der Gemeinderaths-Sitzung vom 20. Juni 1893 habe ich den Antrag gestellt:

„Der Gemeinderath der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wolle eine Petition an die hohe Regierung dahin gehend richten, daß ehebalbigst das allgemeine gleiche und directe Wahlrecht in alle Vertretungskörper des Staates, des Landes und der Gemeinde für alle Staatsbürger, welche die bürgerliche Eigenberechtigung besitzen, gesetzlich festgesetzt werde.“

In der Motivierung zu diesem Antrage habe ich darauf hingewiesen, daß es in erster Linie der Hauptstadt unseres Reiches zusteht, das möglichste beizutragen, um den dormaligen ungerechten Zuständen betreffs des Wahlrechtes abzuhelfen.

Und ungerecht, ja jeder politischen Gleichberechtigung hohnsprechend muß es genannt werden, daß nur eine kleine Anzahl von Staatsbürgern das Wahlrecht in die Vertretungskörper besitzt, während hunderttausende von der Blutsteuer und den indirecten Steuern schwer belastete Staatsbürger jedes Wahlrecht entbehren.

Nachdem seit Einbringung meines Antrages fast anderthalb Jahre verfloßen sind, ohne daß derselbe dem Gemeinderathe zur Beschlußfassung vorgelegt worden wäre, nachdem aber jeder Tag der Hinausschiebung des allgemeinen Wahlrechtes die Fortsetzung einer politischen Ungerechtigkeit bedeutet, stelle ich die ergebenste Anfrage:

1. Warum ist mein Antrag dem Gemeinderathe noch nicht zur Beschlußfassung vorgelegt worden?

2. Was gedenkt der Herr Bürgermeister zu thun, damit mein Antrag ehebalbigst zur Verathung gelangt?

Bürgermeister: Dieses Referat ist vom Magistrate vorgelegt worden und liegt nunmehr dem Stadtrathe zur Beschlußfassung vor. Sobald es möglich ist, wird das Referat hier erstattet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

14. Interpellation des Gem.-Rathes Köhrl:

In Hühners auf der Schönbrunnerstraße befindet sich seit undenklichen Zeiten ein offener Markt. Die Obstverkäufer daselbst hatten täglich bis 8 Uhr abends ihren Verkauf ausgeliebt. Seit 14 Tagen wurde jedoch durch das Marktcommissariat der Verkauf des Obstes schon mit Beginn der Dämmerung eingestellt.

Es werden sonach diese Steuerzahler tief geschädigt und zwar ohne Grund; die Stände sind vorschriftsmäßig beleuchtet und bisher noch nie von dem k. k. Polizeicommissariat weder aus Verkehrs- noch aus Sicherheitsgründen beanstandet.

Ich stelle daher folgende Anfrage:

Ist der Herr Bürgermeister bereit, dahin zu wirken, daß diesen tief geschädigten armen Steuerzahlern ihr altes erworbenes Recht, bis abends Obst zu verkaufen, wieder aufrecht erhalten bleibe?

Bürgermeister: Ich werde über den Gegenstand Erhebungen pflegen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

15. Interpellation des Gem.-Rathes Weitmann:

Bei den Vorschriften für die Einkommensteuer I. Classe, welche die Steuerpflichtigkeit des ganzen Jahres ausweisen, wird auf das bereits vorher gezahlte Drittel der Erwerbssteuer desselben Jahres keine Rücksicht genommen, sondern erst bei der Abstattung der Steuerpflichtigkeit an der Steueramtscaffa diese vorher gezahlten Theilbeträge in Abzug gebracht. Es hat dies nicht nur Verzögerungen und andere Mißstände für den Steuerpflichtigen zur Folge, sondern es ist dieser Vorgang auch gegen das Interesse des Staates und der anderen an der Steuerleistung sich beteiligenden Corporationen, wie Land, Stadt und Handelskammer, da der Steuerpflichtige durch die Höhe der ihm vorgeschriebenen Einkommensteuer erschreckt, überhaupt die Steuerzahlung unterläßt, während er bei der vorgeschriebenen, ihn eigentlich treffenden, viel geringeren Steuerleistung viel leichter an die Abstattung derselben gehen würde.

Der Gefertigte erlaubt sich daher die Anfrage:

ob der Herr Bürgermeister geneigt ist, diesen Unzukömmlichkeiten im Wege einer Vereinbarung mit den k. k. Steueradministrationen und eines Auftrages an die städtischen Steuerbehörden zu beheben?

Bürgermeister: Ich betrachte diese Interpellation als eine Anzeige und werde sie dem Magistrate zur Erledigung übergeben.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

16. Anfrage des Gem.-Rathes Kreindl:

Die Döblinger Hauptstraße im XIX. Bezirke in Ober-Döbling, zur Hohen Warte führend, geht zuerst circa 150 m lang steil abwärts und steigt dann wieder bedeutend an. An der tiefsten Stelle bei der Herrngasse in Unter-Döbling und rechts davon bei der Varawitzgasse ist, nachdem nur eine schmale Straße ohne Trottoir besteht, die Passage für Fußgänger geradezu unmöglich (das gleiche gilt von fast allen Straßen des ganzen XIX. Bezirkes), weil einerseits dort der Hauptwagenverkehr für die Arbeiten bei den Verkehrsanlagen besteht, andererseits eine Straßenerweiterung um circa 7 m stattfindet, womit eine 1½ m hohe Anschüttung verbunden ist.

Die bezüglichlichen Arbeiten verzögern sich auf eine geradezu unglaubliche Weise und ist das Publicum mit Recht über die dadurch herbeigeführten Unzukömmlichkeiten umso mehr indigniert, weil der Winter mit seinem noch schlechteren Wetter vor der Thüre ist.

Ich stelle somit die Anfrage:

1. Sind dem Herrn Bürgermeister diese ganz unerträglichen, die Bewohnerschaft des XIX. Bezirkes tief schädigenden Verhältnisse bekannt?

2. Ist derselbe geneigt, sofort die erforderlichen Schritte, darunter auch bei der Verkehrs-Commission zu machen, um diesen Verhältnissen ein Ende zu bereiten und die gefährdete Verkehrsmöglichkeit wieder herzustellen?

Bürgermeister: Ich werde über diesen Gegenstand Erhebungen pflegen, eventuell das Erforderliche veranlassen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

17. Anfrage des Gem.-Rathes Dr. Gehmann:

Wie in den öffentlichen Blättern verlautet, gedenkt die Leitung der Wiener Tramway-Gesellschaft in nächster Zeit das gesammte Verkehrsunternehmen einer neu zu gründenden Actiengesellschaft zu übertragen, welche als „Wiener Centralbahn-Gesellschaft“ das Tramwaynetz auszubauen und elektrisch zu betreiben hätte.

Offenbar um den Übernahmepreis durch eine künstlich erhöhte Rentabilität möglichst hinaufzuschrauben, hat ein System der Ausnützung menschlicher und

thierischer Kraft und Leistungsfähigkeit bei dieser Unternehmung plaggegriffen, welche die Grenze nicht nur des sittlich Erlaubten weit überschreitet, sondern mit den bestehenden Gesetzen und behördlichen Vorschriften im schreienden Gegensatz steht.

Das Pferdmaterial wird bei der Wiener Tramway-Gesellschaft in jüngster Zeit so elend gefüttert, daß die Thiere vor Hunger buchstäblich die eigenen Excremente verzehren und es wiederholt vorgekommen ist, daß die Pferde vor Hunger und Überanstrengung so ermattet waren, daß sie zusammenstürzten und auf der Strecke ausgespannt werden mußten. Zugleich wird die Ersparungslust so weit getrieben, daß den Pferden im Stalle keine oder nur verschwindend wenig Streu geworfen wird, die im letzteren Falle von den halbverhungerten Thieren sofort verzehrt wird, so daß dieselben sich nicht niederlegen und daher auch nicht ordentlich ausrasten können.

Noch rücksichtsloser wird mit den Bediensteten verfahren, die in der unmenschlichen Weise ausgebeutet und überdies noch in systematischer Weise durch Strafen jeder Art gequält werden. Wenn die durch Hunger und Überanstrengung herabgekommenen und leistungsunfähig gewordenen Pferde von den Kutschern mit der Peitsche angetrieben werden, so werden die Kutscher wegen des kleinsten Peitschenhiebes weit mehr, selbst mit achtstägiger Suspension vom Dienste, also Lohnverlust, ja sogar mit Entlassung bestraft. Hält aber der Kutscher nur um wenige Minuten die Fahrzeit nicht ein, so wird er andererseits ebenso hart bestraft und so bei dem durchaus erschöpften Pferdmaterial vor ein unlösbares Dilemma gestellt. Der Zweck dieser Seccatur, durch welche die Leute geradezu zur Verzweiflung getrieben werden, ist offenbar, möglichst viele, insbesondere ältere gebiente und daher provisionsberechtigte Leute aus dem Dienste der Gesellschaft zu treiben, um so die Verpflichtungen des betreffenden Fonds und der Gesellschaft zu erleichtern.

Sehr häufig kommt es vor, daß das Stall- und andere Professionisten-Personale zu Fahrdiensten bis zu einer 20stündigen Arbeitsdauer pro Tag herangezogen wird, während andererseits die Auskutsch- und Conducteure durch vier Jahre und länger bei einem so elenden Lohne als provisorisch dienen müssen, daß sie sich nicht genügend Brod für sich und ihre Familie zu kaufen vermögen; und all dies geschieht nur, um Ersparungen willen, die thatsächlich diesen armen Leuten vom Leibe geschunden werden. Da nun durch ein solches Vorgehen nicht nur gegen Gesetz und behördliche Vorschriften seitens der Verwaltung der Wiener Tramway-Gesellschaft verstoßen wird, sondern auch die Interessen des Verkehrs im Wiener Gemeindegebiete bei der Fortdauer solcher Zustände gefährdet erscheinen, somit öffentliche Interessen dadurch in hohem Maße tangiert erscheinen, so stellt der ergebenst Gefertigte an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

ob derselbe geneigt ist, sich zur Beseitigung dieser scandalösen Zustände mit dem Präsidium der k. k. Polizei-Direction ins Einvernehmen zu setzen, beziehungsweise dasselbe auf die bei diesem Unternehmen herrschenden scandalösen Verhältnisse behufs Abstellung derselben aufmerksam zu machen.

Bürgermeister: Ich werde über den Gegenstand Erhebungen pflegen und mich an die competenten Körperschaften wenden.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

18. Interpellation des Gem.-Rathes Brauneis:

Wenn ein Fremder mit der Westbahn ankommt und bei der ehemaligen Marienhilfslinie hineinfährt, so muß derselbe einen schönen Begriff von der Großstadt Wien bekommen, denn es herrschen daselbst durch die Demolierung der dortselbst bestandenen Objecte trostlose Zustände.

Wenn nicht jetzt noch in kurzer Zeit dieser Platz reguliert wird und die Einwinterung eintritt, so bleiben diese Zustände über den ganzen Winter.

In Anbetracht dessen erlaube ich mir an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage zu stellen:

Wäre der Herr Bürgermeister nicht geneigt, das Stadtbauamt zu beauftragen, daß dieser Übelstand ehestens beseitigt wird?

Bürgermeister: Ich werde darüber demnächst berichten.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

19. Interpellation des Gem.-Rathes Brauneis:

Die Pflasterung der Schönbrunnerstraße im XIV. und XV. Bezirke befindet sich in einem sehr defecten Zustande; die Straße ist voller Löcher und, wie ich aus sicherer Quelle erfahren habe, sollen auch schon mehrere Unglücksfälle vorgekommen sein.

Ich erlaube mir daher an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

Wäre der Herr Bürgermeister nicht geneigt, dahin zu wirken, daß diesem Übelstande auf dieser frequenten Straße abgeholfen werde?

Bürgermeister: Ich werde mich diesfalls mit dem k. k. Straßenrath ins Einvernehmen setzen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenkh (liest):

20. Antrag des Gem.-Rathes Dr. Nechansky und der Unterfertigten:

Im Reichsrathe sind die Gesetze, welche eine Änderung der directen Steuern bezwecken, in einer ersten Verhandlung. Es besteht dabei die Gefahr, daß solche Bestimmungen getroffen werden, aus welchen sich für die Gemeinde Wien ein Ausfall in ihren Einnahmen ergeben wird.

Die Aufgaben der Gemeindeverwaltung der Reichshauptstadt sind besonders große, und es ist nur zu erwarten, daß dieselben wachsen werden.

Es besteht die Überzeugung, daß eine Reform der Gemeinde-Einnahmen nothwendig sein wird, welche dieselben theilweise auf neue Grundlagen stellt, sich den veränderten Besitzverhältnissen der Jetztzeit anpaßt und eine Vermehrung der Einnahmen durch bessere und gerechtere Vertheilung der Gemeindesteuern zur Folge haben kann.

Der Staat geht daran, seine directen Steuern im Zeichen der Zeit zu reformieren, und der Effect für die Gemeinde Wien soll eine Verkürzung ihrer Einnahmen sein!

Unter diesen Umständen erwächst der Gemeindevertretung die Pflicht, in klarer und bestimmter Weise zu der Frage Stellung zu nehmen und sich gegen jegliche Verkürzung zu wehren.

Es wird daher beantragt:

an die hohe Regierung eine Petition zu überreichen, welche die Stellung der Gemeinde zur geplanten Steuerreform genau und entschieden zum Ausdruck bringt, und wird weiter beantragt, den Magistrat zu beauftragen, in möglichst kurzer Zeit die nöthige Vorlage auszuarbeiten.

Bürgermeister: Der Stadtrath hat sich heute bereits mit dieser Angelegenheit beschäftigt und sich mit einem Memorandum einverstanden erklärt, welches ich als Bürgermeister die Absicht habe, morgen Sr. Excellenz dem Herrn Finanzminister zu überreichen. Unter einem hat der Stadtrath den Wunsch ausgesprochen, daß demnächst dem Gemeinderathe eine Vorlage unterbreitet werde, damit demselben die Gelegenheit geboten sei, zu der in Verhandlung stehenden Reform der Steuergesetzgebung Stellung zu nehmen. Sobald diese Vorlage ausgearbeitet sein wird, werde ich die Ehre haben, dieselbe dem Stadtrathe und somit dem Gemeinderathe vorzulegen.

Der Antrag Dr. Nechansky geht an den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenkh (liest):

21. Antrag des Gem.-Rathes Schneeweis:

Da durch die Aufstellung der Verkaufshütte für australisches Fleisch in der Großmarkthalle im III. Bezirke das Gewölbe sowie der Eingang in das Gemischtwarengeschäft der Frau Katharina Böhm beinahe ganz verdeckt wird, erlaube ich mir den Antrag zu stellen:

Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen, die Verkaufshütte für australisches Fleisch sei auf den leeren Platz neben dem Eisengitter der Hauptstraße zu verlegen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenkh (liest):

22. Antrag des Gem.-Rathes v. Götz und Genossen:

Durch das Gesetz vom 9. Juli 1891, R.-G.-Bl. Nr. 97, wurde im § 1 rückfichtlich der Gebäude, welche in den nach Art. I des n.-ö. Landesgesetzes vom 19. December 1890, R.-G.-Bl. Nr. 45, mit der Reichshaupt- und Residenzstadt zu einer Gemeinde vereinigten Gemeinden und Gemeintheilen liegen, bestimmt, daß die Veranlagung der Gebäudesteuer auf Grund der bestehenden Gebäudesteuer-Vorschriften, vom Jahre 1890 angefangen noch für die Dauer von fünf Jahren in derselben Art und nach demselben Ausmaße wie vor der Vereinigung mit Wien zu erfolgen hat.

Diese Begünstigung erfolgte in der Voraussetzung, daß innerhalb der fünf Jahre die Ausgestaltung der ländlichen Bezirke mit theilweise städtischem Charakter, wozu die Verkehrsanlagen, Sammelcanäle zc. gehören, möglich sei und hiedurch die für die Vororte durch die Hinausrückung der Verzehrungssteuerlinie drückende Erhöhung der indirecten Steuern minder fühlbar gemacht werden.

Nachdem diese Voraussetzungen nach der Sachlage bis Ende 1895 nicht zu gewärtigen ist, und die Gleichstellung der Steuerquoten von 1896 an mit Alt-Wien, die ohnedies in keiner beneidenswerthen Lage befindlichen Hausbesitzer empfindlich treffen würde, so stelle ich den Antrag:

Der löbliche Gemeinderath beschließe, eine wohlmotivirte Petition an die beiden Häuser des hohen Reichsrathes mit der Bitte zu überreichen, durch ein Reichsgesetz die Wirkung des § 1

des Gesetzes vom 9. Juli 1891, R.-G.-Bl. Nr. 97, auf weitere fünf Jahre, demnach bis inclusive 1900, auszudehnen.

Bürgermeister: Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung zugewiesen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenkh (liest):

23. Antrag der Gem.-Räthe Dr. Gehmann, Stehlik und Genossen:

Dem Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrathes wurde am 16. October d. J. eine Regierungsvorlage über das Heimatsrecht unterbreitet. Bei der hohen Bedeutung und tief einschneidenden Wirkung, welche dieser Gesetzentwurf nach eventueller Annahme durch die beiden Häuser des Reichsrathes und Sanctionierung seitens der Krone für die Großcommune Wien in finanzieller, wie in vielen anderen Hinsichten haben müßte, stellen die Gefertigten den Antrag:

Der löbliche Gemeinderath möge beschließen, es sei der Magistrat zu beauftragen, dem Gemeinderathe innerhalb längstens vier Wochen über die Wirkung dieser eventuellen Änderung des Heimatsrechtes auf die Großcommune Wien eingehend zu berichten und das hiezu erforderliche statistische Materiale vorzulegen, damit ein löblicher Gemeinderath rechtzeitig in die Lage komme, der Regierung und der beiden Häuser des Reichsrathes seine diesbezüglichen Wünsche und Ansichten zu unterbreiten.

Bürgermeister: Die Verhandlung über diesen Gegenstand ist bereits anhängig. Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung zugewiesen. Die Versammlung ist einverstanden.

Gem.-Rath Steiner (zur Geschäftsordnung): Als heute vor drei Wochen das Referat über die Bewilligung eines Zuschusses credits zur Herstellung der Neustiftgasse erstattet wurde, wurde von Seiten des Herrn Collegen Frauenberger der Antrag gestellt, daß das Referat vertagt und ein Bericht dem Gemeinderathe vorgelegt werden soll. Es hat auch diese Frage Stadtrath v. Billig ventilirt, und es hat sich der damalige Herr Vorsitzende, Vice-Bürgermeister Dr. Richter, bereit erklärt, zu veranlassen, daß dieser Bericht über das unqualificierbare Geld zum Fenster hinauswerfen des Stadtbauamtes dem Plenum des Gemeinderathes vorgelegt werde. Ich habe vor 14 Tagen den Herrn Bürgermeister in seinem Bureau gebeten, er möge veranlassen, daß der Bericht dem Gemeinderathe vorgelegt werde, und es ist über die eingegrabenen 24.000 fl. bis heute noch kein Bericht vorgelegt. Die Straße ist in einem solchen schlechten Zustande, daß sie jetzt nicht befahren werden kann. Ich erlaube mir an den Herrn Bürgermeister die Bitte zu richten, ob er nicht geneigt wäre, bis zur nächsten Sitzung den Mitgliedern des Plenums den Bericht zu übermitteln.

Bürgermeister: Der Bericht ist mir noch nicht zugekommen; ich werde ihn urgieren, mache aber darauf aufmerksam, daß das eine Interpellation ist, welche eine Viertelstunde vor Beginn der Sitzung eingebracht werden sollte. Ich werde die Sache urgieren und hoffe, daß der Bericht in der nächsten Sitzung vorliegen wird.

Gem.-Rath Steiner: Ich danke für die Belehrung, aber auf die Interpellation geben Sie mir eine Antwort, die Ihnen gefällig ist.

Bürgermeister: Ich kann nicht mehr thun, als daß ich sage, ich werde die Sache urgieren und hoffe, daß der Bericht bis zur nächsten Sitzung vorliegen wird.

Wir kommen zur Tagesordnung, Herr Gem.-Rath Ritter v. Neumann!

24. (8111.) Referent Gem.-Rath Ritt. v. Neumann: Beilage Nr. 239. Es handelt sich um eine Baulinienbestimmung anlässlich der Parcellierung des fürstlich Pichtenstein'schen Brau-

hauses im IX. Bezirke. Die fürstlich Liechtenstein'sche Hofkanzlei ist bereit, das Brauhaus zu parcellieren, wenn die dem geehrten Gemeinderathe hier vorliegende Baulinienbestimmung genehmigt werden sollte. Es wurde bei der Verhandlung von der fürstlich Liechtenstein'schen Hofkanzlei nach dieser Richtung hin ein Wunsch ausgesprochen, dem im Plane auch Rechnung getragen wird, daß die Wiefengasse nicht durchgeführt werde, sondern bloß die Marktgasse, damit ein entsprechender Baublock sich ergebe, welcher für die dortige Stadtanlage passend ist und für Etablierung von Gewerben genügend Raum bietet.

Die Baulinienbestimmung schließt sich im allgemeinen den bereits getroffenen Baulinienbestimmungen an. So ist die Straßenbreite und die Bauflucht in der Liechtensteinstraße zufolge einer früheren Bestimmung mit 17 m hier im Plane eingezeichnet.

Es wird ferner projectiert, die Spittelauergasse in der Breite von 18.9 m durchzuführen; gegen eine frühere Bestimmung jedoch wird eine Abweichung in der Weise projectiert, daß nunmehr die Baulinie p Z, wie sie im Plane eingezeichnet erscheint, zur Geltung kommt. Es wird ferner beantragt, die Augasse geradlinig mit der Breite von 15 m durchzuführen und gegenüber den Häusern 1 und 3 in der Augasse ebenfalls eine Straßenbreite von 15 m zu projectieren.

Die Fläche, welche sich dadurch ergibt, bezeichnet mit den Buchstaben V, II und IV, soll nach dem Antrage des Stadtrathes der Verbauung zugeführt werden.

Seitens des Bezirkes ist allerdings der Wunsch ausgesprochen worden, daß dieser Platz für einen Kinderspielplatz reserviert werde. Die Größe desselben ist aber so gering und seine Lage so ungünstig, daß er sich zu einem Kinderspielplatz kaum eignet, so daß es weit zweckmäßiger ist, ihn der Verbauung zuzuführen.

In dem Plane ist ferner ersichtlich, daß das fürstlich Liechtenstein'sche Brauhaus von einer Straße im Zuge der Marktgasse in einer Breite von 15 m und von einer Quergasse durchzogen werden soll, welche in winkelförmiger Form abgelenkt und von der Vereinsgasse gegen die Spittelauergasse gezogen wird.

Ferner ist projectiert, die Wagnergasse, die dermalen nur 11 m Breite besitzt, auf 15 m zu verbreitern und hiebei auch noch eine Regulierung in der Weise vorzunehmen, daß die Marktgasse geradlinig, wie im Plane mit den Buchstaben a und b bezeichnet, gezogen wird.

Es wird ferner beantragt, gegen den Platz die Linie v u zu bestimmen, um eine größere Platzbildung an dieser Stelle zu erzielen.

Das sind die Anträge des Stadtrathes, welche sich auf dem Plane darstellen, und ich erlaube mir nun, dieselben zu verlesen.

Es wird beantragt (liest):

„1. die Änderung der Baulinien in der Spittelauergasse nach p z einerseits, nach t u v andererseits (das Stück Q t entfällt wegen der Ausmündung der neuen Gasse), Straßenbreite 18.96 m;

2. geradlinige Verlängerung der Augasse nach der Linie II IV mit der Straßenbreite von 15 m und 6 m langen Abkappungen bei II und IV;

3. Bestimmung der Baulinie gegenüber Nr. 1 und 3 Augasse nach der Linie II V mit der Breite von 15 m und der 6 m langen Abkappung bei II und V;

4. Änderung der Baulinie in der Wagnergasse nach a b einerseits und c d, e f h andererseits, dann h i in der Wagners-

gasse mit der Straßenbreite von 15 m, jedoch ohne Fortsetzung der Wiefengasse über die Wagnergasse hinaus;

5. Bestimmung einer im Winkel gebogenen neuen Gasse, zwischen Liechtensteinstraße und Spittelauergasse, nach den Linien j k, l m Q und q r s t mit der Straßenbreite von 15 m;

6. Verlängerung der Marktgasse bis zur neuen Gasse nach den Linien d k und e l mit der Breite von 15 m;

7. Von der Fortsetzung der Wiefengasse, dann von der Verengerung der Ausmündung der Spittelauergasse in die Liechtensteinstraße, endlich von der Schaffung eines Kinderspielplatzes beim Dreiecke (Ausmündung der Augasse) wird abgesehen.“

Ich bitte um die Annahme dieser Anträge.

Gem.-Rath Schuß: Meine Herren! Ich begrüße es mit Freude, daß einmal für den IX. Bezirk eine kleine Parkanlage, wenn auch in sehr bescheidener Weise, entsteht.

Was jedoch die Verlängerung der Augasse betrifft, so weiß ich nicht, ob der Herr Referent die Güte gehabt hat, sich die Situation persönlich an Ort und Stelle anzusehen. Die Augasse geht nämlich entlang der Bahngleise der Franz Josefs-Bahn, und der Garten, der ins Leben gerufen werden soll, ist so klein, daß ich es tief bedauern muß, daß er noch durch drei Straßen eingeschlossen werden soll.

Ich würde mir daher erlauben, zu beantragen, daß die heutige Augasse, so wie sie ist, nicht verlängert werden soll, sondern daß der Garten bis an die Planke des Franz Josefs-Bahnhofes eingeschlossen werde. Sollte sich der Fall ergeben, daß ein Bedarf nach der Straße ist, so kann er ja wieder aufgelassen werden, aber es können die Alleen schon in der Anlage so hergerichtet werden, daß sie heute als Park benützt werden können. (Rufe: Es wird ja kein Park!) Dann würde ich sogar beantragen, daß hier ein Park angelegt werde. Vis-à-vis haben Sie ein Schulgebäude, auf der anderen Seite eine Kinderbewahranstalt. Sie schaffen hier einen kleinen Keil, der weder ein günstiger Bauplatz ist, noch sonst einen Nutzen gewährt, während Sie eine Gartenanlage schaffen könnten, die dort ein Bedürfnis ist.

Ich stelle also den positiven Antrag zu Punkt 2 und 3, daß der Platz als Gartenanlage benützt und die verlängerte Augasse, bis eine andere Verwendung nothwendig ist, in den Park einbezogen werde.

Gem.-Rath Eigner: Ich bitte, sich die Gruppe Einl.-Z. 990, Parc. 8058/5, genau anzusehen, von welcher der Herr Referent Ihnen empfiehlt, daß sie der Verbauung zugeführt werden soll. Das Baugesetz schreibt vor, daß ein gewisses Percent des Baugrundes unverbaut bleiben soll, damit genügend Luft und Licht vorhanden sei. Ich erlaube mir die Anfrage an den Herrn Referenten, ob dann, wenn dieser Platz verbaut wird, noch genügend Luft und Licht vorhanden sein wird? Höfe sind ja gar nicht mehr anzubringen, sondern nur ganz gewöhnliche Luft- oder Abortschläuche, von Ventilation ist gar keine Rede. Wenn dieser Platz verbaut wird, so wird ein Verbrechen an der Gesundheit der Menschen begangen. Ich würde mich dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Schuß anschließen, daß der Platz zu einem Parke verwendet werde, wenn derselbe auch noch so klein ist, etwas ist es doch. Vielleicht kann der Herr Referent sagen, wie viel Quadratmeter dieser Platz hat, damit man sich vorstellen kann, wie groß dieser Platz sein wird. Eine Gassenfront ist gar nicht da. Jede Abkappung ist 6 m, die Längsfront ist auch sehr kurz, eine Tiefe ist gar nicht vorhanden, so daß ein Doppeltract nicht ausgeführt werden

kann, sondern nur ein gewöhnlicher einfacher Tract, wo die Küchen und alle Räumlichkeiten auf die Gasse gehen. Von einer Stiege oder einem Gange ist auch keine Rede. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag Sch u h anzunehmen. Wenigstens ist dann ein Ort geschaffen, wo die Kinder ein bißchen frische Luft genießen können. Ich bitte Sie, diese Gruppe nicht zur Verbauung kommen zu lassen, wie es in der Alservorstadt in der Dreilaufergasse geschehen ist. Wenn man in dieses Haus hineingeht, so muß man staunen. Das ist ja kein Wohnhaus mehr. Es gibt keinen Hof darinnen. Die Stiegen, die Aborte, fast alle Räumlichkeiten sind auf der Gassen-seite, von Luft ist keine Rede.

Wenn so etwas hier bewilligt würde, so müßte man sich in Zukunft sagen: Hier müssen keine Fachleute gefessen sein, sondern solche, die keinen Begriff vom Baufache und der Verbauungsart haben. Ich bitte, den Referenten-Antrag abzulehnen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Seitdem ich Gelegenheit gehabt habe, einzelne Städte im Auslande zu sehen, bin ich zur Überzeugung gelangt, daß wir in Wien bezüglich unseres Straßenwesens nicht so vorgehen, wie es eigentlich sein sollte. In Berlin werden alle neuen Straßen in solcher Breite angelegt, daß auf beiden Seiten außerordentlich breite Trottoirs sind, auf welchen die Menschen wirklich gehen können und die breit genug sind, so daß man nicht sofort auf die Straße hinaustreten muß, wenn ein anderer entgegenkommt; dann ist auf jeder Seite neben dem Trottoir eine Baumreihe und überdies noch eine Fahrbahn. So werden dort neue Straßen gemacht, und ich versichere Ihnen, diese neuen Straßen machen einen außerordentlich günstigen und angenehmen Eindruck und sind insbesondere für die Fußgänger geradezu bequem. Hier bei uns aber wird immer so parcelliert, daß man reine Steinwüsten macht, selbst dort, wo eigentlich der Grund durch die Parcellierung einen außerordentlichen Wert bekommt, sagt man, man kann die Betreffenden nicht schmälern.

Nun, meine Herren, sehen Sie hier diese Parcellierung an und Sie werden mir alle zugeben: dieses Dreieck II, IV und V schreit geradezu danach, daß es nicht verbaut werde. (Zustimmung.)

Der unmittelbare Herr Vorredner hat vollständig recht, wenn er sagt, daß hier nur solche Bauparcellen geschaffen werden können, welche nicht genügend Platz für einen Hof übrig lassen, denn wenn auf einem solchen Plage Gebäude errichtet werden, können sie den sanitären Anforderungen thatsächlich nicht entsprechen.

Nun, es ist nicht nothwendig, daß wir heute schon beschließen, daß eine Parkanlage hinkomme, denn heute haben wir mit der Frage, ob ein Park anzulegen sei oder nicht, gar nichts zu thun, sondern wir müssen heute diesen Platz reservieren, und ich stelle daher den Antrag, und zwar gegen 2 und 3 der Anträge des Stadtrathes, daß der Platz, gelegen zwischen der Spittelauer- und Augasse, beziehungsweise das Dreieck II, IV und V, als öffentlicher Platz bestimmt werde. Ob wir einen Park dort machen, das ist eine spätere Sache.

Weil wir schon von Parkanlagen sprechen, so mache ich die Herren auf Folgendes aufmerksam. In Berlin wird jedes noch so kleine Fleckchen, auf welchem nur ein Blumenbeet gemacht werden kann, zur Anlage eines solchen verwendet, und ich kann Ihnen nicht genug hervorheben, einen welch freundlichen Anblick eine solche Straße bietet. Befolgen wir das gute Beispiel von draußen und wir werden unserer Vaterstadt einen außerordentlichen Nutzen erweisen.

Ich bitte nochmals um die Annahme meines Antrages.

Gem.-Rath Dr. Aloßberg: Es ist ja selbstverständlich, daß ich erstens als Vertreter des IX. Bezirkes und zweitens als Arzt immer dafür eintreten werde, daß Luftreservoirs geschaffen werden.

Aber das ist eine Frage, mit der wir uns heute gar nicht beschäftigen; es handelt sich lediglich um die Parcellierung des Riechtensteiner Brauhauses, und diejenigen Herren, die dagegen stimmen, beweisen nur, daß sie die Verhältnisse des IX. Bezirkes in diesem Theile absolut nicht kennen. (Lebhafter Widerspruch und Unruhe links.)

Bürgermeister: Ich bitte, es ist nicht so arg, ich muß aber den Herrn Redner ersuchen, jagen wir, etwas reservierter sich auszudrücken.

Gem.-Rath Dr. Aloßberg: Ich will das nur sagen, nachdem ein Herr College aus dem XVII. Bezirke erklärt hat, wir sollen den Stadtraths-Antrag ablehnen. Mein Antrag geht nämlich dahin: Bekümmern wir uns nicht darum, ob dort ein Park geschaffen wird oder nicht, sondern lassen wir diese Frage heute einfach in suspenso, ohne eine Reservierung dieses Platzes zu beschließen. Es wurde hier ein positiver Antrag gestellt; ich stelle den Gegen-Antrag, die Frage ganz einfach in suspenso zu belassen, ob dort ein Park angelegt werden soll oder nicht.

Gem.-Rath Rosenkranz: Es geht wohl nicht gut an, daß wir diese Frage in suspenso lassen. Es handelt sich ja doch um eine Parcellierung und Abtretung, da kann man das doch nicht in suspenso lassen. Ich will mich darüber gar nicht äußern. Ich habe auch den Plan angesehen und unwillkürlich mir gesagt, das gäbe einen kleinen Grasfleck — von einem Parke kann da keine Rede sein — aber es wäre ein netter, kleiner Plätzchen und ich glaube, meine Herren, daß, wenn sich die Commune Wien an den Besitzer dieses Grundstückes wendet, dieser nicht nur die 23 m², sondern dieses ganze Dreieck für eine Gartenanlage abtritt. Man hat mir gesagt, daß es dem Fürsten Riechtenstein gehört — ich weiß es nicht. (Rufe: Es gehört nicht dem Fürsten Riechtenstein!) Sollte es schon verkauft sein, dann bin ich irrig berichtet. Die Geschichte wird übrigens kein großes Vermögen kosten. Ich möchte mich auch dafür aussprechen, daß man schon heute sagt, daß dieses Dreieck nicht verbaut werden darf und hier ein offener Platz oder eine Gartenanlage geschaffen wird. Von einem Parke, von dem ein Herr Vorredner gesprochen hat, kann hier füglich keine Rede sein. Der ganze Grund wird ja beiläufig nur 400 m² umfassen. (Rufe rechts: 600!) Ich möchte mich also auch für die Reservierung dieses Dreieckes zu einer Gartenanlage aussprechen; aber daß wir heute nur die Baulinie bestimmen und diese Frage offen lassen, geht nicht.

Gem.-Rath Schuß: Ich bedauere es recht lebhaft, daß ein Herr College aus dem IX. Bezirke den Muth gehabt hat, gegenüber den Vorrednern zu sagen, sie kennen den IX. Bezirk nicht.

Bürgermeister: Aber, Herr Gemeinderath! . . .

Gem.-Rath Schuß (fortfahrend): . . . Der Herr Referent hat heute die Baulinien zur Bestimmung gebracht und da kommt auch dieses mehrerwähnte Dreieck vor. Ich kann es nicht zugeben, daß man heute darüber hinweg zur Tagesordnung geht. Ich, als Vertreter des IX. Bezirkes, halte es für eine wichtige Aufgabe, darauf zu dringen, daß man diesen Grund zu einem offenen Plage bestimmt, und daß später hier eine Gartenanlage geschaffen werde. Ich kann daher mein Bedauern nicht genug zum Ausdruck bringen. Ich ziehe meinen Antrag wohl nicht zurück, accommodiere mich aber dem Antrage Dr. Lueger.

Referent: Ich möchte Folgendes zur Aufklärung mittheilen: In dem Plane ist allerdings nicht genau ersichtlich, aber im amtlichen Plane kann das eingesehen werden, daß die genannte Realität sehr weit in die Spittelauergasse hinein schneidet. Es hat daher eine Baulinienbestimmung, wenn da gebaut wird, auch den Erfolg, daß die Spittelauergasse erweitert und durchgeführt wird. Wenn Sie daher gar nichts verfügen, wird die Spittelauergasse nicht erweitert. Die geehrten Herren, welche der Schaffung einer solchen Gartenanlage so große Wichtigkeit beilegen, hätten den Antrag stellen sollen, man möge den Grund erwerben. Wenn Sie aber keine Baulinie bestimmen und die Sache in suspenso lassen, so regulieren Sie den Platz nicht und erreichen nicht, was Sie wünschen, einen Kinderspielfeld, Sie erreichen höchstens das eine, daß die Spittelauergasse, welche eine sehr wichtige Verkehrsader ist, nicht erbreitert und trotz des Umbaues anlässlich der Parcellierung des Brauhauses dieser Stadttheil an diesem Punkte nicht reguliert wird.

Eine andere Sache wäre es, wenn die Herren wenigstens die Baulinienbestimmung aufrecht erhalten wollten, so daß die Spittelauergasse durchgeführt wird. Darüber kann man streiten, ob der Platz zur Anlage eines Gartens geeignet, ob er groß genug, ob er zweckmäßig gelegen ist. Ich glaube, daß dieses Dreieck, umgeben von drei Straßen, zur Anlage eines Kinderspielfeldes nicht geeignet ist.

Gem.-Rath Bärkl: Ich bin dem Referate mit Aufmerksamkeit gefolgt. Nun hat auch die Bezirksvertretung einen bezüglichen Antrag gestellt. Der Platz scheint also doch nicht so entfernt zu liegen und nicht so klein zu sein, daß nicht wenigstens eine kleine Anlage gemacht werden könnte. Es freut mich, daß man in Wien auch schon kleine Anlagen errichtet. Wir haben auf der Wieden einige solcher kleinen Anlagen.

Eine solche Anlage ist bei der Elisabethbrücke und jetzt wird eine kleine Anlage auf der Wiedener Hauptstraße unweit des Engelmonumentes geschaffen. Mich freut das. Aber auch hier wäre eine kleine Anlage am Plage und 350 □° sind schon etwas. Es dürfte also dieser Platz doch nicht zu klein sein. Es hat mich vom Herrn Referenten gewundert, daß er gesagt hat, man könne auf diese kleine Anlage nicht eingehen. Es wird also die Ablehnung beantragt, während doch die Bezirksvertretung seit einer Reihe von Jahren die Schaffung einer kleinen Anlage beantragt. Mich hat es auch von einem Vertreter des IX. Bezirkes gewundert, daß er nicht dafür eintritt.

Es liegt uns eine Baulinienbestimmung vor, bei der auch die Spittelauerlande eine große Rolle spielt, und wenn wir heute dem Antrage des Referenten zustimmen, dann kommt auch hier keine Anlage zustande. Wenn man nun sagt, wir hätten beantragen sollen, den Platz für die Gemeinde zu erwerben, so erlaube ich mir als Zusatz-Antrag zu dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger den Antrag zu stellen:

„Der Gemeinderath wolle beschließen, daß diese Parzelle, welche für eine Gartenanlage beantragt wird, von der Gemeinde Wien angekauft werde.“

Deswegen kann doch die ganze Durchführung stattfinden. Der Gemeinderath muß nur aussprechen, daß dort keine Verbauung stattfinden darf, sondern daß diese Parzelle als Gartenanlage erworben werde.

Ich bitte also, den Antrag Dr. Lueger mit meinem Zusatz anzunehmen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Ich muß gestehen, daß mich der Herr Referent in Verwunderung gesetzt hat, indem er die Anregung gab, daß wir heute beantragen sollen, es möge dieses Dreieck erworben werden. Die Frage des Erwerbens hat mit dem heutigen Referate gar nichts zu thun. Heute handelt es sich nur um eine Baulinienbestimmung und es dreht sich nur darum, ob wir zulassen wollen, daß diese Figur II, IV, V verbaut werde oder nicht. Um diese Frage handelt es sich und mein Antrag geht nun dahin, daß diese Figur II, IV, V nicht verbaut werden soll, sondern daß dort ein öffentlicher Platz errichtet werden soll. Mein Antrag ist vollständig berechtigt, weil selbst der Herr Referent mir zugeben wird, daß auf dieser Stelle nur höchst unvollkommene Bauten errichtet werden könnten, und es nicht unsere Aufgabe sein kann, solche Bauten zu ermöglichen. Darum würde ich Freund Bärkl bitten, seinen Antrag wegen Erwerbung des Platzes zurückzuziehen. Er kann ohnehin nicht zur Abstimmung gebracht, sondern müßte an den Stadtrath gewiesen werden. Mein Antrag kann zur Abstimmung gebracht werden, weil er sich auf das vorliegende Referat bezieht und gegen einen bestimmten Antrag des Stadtrathes gestellt worden ist.

Ich möchte mir nur noch eine Bemerkung erlauben. Ich war offenbar in der Sitzung des Stadtrathes nicht anwesend, als referiert worden ist, sondern ich werde beim Bauordnungs-Comité gewesen sein. Nun eine Frage an den Herrn Referenten: Ist es richtig, daß dieses Dreieck nicht zur fürstlich Liechtenstein'schen Realität, sondern der Firma Dehm & Olbricht gehört? (Referent: Ja!) Wenn das richtig ist, dann würde ich bitten, daß derartige Eigenthumsverhältnisse auf einem so großen Plane auch ersichtlich gemacht werden. Ich wenigstens ersehe dieses Eigenthumsverhältnis aus dem Plane nicht. Sie finden auf dem Titel des Referates: „Baulinienbestimmung für die ehemalige fürstlich Liechtenstein'sche Brauhausrealität Einl.-B. 417 und 990 im IX. Bezirke Lichtenthal.“ Sie finden weiter auf dem Plane angedeutet, daß an die Augasse, wie auch allen bekannt ist, der Bahnhof der Kaiser Franz Josephs-Bahn angrenzt. Daß dieses fragliche Dreieck der Firma Dehm & Olbricht gehört, finden Sie nicht, und ich werde nie dafür stimmen, daß einem Baumeister oder Architekten, selbst dann, wenn er Mitglied des Gemeinderathes ist, die Möglichkeit geboten werde, derartige kleine Plätzchen zu verbauen.

Es sind mehrere solche Dinge schon in Wien geschehen; ich will aber nicht, nachdem die Sache jetzt zur Sprache gekommen ist, daß der Gemeinderath sich nochmals in eine solche Angelegenheit einläßt. Meine Herren, erst unlängst ist uns im Stadtrathe etwas bekannt geworden, was sehr unangenehm ist. Beim Währingerbache — Sie erlauben, daß ich das erwähne — wird verlangt, daß die Bauten 3 m abseits vom Währingerbache aufgeführt werden sollen. Ein Haus ist aber bereits gebaut, da gehen die Mauern bis an den Währingerbach, ohne daß auch nur eine kleine Strecke freigelassen worden wäre. Dieses Haus ist Eigenthum des gewesenen Gem.-Rathes Böckl. In der Inneren Stadt sind mehrere Denkmäler solcher Begünstigungen. Das wichtigste solche Denkmal, das errichtet worden ist, ist am Rohlmart, es ist das berühmte Zuckerbäckerhaus, welches man vollständig umbauen ließ, ohne daß man sich dagegen gewehrt hat. Hier finden Sie ein ganz unverhältnismäßig kleines Fleckchen als Bauplatz bestimmt. Meine Herren, ich bin überzeugt, wenn dasselbe dem Fürsten Liechtenstein gehören würde, so würde nicht der Antrag gestellt

worden sein, daß man dort drei Bauten aufstelle. (Bürgermeister gibt das Glockenzeichen.) Ich bitte, Herr Bürgermeister, was wahr ist, das soll in die Öffentlichkeit hinaus (Beifall und Händeklatschen links); das ist besser, als wenn man es verschweigt!

Ich bitte die Mitglieder der Majorität — und ich bin vollständig überzeugt, daß Sie mit mir im ganzen übereinstimmen — meinen Antrag anzunehmen und zu beschließen, daß an Stelle dieses Dreiecks ein öffentlicher Platz geschaffen werde. Dies ist nothwendig. Sehen Sie sich den Platz an, und Sie werden mit mir übereinstimmen, wenn ich sage: dieses Dreieck paßt in die ganze Sache gar nicht hinein. Vis-à-vis befindet sich, wie mir mitgetheilt wurde, die Kinderbewahranstalt, in unmittelbarer Nähe die Schule. Warum soll man nicht einen noch so kleinen Wiesenfleck schaffen und den Kindern Gelegenheit geben, sich dort, ohne Furcht überfahren zu werden, zu unterhalten?

Ich empfehle Ihnen nochmals die Annahme meines Antrages.

Bürgermeister: Ich muß bemerken, daß es meiner Ansicht nach besser wäre, persönliche Verhältnisse nicht in die Debatte zu ziehen. Der Gemeinderath soll lediglich vom Standpunkte der öffentlichen Interessen entscheiden, ob dieser Platz verbaut werden soll oder nicht, ohne Rücksicht darauf, wem er gehört.

Referent (zum Schlußworte): Ich möchte nur bemerken, daß es bisher nicht üblich war, bei Baulinienbestimmungen den Eigenthümer namhaft zu machen, weil die Baulinienbestimmungen ohne Rücksicht auf die Eigenthümer erfolgen sollten, und ich weiß daher nicht, warum man in diesem Falle eine Ausnahme hätte machen sollen. Die Herren finden ja auch bei der Brauhausrealität und auch bei den anderen Häusern die Eigenthümer nicht verzeichnet, warum sollte er gerade hier genannt werden? Ich habe ja sofort, nachdem Herr College Rosenstingl gesprochen hatte, den Herren Kollegen mitgetheilt, daß dieses Stück nicht dem Fürsten Liechtenstein gehört. Sie waren daher darüber nicht im Zweifel.

Was die Baulinienbestimmung selbst anbelangt, so ist es naturgemäß, daß man die Augasse, und zwar nach zwei Richtungen durchführt. Bezüglich der Frage, welche immerhin offen bleiben kann, ob verbaut werden soll oder nicht, ist von mir der Antrag gestellt worden, es sei das Dreieck zu verbauen; und wenn ein anderer College den Antrag stellt, es sei nicht zu verbauen, so mag auch dieser Antrag von dessen Standpunkte gerechtfertigt erscheinen. Aber die Vermuthung auszusprechen, daß da persönliches Interesse mitspielt, ist etwas, was ungerechtfertigt ist und was ich, für meine Person, jedenfalls ablehnen muß.

Gem.-Rath Dr. Klobberg (zur Berichtigung): Um allen Mißdeutungen den Niegel vorzuziehen, erkläre ich ausdrücklich, daß ich betont habe, daß ich als Arzt selbstverständlich für jedes Luftreservoir stimme, daß ich aber lediglich aus dem Grunde, um nicht die ganze Vorlage zu Falle zu bringen, dafür eingetreten bin, daß dies vorläufig in suspenso bleibe.

Gem.-Rath Bärfl (zur Abstimmung): Nach den Aufklärungen des Herrn Dr. Rueger glaube ich, daß der Sache nichts im Wege liegt und ich ziehe deshalb den Antrag zu Gunsten des Antrages Rueger zurück.

Bürgermeister: Das geschieht nicht zu Gunsten des Antrages Dr. Rueger. Ihr Antrag ist ein Eventual-Antrag. Wenn beschlossen wird, daß dieser Platz ein öffentlicher Platz oder eine Gartenanlage wird, so käme der Antrag zur Abstimmung, es solle der Platz gekauft werden. Dieser Antrag würde dem Stadtrathe zur Vorberathung zugewiesen werden, da eine diesbezügliche Vorlage

nicht besteht. (Rufe: Der Antrag wird zurückgezogen!) Herr Gemeinderath ziehen den Antrag zurück?

Gem.-Rath Bärfl: Ja!

Bürgermeister: Die Abstimmung wird in folgender Weise durchgeführt:

Gegen Punkt 1 ist keine Einwendung erhoben worden, gegen Punkt 4, 5 und 6 ebenfalls nicht; gegen Punkt 2 und 3 ist von den Herren Gem.-Räthen Schuh und Dr. Rueger beantragt, es solle der Platz zwischen der Spittelauergasse und der projectierten verlängerten Augasse als öffentlicher Platz bestimmt werden.

Herr Gem.-Rath Rosenstingl beantragt, es solle dieser Platz für eine Gartenanlage reserviert werden.

Diese Anträge sind Gegen-Anträge gegen Punkt 2 und 3 und gegen den Schlußsatz des Punktes 7. In dieser Richtung hat auch Herr Gem.-Rath Dr. Klobberg beantragt, die Entscheidung dieser Frage zu vertagen.

Ein weiterer Antrag liegt nicht vor. Gegen Punkt 1 ist keine Einwendung; er ist daher angenommen.

Gegen Punkt 4 ist keine Einwendung; er ist daher angenommen.

Gegen Punkt 5 und 6 und den ersten Absatz des Punktes 7 ist keine Einwendung; sie sind daher angenommen.

Ich bringe nun zur Abstimmung, ob überhaupt die Angelegenheit vertagt werden soll oder nicht. Würde der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Dr. Klobberg angenommen, so würde die meritorische Entscheidung entfallen. (Gem.-Rath Dr. Klobberg: Ich ziehe meinen Antrag zurück!) Dann bringe ich gegen die Referenten-Anträge Punkt 2, 3 und Schlußsatz des Punktes 7 die Gegen-Anträge zur Abstimmung, und zwar zuerst den Antrag, daß dieser Platz unverbaut bleiben soll. Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschlecht.) Angenommen.

Herr Gem.-Rath Rosenstingl beantragt, es solle dieser Platz für eine Gartenanlage reserviert werden. Dieser Antrag müßte dem Stadtrathe zur Vorberathung zugewiesen werden. Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, daß dieser Antrag Rosenstingl dem Stadtrathe zugewiesen werde, wollen die Hand erheben. (Geschlecht.) Angenommen.

Damit ist Punkt 2 und 3, ebenso der Schlußsatz des Punktes 7 der Referenten-Anträge erledigt.

Beschluß: 1. Die Änderung der Baulinien in der Spittelauergasse nach p z einerseits, nach t u v andererseits (das Stück Q t entfällt wegen der Ausmündung der neuen Gasse); Straßenbreite 18·96 m;

2. Änderung der Baulinie in der Wagnergasse nach a b einerseits, und c d, e f h andererseits, dann h i in der Wagnergasse mit der Straßenbreite von 15 m, jedoch ohne Fortsetzung der Wiesen-gasse über die Wagnergasse hinaus;

3. Bestimmung einer im Winkel gebogenen neuen Gasse zwischen Liechtensteinstraße und Spittelauergasse nach den Linien j k l m Q und q r s t mit der Straßenbreite von 15 m;

4. Verlängerung der Marktgasse bis zur neuen Gasse nach den Linien d k und e l mit der Breite von 15 m;

5. von der Fortsetzung der Wiefengasse, dann von der Verengerung der Ausmündung der Spittelauergasse in die Riechtensteinststraße wird abgesehen;

6. der zwischen der Au- und der Spittelauergasse gelegene Platz wird als öffentlicher Platz bestimmt.

Gem.-Rath Schuh (zur Geschäftsordnung): Es hat vor circa drei Jahren Herr College v. Stummer beantragt, es möge ein Betrag von 20.000 fl. zu Anpflanzungen bewilligt werden. Das ist ein ähnlicher Antrag wie der heutige und ich erlaube mir daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage, ob er geneigt ist, dahin zu wirken, daß dieses Referat vom Stadtrathe ehebaldigst und zwar binnen vier Wochen erstattet werde?

Bürgermeister: Das ist auch eine Interpellation; ich kann doch nicht mitten in der Sitzung Interpellationen beantworten.

Gem.-Rath Schuh: Ja, wenn ich sie schriftlich einbringe..

Bürgermeister (unterbrechend): Ich bitte, ich beantworte alle Interpellationen sachgemäß, soweit es überhaupt möglich ist, und gegen einen solchen Vorwurf muß ich mich verwahren.

Gem.-Rath Schuh: Dann erlaube ich mir das höfliche Ersuchen an den Herrn Bürgermeister, daß dieses Referat innerhalb vier Wochen erstattet werde.

25. (8089.) Referent Gem.-Rath Wihelsberger: Ich habe die Ehre, zu referieren über einen Zuschußcredit zur Rubrik XXII 1 b. Die beiden Schulleiter der Schule in der Victoriagasse im XV. Bezirke haben angejucht, nachdem vor derselben Schule die Straße mit Holzstöckeln gepflastert ist, es möge auch die Straße vor der anderen Seite des Schulgebäudes ausgepflastert werden. Die Nothwendigkeit ist vorhanden, weil der Unterricht fortwährend gestört wird, wenn Pferde auf dem Schotter stecken bleiben. Es hat daher der Stadtrath beantragt, daß auch der noch ungepflasterte Theil vor der Schule mit Holzstöckeln ausgepflastert werde. Die betreffende Rubrik ist aber erschöpft und es wird daher beantragt, den nothwendigen Zuschußcredit von 3106 fl. 64 kr. zu bewilligen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Gem.-Rath Vincenz Wessely: Ich möchte mir an den Herrn Referenten eine Anfrage erlauben: Ist die Rosinagasse jene Gasse, bezüglich deren erst in letzter Zeit ein Zuschußcredit für die Pflasterung bewilligt wurde?

Referent: Diese Pflasterung war präliminirt. Es ist nur die Victoriagasse ausgepflastert und der Theil in der Victoriagasse vor der Schule mit Holzstöckelpflaster versehen worden. Von der Rosinagasse aber geht bis zur Schule das Holzstöckelpflaster und unmittelbar vor der Schule hört es auf. Der heutige Antrag geht nun dahin, daß, so weit das Schulgebäude reicht, mit Holzstöckeln gepflastert werde.

Bürgermeister: Gegen den Antrag wird also keine Einwendung erhoben. Derselbe ist angenommen.

Bechluß: Behufs Herstellung eines Holzstöckelpflasters vor dem Schulhause XV. Bezirk, Rosinagasse 11 b, wird ein Zuschußcredit von 3106 fl. 64 kr. zur Rubrik XXII 1 b bewilligt.

26. (7892.) Referent Gem.-Rath Wihelsberger: Es betrifft die Vermehrung des Mannschaftsstandes der städtischen Feuerwehr um drei Chargen, und zwar um drei Telegraphisten. Das Feuerwehr-Commando stellt sehr ausführlich dar, wie die Verhältnisse bezüglich der Arbeitsleistung der Angestellten gestiegen sind. Diese Steigerung ist eine enorme und die wichtigsten Functionen

beim Telegraphen-Apparate müssen durch mit Taggeld angestellte Personen versehen werden. Es sind dort keine definitiven Telegraphisten angestellt. Es liegt beispielsweise der Bericht darüber vor, wie die Arbeiten in den Jahren 1884 bis 1894 gestiegen sind. Im Jahre 1884 waren 26 Stationen, 6 Telephone und 139 Melber. Im Jahre 1894 sind 439 Feuermelder und 185 Stationen, die Summe der Feuermeldestationen im Jahre 1884 171 und im Jahre 1894 666. Es hat sich daher die Nothwendigkeit herausgestellt, daß drei Telegraphisten angestellt werden.

Der Antrag lautet (liest):

„Der Mannschaftsstand der städtischen Feuerwehr wird um drei definitive Chargen, und zwar um drei Telegraphisten mit dem Gehalte von je 700 fl. nebst 30 Percent Quartiergeld, je zwei Quinquennalzulagen von 60 fl., dem Bezuge der Montur und eines Stiefelpauschales von jährlich 24 fl. ö. W. vermehrt.“

Bürgermeister: Keine Einwendung? — *Angenommen.*

Bechluß: Der Mannschaftsstand der städtischen Feuerwehr wird um drei definitive Chargen, und zwar um drei Telegraphisten mit dem Gehalte von je 700 fl. nebst 30 Percent Quartiergeld, je zwei Quinquennalzulagen von je 60 fl., dem Bezuge der Montur und eines Stiefelpauschales von jährlich 24 fl. ö. W. vermehrt.

27. (7456.) Referent Gem.-Rath Wihelsberger: Es betrifft das Ansuchen der freiwilligen Feuerwehr in Neustift um eine Subvention. Es wird beantragt, derselben eine Subvention von 160 fl. zu gewähren und, nachdem die Rubrik bereits erschöpft ist, den nöthigen Zuschußcredit zu bewilligen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — *Angenommen.*

Bechluß: Der freiwilligen Feuerwehr Neustift am Walde wird eine Subvention von 160 fl., und zwar 120 fl. zur Bezahlung des Feuerwehrdieners und 40 fl. zur Reinigung der Monturen gegen seinerzeitige Rechnungslegung bewilligt. Zur Deckung dieser Ausgabe wird ein Zuschußcredit in der gleichen Höhe zur Rubrik XX 11 genehmigt.

28. (7559.) Referent Gem.-Rath Wihelsberger: Ansuchen des Döblinger Kirchenmusikvereines um Subvention. Dieser Verein hat in den früheren Jahren 100 fl. bekommen. Es wird beantragt, ihm im heurigen Jahre den gleichen Betrag zu gewähren, nachdem bei diesem Vereine jährlich über hundert Kinder im Gesange und in der Musik unterrichtet werden.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — *Angenommen.*

Bechluß: Dem Döblinger Kirchenmusikvereine wird eine Subvention von 100 fl. pro 1894 bewilligt.

Bürgermeister: Ich bitte zum Referate Herrn Gem.-Rath Wurm und constatiere die Anwesenheit von 92 Herren Gemeinderäthen.

29. (8070.) Referent Gem.-Rath Wurm: Das Referat bezieht sich auf den Statthaltereierlaß, betreffend den Bauconsens für die Kaserne auf der Schmeltz. Bei dieser großen Kasernenanlage auf der Schmeltz kommen einige Miscalite vor, aber der größte Theil des Gebäudes springt von der Straße zurück, sowohl die Miscalite als auch die eigentliche Baufläche. Nur ein Miscalit in der Länge von 8 m springt über die Baulinie hervor und da wird seitens des Stadtrathes beantragt, mit Rücksicht darauf, daß doch die Errichtung dieser Kaserne möglichst begünstigt werden soll, diese verhältniß-

mäßig kleine Fläche, welche vom Straßengrunde beansprucht wird, unentgeltlich zu überlassen.

Ich bitte, den Antrag des Stadtrathes anzunehmen.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich bitte die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. Der Antrag ist mit qualifizierter Majorität angenommen.

Beschluß: Die unentgeltliche Überlassung der zu den projectierten Vorbauten über die Baulinie beim Baue der Infanterie-Kaserne auf der Schmelz erforderlichen Grundflächen im Gesamtausmaße von 8.12 m² wird genehmigt.

30. (6763.) Referent Gem.-Rath Sturm: Albert Freih. v. Rothschild durch Zellner und Helmer um Baubewilligung IV. Bezirk, Plößlgasse 5 bis 7. Es wird eine kleine Fläche für die Nisalanlagen beansprucht, und zwar im Ausmaße von 0.37 m². Der Wert per Quadratmeter ist mit 100 fl. angenommen, es kommt also ein Betrag von 37 fl. für diese 0.37 m² zu entrichten. Das ist eine Schätzung, welche von Seite des Bauamtes vorgenommen wurde, und welche auch mit dem Preise der Realität vollkommen übereinstimmt.

Ich bitte daher, nach dem Antrage des Stadtrathes diese Fläche von 0.37 m² um den Preis von 37 fl. zu überlassen.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Die Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, ersuche ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist mit qualifizierter Majorität angenommen.

Beschluß: Die Überlassung des zur Nisalanlage beim Hause IV., Plößlgasse 5 und 7, erforderlichen Grundes per 0.37 m² um den Betrag von 37 fl., d. i. 100 fl. per Quadratmeter, wird nachträglich genehmigt.

31. (6159.) Referent Gem.-Rath Josef Müller: Hier handelt es sich auch um Überlassung von Straßengrund zu Nisaliten, und zwar schreitet ein gewisser Ferdinand Henneberg in der Pilgramgasse Nr. 10 für das Haus ein, an dem er sechs Fesenanlagen anbringen will. Die Vorsprünge betragen 0.1 m² und beanspruchen dieselben insgesammt eine Fläche von 0.516 m². Es soll diese Fläche gegen eine gleichgroße Fläche, welche der Betreffende abtritt, im Compensationswege übergeben werden.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Nach einer Pause:) Der Antrag ist einstimmig angenommen, mit 92 Stimmen.

Beschluß: Die Compensation des zur Anlage von sechs Fesenvorsprüngen beim Hause V., Pilgramgasse 10, erforderlichen Grundes per 0.516 m² mit einer gleichgroßen Fläche des abzutretenden Straßengrundes wird nachträglich genehmigt.

32. (8184.) Referent Gem.-Rath Josef Müller: Dies betrifft ebenfalls eine Überlassung von Straßengrund zu Zwecken von Nisalanlagen in der früheren Gemeinde Gersthof, und zwar an der Ecke der Wallriß- und Erndtgasse. Der Nisalit ist in ersterer in einer Länge von 4.3 m und in letzterer von 4.1 m Länge geplant. Der Vorsprung beträgt 10 cm, die Fläche, welche beansprucht wird, beträgt 0.84 m². Es wird der Antrag gestellt, diese um den Einheitspreis von 3 fl. per Quadratmeter, welcher

der dortigen Gegend vollkommen entspricht, hintanzugeben. Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Nach einer Pause:) Der Antrag ist mit qualifizierter Majorität angenommen.

Beschluß: Die zur Nisalanlage beim Hause XVIII. Bezirk, Wallriß- und Erndtgasse Einl.-Z. 737 erforderlichen Grundstreifen von 0.84 m² werden um den Preis von 3 fl. per Quadratmeter käuflich überlassen.

33. (7591.) Referent Gem.-Rath Josef Müller: Es handelt sich um den Antrag Beilage Nr. 232, bezüglich einer Eingabe der k. k. Dicastrial-Gebäudedirection in Betreff eines Grundtausches beim Linienerverzehrungssteueramte Kahlenbergerdorf im XIX. Bezirke.

Auf der anderen Seite der Vorlage ist der dazu gehörige Plan ersichtlich.

Der Grund, welcher für das Steueramtsgebäude bestimmt ist, liegt in Dreieckform an der Klosterneuburgerstraße. Es handelt sich um einen ganz geringfügigen Tausch gleichwertiger und gleichgroßer Gründe, und zwar beansprucht das Amt die Parcellen 9/1, um ein Gebäude daselbst aufzuführen zu können. Ich erwähne, daß dieser Grund am Bache gelegen ist, ein ganz unproductiver Grund ist, welcher der Gemeinde gehört und gar keinen Nutzen bringt. Es soll dafür ein Grundtheil abgegeben werden, und zwar das Grunddreieck r m s im Ausmaße von 80.36 m² und ein ganz kleines Dreieck h h a, welches in die Böschung des Baches fällt, daher die Gemeinde eventuell bei Regulierung des Baches Vortheil ziehen könnte. Das Ausmaß desjenigen Grundes, welcher von der Parcellen 9/1 abgegeben werden soll, beträgt 84.52 m² und das Ausmaß desjenigen, welches übernommen werden soll, ebenfalls 84.52 m².

Es wird hier noch bemerkt, daß eine Statue des heiligen Johannes sich in der Nähe befindet, daß dieselbe auf Verlangen der Gemeinde unentgeltlich auf einen anderen Platz überstellt werden soll, welcher von Seite der Gemeinde bestimmt werden wird.

Die Bedingungen für diese Transaction sind im Antrage des Stadtrathes enthalten.

Der Antrag des Stadtrathes lautet (liest):

„Die Gemeinde Wien übergibt dem k. k. Ärar zum Zwecke der Vergrößerung der Area des Verzehrungssteuer-Linieneramtes in Kahlenbergerdorf, Einl.-Z. 149, einen Theil der Parcellen Nr. 9/1 und 317/2, Einl.-Z. 130 Kahlenbergerdorf, Figur c d e b c, im Gesamtausmaße von circa 84.52 m², wogegen das k. k. Ärar einen Theil der Parcellen 317/3 und 9/4, Einl.-Z. 149 Kahlenbergerdorf, Figuren r n m q s r im Ausmaße von circa 80.36 m² und a b h a im Ausmaße von circa 4.16 m² an die Gemeinde abtritt.

Diese Grundtransaction wird unter folgenden Modalitäten abgeschlossen:

a) Anlässlich des ob erwähnten Grundtausches findet von Seiten keines der Vertragstheile die Leistung einer Entschädigung statt.

b) Die Gemeinde Wien erhebt keinen Anstand dagegen, daß das k. k. Ärar mit dem Baue auf dem von der Gemeinde zu erwerbenden Grunde auch noch vor Errichtung des Tauschvertrages beginne.

c) Die Feststellung der beiderseitigen Grundgrenzen und des definitiven Ausmaßes der beiderseits abzutretenden Grundtheile bleibt einer gemeinschaftlichen commissionellen Erhebung vorbehalten, wobei der Vermessung der im Grundbuche Kahlenbergerdorf

sub J. 33668 ex 1891 erliegende Situationsplan zur Grundlage zu dienen haben wird.

d) Das k. k. Arrar verpflichtet sich, die auf dem an dasselbe zu überlassenden Grunde befindliche Johannesstatue, wenn dies als nothwendig erkannt wird, auf seine Kosten auf eine andere, in der Nähe befindliche Stelle zu übertragen.

e) Die sämmtlichen mit der Errichtung des Tauschvertrages verbundenen Kosten (Stempel etc.) und Gebühren trägt das k. k. Arrar allein."

Ich ersuche um die Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Ich ersuche jene Herren, welche dem Referenten-Antrage, insbesondere mit der einleitenden Bestimmung über den Grundtausch, einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschleicht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist mit qualifizierter Majorität, und zwar einstimmig, angenommen.

Beschluß: Der vorstehende, zur Verlesung gebrachte Referenten-Antrag.

34. (6453.) Referent Gem.-Rath Pitt. v. Neumann: Betrifft die Bewilligung zur Grundabtretung für eine Nisalanlage bei dem Hause IX., Höfnergasse 3. Die Nisalite messen zusammen 0.45 m², und wird um nachträgliche Genehmigung der Überlassung des zur Thorportalanlage erforderlichen Grundes von 0.45 m² gegen Abzug von dem zur Straßenverbreiterung entfallenden Grunde gebeten.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Nach einer Pause:) Der Antrag ist mit qualifizierter Majorität, und zwar einstimmig angenommen.

Beschluß: Die Compensation des zur Thorportalanlage beim Hause IX., Höfnergasse 3, erforderlichen Grundes von 0.45 m² mit einer gleichgroßen Fläche des abzutretenden Straßengrundes wird nachträglich genehmigt.

35. (6454.) Referent Gem.-Rath Pitt. v. Neumann: Hier handelt es sich ebenfalls um eine Grundabtretung bei dem Hause IX., Höfnergasse 5, in demselben Ausmaße, und es wird beantragt, unter denselben Modalitäten die Grundüberlassung zu bewilligen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Nach einer Pause:) Die Herren sind einverstanden. Der Antrag ist mit qualifizierter Majorität angenommen.

Beschluß: Die Compensation des zur Thorportalanlage beim Hause IX., Höfnergasse 5, erforderlichen Grundes von 0.4575 m² mit einer gleichgroßen Fläche des abzutretenden Straßengrundes wird nachträglich genehmigt.

36. (7530.) Referent Gem.-Rath Stiahy: Baumeister Josef Spilka ist um die Bewilligung zur Anbringung eines Thorportales an seinem Hause III., Sechstrügelgasse 10, eingeschritten. Es soll dortselbst ein Thorportal im Gesammtflächenmaße von 1.38 m² hergestellt werden. Ich habe die Ehre, namens des Stadtrathes zu beantragen, daß die zur Portalanlage benötigte Fläche im Ausmaße von 1.38 m² im Wege der Compensation gegen eine gleichgroße zur Straßenverbreiterung abzutretende Fläche überlassen werden soll. Ich bitte um die Genehmigung.

Bürgermeister: Keine Einwendung? Der Antrag ist mit qualifizierter Majorität bei Anwesenheit von mehr als 92 Gemeinderäthen angenommen.

Beschluß: Die Compensation des zur Thorportalanlage beim Hause III., Sechstrügelgasse 10, erforderlichen Grundes per 1.38 m² mit einer gleichgroßen Fläche des abzutretenden Straßengrundes wird genehmigt.

37. (7501.) Referent Gem.-Rath Stiahy: Ignaz und Ernestine Deutsch ersuchen um Bewilligung zur Anbringung von zwei Nisaliten und eines Thorportales anlässlich der Herstellung eines Neubaus in der Kaiserstraße 91 im VII. Bezirke. Der für die Nisalite und das Thorportal erforderliche Grund im Ausmaße von 1.205 m² soll im Wege der Compensation gegen eine gleichgroße Fläche des zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grundes überlassen werden. Ich bitte namens des Stadtrathes um die Genehmigung.

Bürgermeister: Keine Einwendung? Es ist nicht der Fall. Der Antrag ist mit qualifizierter Majorität angenommen.

Beschluß: Die Compensation des zur Thorportal- und Nisalanlage beim Hause VII., Kaiserstraße 91, erforderlichen Grundes per 1.205 m² mit einer gleichgroßen Fläche des abzutretenden Straßengrundes wird genehmigt.

38. (7997.) Referent Gem.-Rath Faugoin: Bewilligung eines Zuschusses von 2400 fl. zur Rubrik XXXIII 4. Am 26. Juni d. J. wurde die Genehmigung zur Herstellung von sechs einfachen Grüften am Ottakringer Friedhofe erteilt und die Gräfte hergestellt. Inzwischen wurden dieselben bereits an Parteien vergeben. Es ergibt sich also neuerdings die Nothwendigkeit zur Herstellung von acht einfachen Grüften in kürzester Zeit.

Der Stadtrath hat den Kostenschlag mit 2400 fl. genehmigt und nachdem eine Bedeckung für diese Position nicht vorhanden ist, wird beantragt die Genehmigung eines Zuschusses in der Höhe von 2400 fl. zur Ausgabe-Rubrik XXXIII. Ich bitte, um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Annommen.

Beschluß: Behufs Herstellung von acht einfachen Grüften auf dem Ottakringer Friedhofe wird ein Zuschusscredit von 2400 fl. zur Rubrik XXXIII 4 bewilligt.

39. (6289.) Referent Gem.-Rath v. Götz: Nachdem die Rochusgasse in Penzing, XIII. Bezirk, bis auf zwei Baustellen ausgebaut ist und die Trottoirs fertiggestellt sind, ist es absolut nothwendig, die Straßen dort aus Verkehrsrücksichten in Ordnung zu bringen und wird hiezu von Seite des Stadtbauamtes ein Vorschlag von 1996 fl. 37 kr. vorgelegt. Nachdem die Rubrik XXII 1 d keine Bedeckung bietet, wird beantragt: Der Gemeinderath möge zu dieser Rubrik einen Nachtragscredit von 1996 fl. 37 kr. genehmigen. Ich bitte um die Annahme.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Annommen.

Beschluß: Für die Herstellung der Rochusgasse in Penzing, XIII. Bezirk, wird ein Zuschusscredit von 1996 fl. 37 kr. zur Rubrik XXII 1 d bewilligt.

40. (8049.) Referent Gem.-Rath v. Götz: Im Hause Allee-gasse 22 in Hiebing, befindet sich ein städtischer Brunnen mit einem Schöpfwerke, welcher das Wasser für die Bepflanzung von Hiebing wie für eine eventuelle Feuergefahr zu liefern hat. Es hat sich herausgestellt, daß der Wasserstand continuierlich gesunken ist. Es ist eine Tiefergrabung des Brunnens und die Demontierung des Schöpfwerkes und des Gasmotors nothwendig und ist ein Kostenbetrag von 1000 fl. erforderlich. Nachdem auf Rubrik XXII 6 e keine Bedeckung vorhanden ist, wird von Seite des Stadtrathes

beantragt: Der Gemeinderath möge einen Zuschusscredit von 1000 fl. zur Rubrik XXII 6 e bewilligen, um diese Reconstruction des Schöpfwerkes in Hieging, Alteegasse 22, durchführen zu können.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — *A n g e n o m m e n.*

Beschluss: Für die Reconstruction des Schöpfwerkes Hieging, Alteegasse 22, wird ein Zuschusscredit per 1000 fl. zur Rubrik XXII 6 e bewilligt.

41. (6366.) Referent Gem.-Rath Dr. Sackenberg: Ich habe die Ehre, zu referieren über das Einschreiten der Direction des St. Josef-Kinderspitals auf der Wieden wegen Auflaffung des in der Verlängerung der Schaumburggasse durch die Realitäten Nr. 9 und 11 Kolschitzgasse projectiert gewesenen Straßenzuges zwischen der Kolschitzgasse und Gassergasse, IV. Bezirk. Die gedachte Direction besitzt in der Kolschitzgasse ein Spital und beabsichtigt, dasselbe zu erweitern und zu diesem Zwecke die Realität Nr. 11 in der Kolschitzgasse anzukaufen. Es würde dadurch möglich werden, einen Isolirpavillon zu errichten und einen neuen Tract für den Belag von etwa 40 Betten herzustellen. An der Ausführung dieses Planes ist jedoch die gedachte Direction dadurch gehindert, daß im Jahre 1870 der Gemeinderath den Beschluss gefasst hat, die Schaumburggasse über diese Realität zu verlängern. Würde diese Verlängerung plaggreifen, so ist dieser Ankauf für das Spital unnütz und die Erweiterung des Spitals dadurch unmöglich gemacht. Die Direction schreitet daher ein um Auflaffung der Verlängerung der Schaumburggasse über die gedachte Realität. Der Stadtrath ist der Anschauung, daß diesem Ansuchen stattgegeben werde, und zwar aus folgenden Gründen.

Als der Gemeinderath im Jahre 1870 den principiellen Beschluss fasste, die Schaumburggasse über diese Realität und den dahinter liegenden Garten zu verlängern, war er von dem Gedanken geleitet, die Favoritenstraße wesentlich von dem Verkehre zu entlasten. Inzwischen ist durch Auflaffung der Linienwälle, durch verschiedene Durchbrüche der Linienwälle bei der Alteegasse, Luisengasse, Blechthurmstraße dem gedachten Übelstande abgeholfen, so daß es gar nicht nothwendig sein wird, die Schaumburggasse hier zu verlängern, um dem Verkehrsbedürfnisse zu genügen.

Überdies würde durch Verlängerung der Kolschitzgasse zur Gassergasse und weiterhin über die Realität des Fürsten Schaumburg ein sehr großer Complex von Gärten der Parcellierung zugeführt werden, was durchaus nicht im sanitären Interesse des ganzen Bezirkes gelegen ist; im Gegentheile, das Bezirksinteresse gebietet die möglichste Erhaltung dieser Gärten, was nur dann zu erreichen wäre, wenn diese Straße nicht fortgeführt wird. Bei dieser Gelegenheit soll jedoch die Beschlussfassung darüber stattfinden, daß die Straße verlängert werde, und für diese Verlängerung die Linien D B und H I bestimmt werden. Der Theil I K und K F ist bereits im Jahre 1870 definitiv bestimmt worden, so daß zwischen der Gassergasse und dem Wiedener Gürtel thatächlich eine neue Gasse geschaffen wurde.

Ich habe die Ehre, Ihnen zu beantragen (liest):

„Auflaffung des in der Verlängerung der Schaumburggasse durch die Realitäten Dr.-Nr. 9 und 11 Kolschitzgasse projectiert gewesenen Straßenzuges in der Strecke zwischen der Kolschitzgasse und Gassergasse, und Festsetzung der Linien G K und E I als Baulinien für diesen Straßenzug in Verlängerung der bereits

genehmigten Linien H K und F I mit der Straßenbreite von 15·17 m².“

Ich bitte Sie, diesem Antrage Ihre Zustimmung zu ertheilen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich habe schon im Stadtrathe gegen diesen Antrag gestimmt und werde es auch hier thun. Die Schaumburggasse beginnt bei dem neuen Brunnen, den wir errichtet haben, dem sogenannten Engelbrunnen, und ist bestimmt, eine Hauptverkehrsader gegen die zukünftige Gürtelstraße zu werden.

Es würde niemandem in einer anderen Stadt einfallen, eine so schöne Straße zu unterbrechen, beziehungsweise nur bis zu der vor die Gürtelstraße führenden Straße durchzuführen und das letzte Endstückchen wegzulassen. Wie wird die Auflaffung dieses letzten Endstückchens begründet? Der Herr Referent sagt: Wenn wir den Beschluss nicht aufheben, könnte es dem Fürsten Schaumburg einfallen, eventuell seine Realität zu parcellieren, und dann verschwindet der Garten, der doch im Interesse des Bezirkes erhalten werden soll. Wenn Fürst Schaumburg aber parcellieren will, so kann ihn der Herr Referent und der Herr Bürgermeister mitammt der Majorität daran nicht hindern. (Widerspruch rechts.) Nein! Sie können ihn nicht hindern, Sie müssen es ihm bewilligen und auch die Straße durch den Garten bewilligen, und wir werden dann nur das eine haben, daß die Schaumburggasse und die eine Quergasse — ich weiß nicht, wie sie heißt — dort endet und das Stück bis zum Gürtel vollständig entfällt, das werden Sie erreicht haben, und wenn sich das doch einmal in Zukunft herausstellen wird, so werden Sie noch ausgelacht werden. Es ist geradezu unglaublich, daß man einer Anstalt zuliebe eine solche Gasse aufheben will. Das darf nirgends bewilligt werden, in gar keiner anderen Stadt. Überhaupt beurtheilt man in Wien die Verkehrsverhältnisse — ich könnte sagen, immer nur von heute — man begreift nicht, daß der Verkehr sich in außerordentlicher Weise heben kann, und man begreift insbesondere nicht oder will nicht begreifen, daß z. B. der Verkehr zur Südbahn sich außerordentlich heben wird.

Wenn Sie also die Zukunft im Auge behalten wollen, so lehnen Sie den Antrag des Stadtrathes ab und halten Sie den wirklich vernünftigen Beschluss des Gemeinderathes vom Jahre 1870 aufrecht.

Ich empfehle Ihnen, in dieser Weise vorzugehen.

Gem.-Rath Gregorig: Nach dem Herrn Gem.-Rathe Dr. Lueger bleibt mir nur wenig zu sagen übrig. Ich möchte aber den Herrn Referenten fragen, ob Fürst Schaumburg gefragt worden ist?

Referent: Er ist nicht gefragt worden, weil dies gar nicht nothwendig ist.

Gem.-Rath Gregorig: Ja doch, es ist nothwendig. Ich stimme immer dafür, wenn es sich darum handelt, bestehende Lufträume zu erhalten, aber wir haben erst kürzlich gesehen, daß die Herren bezüglich Mariahilf etwas beschloffen haben, wo etwas gebaut werden wird, was für die Zukunft schrecklich sein wird. — Weil es sich aber hier um einen Cavalier handelt, geht man zur Tagesordnung über, der darf nicht parcellieren! (Auf: Das ist nicht richtig!) Wenn aber später ein Jude kommt und parcellieren will, so kann er machen, was er will.

Bürgermeister: Ich bitte, Herr Gemeinderath, das ist doch nicht nothwendig.

Gem.-Rath Gregorig: Es ist aber so, es sind lauter Juden, die parcellieren.

Bürgermeister: Aber lassen Sie doch das.

Gem.-Rath Gregorig: Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen.

Bürgermeister: Ich muß Sie ja unterbrechen, wenn Sie dazu Anlaß geben. Das ist eben Ihre Sache und nicht meine.

Gem.-Rath Gregorig: Ich kann nichts dafür, daß das meistens Juden sind, das ist nicht meine Schuld.

Bürgermeister: Ich bitte Sie, doch das zu unterlassen.

Gem.-Rath Gregorig (fortfahrend): Hier geht man über das Interesse des Grundbesitzers hinweg und in anderer Beziehung wird wieder ein wichtiger Straßenzug aufgehoben. Wenn man Aufsträume erhalten kann, wo es nothwendig ist, so bin ich dafür und ich glaube auch, daß Fürst Schaumburg nicht so bald parcellieren wird. Aber einem Spital zuliebe, das ja anders situiert werden kann, eine solche Verbindung aufzuheben, das kann mir nicht einleuchten, und ich bedauere, daß ein Vertreter der Wieden so referiert. (Referent: Gerade, weil es im Interesse der Wieden ist!) Ich würde ein solches Referat nicht übernehmen, weil man sich dagegen wehren muß, daß eine so wichtige Verkehrsader abgeschnitten wird.

Wenn mir der Herr Referent die Garantie gibt, daß der Schaumburggarten nicht verbaut wird, dann stimme ich dafür. Wenn aber hinterher Speculanten den Garten verbauen, so ist nichts damit gethan.

Gem.-Rath Eigner: Sehr geehrte Herren! Diese Anstalt ist eine Privatanstalt, und wenn es ihr heute einfällt, das Spital aufzulassen und die Sache zu verkaufen, so werden die Gründe jedenfalls parcelliert und die Gasse durchgeführt werden, da mögen Sie heute so oder so beschließen. Ich glaube aber, man soll heute den früheren Beschluß aufrecht erhalten, damit die Gasse durchgeführt wird, damit die Sache dann, wenn die Durchführung erfolgt, nicht neuerdings an den Gemeinderath kommen muß. Dort ist jetzt gar keine Straße, die an den Gürtel führt, und daher wäre diese Gasse sehr nothwendig. Wenn ein Herr das Interesse der Wieden ins Treffen führt, so muß gesagt werden, daß das Interesse der Wieden auch dann geschützt wird, wenn die Gasse durchgeführt wird. Es ist anderer Grund überdies genug vorhanden, man soll daneben ankaufen, um den Platz zu erweitern, denn dieser Grund liegt ja nicht direct in der Mittellachse, er streift ja nur einen Theil der Realität an der rechten Seite. Wenn die Gasse durchgeführt wird, wird diese Realität ein Eckhaus werden und dann vielleicht besser geeignet sein als heute.

Ich kenne dort die Gegend sehr gut. Die Durchführung dieser Straße ist nothwendig. Wenn Sie den Verkehr erweitern und verbessern wollen, so halten Sie diese Durchführung aufrecht. Die Realität des Fürsten wird in der Zukunft einmal gewiß parcelliert werden und nicht Garten bleiben. Auch ist dieser Garten nicht der Öffentlichkeit überlassen, sondern er ist nur ein Privatgarten. Von ihm hat die Bevölkerung nicht viel, weil sie ihn nicht benützen darf. Ich empfehle Ihnen nochmals, beim Beschlusse vom Jahre 1870 zu verbleiben und den Antrag des Stadtrathes abzulehnen.

Gem.-Rath Wärtl: Es handelt sich heute nicht um den Garten des Fürsten, welcher noch sehr lange existieren wird und auch bestehen bleiben soll; aber nicht umsonst haben wir den Beschluß gefaßt, den ich selbst provociert habe, daß hier eine Gasse durchgeführt werde, wenn die Linien fallen, und heute soll

der Gemeinderath den Beschluß wieder zurücknehmen. Ich kann mich als Vertreter des IV. Bezirkes mit dem Referenten-Antrage nicht befreunden. Der Linienwall ist bereits gefallen. Es sind eine Menge anderer Plätze vorhanden, warum soll das Spital nicht einen anderen Grund erwerben? Gerade hier ist der Verkehr zum Südbahn-Frachtenbahnhofe und wir können nicht genug Verkehrsadern haben. Kaum waren die Linienwälle gefallen, so hieß es: Durchbrüche, Durchbrüche! Diese sind auch größtentheils erfolgt, und hier kann auch ein Durchbruch kommen, während man jetzt Hindernisse schaffen will. Ich bitte, auf den Antrag des Herrn Referenten nicht einzugehen. Ich kann es wenigstens nicht beantworten.

Bürgermeister: Die Debatte ist geschlossen.

Referent (zum Schlussworte): Ich fühle mich und zwar gerade im Interesse des Bezirkes Wieden verpflichtet (Widerspruch links) — ich bitte mich reden zu lassen, Sie haben dasselbe Recht gehabt und wir haben Sie nicht unterbrochen — ich fühle mich verpflichtet, für den Antrag des Stadtrathes aufs wärmste einzutreten, und zwar aus folgenden Gründen.

In erster Linie wurde das Verkehrsinteresse hervorgehoben, welches erfordern soll, daß die Schaumburggasse über die Schaumburgerrealität und weiterhin gegen den Gürtel verlängert wird. Dieses Verkehrsinteresse war wirklich einmal vorhanden, als die Nachbarstraßen keinen Durchbruch gegen den Linienwall erfahren konnten. Seitdem jedoch der Linienwall aufgelassen ist, haben die Nachbarstraßen Durchbrüche gegen den Linienwall, und es ist ein reichlicher Verkehr vorhanden. Alle Nachbarstraßen haben eine Breite von 15-17 m, nur die bestehende Schaumburggasse hat eine Breite von 13-28 m. Diese Gasse ist daher schon vermöge ihrer Enge nicht geeignet, einen größeren Verkehr aufzunehmen. Die Schaumburggasse mündet in die Rainergasse, welche gleichfalls zu den breiteren Gassen gehört. Der Verkehr, der durch die Schaumburggasse in die Rainergasse gelangt, kann daher sehr leicht mit einem sehr geringen Umwege weitergeführt werden. (Gelächter links.) Ob Sie lachen oder nicht, die Distanz ist eine so geringe, daß es geradezu komisch ist, wenn man sagt: es ist ein gebieterisches Verkehrsinteresse, daß die Straße fortgeführt werde. Der Beschluß bezüglich der Fortsetzung der Schaumburger-Realität zwischen der Rainer- und der Gassergasse ist überhaupt nur ein principieller. Dieser bloß principielle Beschluß veranlaßt aber die Anstalt, um Auflassung der Baulinie einzuschreiten, und zwar deshalb, weil, wenn die Schaumburggasse weiter fortgeführt würde, es absolut unmöglich wäre, das Spital auszugestalten. Die eine Baulinie liegt bereits heute vollständig in der Spitalsrealität, die zweite kommt in jene Realität zu liegen, welche das Spital zum Zwecke der Erweiterung seiner Anlage kaufen will. Wenn die Straße durchgeführt werden würde, müßte das Spital überhaupt fallen, denn seine Realität würde dann so klein, daß sie für Spitalzwecke nicht mehr geeignet wäre.

Nun hat Herr Dr. Lueger mit Emphase hervorgehoben: Wegen einer solchen Anstalt sollen wir den Beschluß betreffend einer Straße aufheben? Meine Herren, wir besitzen in Wien außerordentlich wenig Kinderpitäler, und ich glaube, die Vertreter der Gemeinde Wien haben das dringendste Interesse, solche Anstalten in der allernachdrücklichsten Weise zu fördern, insbesondere dann, wenn dies nicht auf Kosten der Gemeinde geschieht, sondern dies dadurch möglich ist, daß man einen Beschluß bezüglich einer Straßenbestimmung auflöst. Ich empfehle daher den Herren

auf das allerwärmste und allerbringendste die Annahme dieses Antrages.

Dabei möchte ich noch hervorheben, daß durch den principiellen Beschluß bezüglich der Fortsetzung der Schaumburgergasse über die Schaumburger-Realität selbstverständlich der Anreiz, die Schaumburger-Realität zur Parcellierung zu bringen, viel größer ist, als wenn dieser Beschluß nicht vorhanden ist. Solange dieser Beschluß besteht, kann der Eigentümer, ob es der Fürst Schaumburg oder jemand anderer ist, sich vielleicht zur Parcellierung entschließen. Natürlich werden wir den Fürsten Schaumburg oder dessen eventuellen Rechtsnachfolger nicht hindern können, zu parcellieren, aber wir sollen nicht durch den Fortbestand eines solchen Beschlusses den Anreiz geben zur Parcellierung. Ich bitte also, diesen Antrag, der gewiß wohl begründet ist, der insbesondere nach meiner Ansicht im sanitären Interesse des Bezirkes Wieden ist, anzunehmen.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. Gegen den Referenten-Antrag hat Herr Dr. Lueger den Antrag gestellt, es soll bei dem Beschlusse vom Jahre 1870 bezüglich der Verlängerung der Schaumburgergasse sein Verbleiben haben. Diesen Gegen-Antrag gegen den Referenten-Antrag bringe ich zuerst zur Abstimmung und die Herren, welche mit dem Antrage des Herrn Dr. Lueger einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Minorität.

Nun bitte ich die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Es ist die Majorität; der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Auflassung des in der Verlängerung der Schaumburgergasse durch die Realitäten Dr.-Nr. 9 und 11 Kolschitzgasse projectiert gewesenen Straßenzuges in der Strecke zwischen der Kolschitzgasse und Gassergasse, und Festsetzung der Linien G K und E I als Baulinien für diesen Straßenzug in Verlängerung der bereits genehmigten Linien H K und F I mit der Straßenbreite von 15-17 m.

42. (8162.) Referent Gem.-Rath Dr. Sackenberg: Ich habe weiters die Ehre, zu referieren über einen Nachtragscredit zum Zwecke der Bedeckung des Bedarfes für die Pflasterung der Karolinen-gasse in der Strecke vom Karolinenplatz bis zur Heugasse. Die für diese Pflasterung in Aussicht genommene Summe ist bereits überschritten, daher ist es nothwendig, daß das Erfordernis für diese Pflasterung im Betrage von 2960 fl. 43 fr. zur Rubrik XII 1 b für die gedachte Strecke vom löbl. Gemeinderathe bewilligt werde.

Ich erlaube mir, den Antrag zu stellen, dieses Erfordernis bewilligen zu wollen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Beschluß: Für die Neupflasterung der Karolinen-gasse vom Karolinenplatz bis zur Heugasse im IV. Bezirke wird ein Zuschußcredit von 2960 fl. 43 fr. zur Rubrik XXII 1 b bewilligt.

43. (6109.) Referent Gem.-Rath Dr. Vogler: Der Convent der Ursulinerinnen bittet um eine Subvention zur Erhaltung der Lehrerinnen-Bildungsanstalt und der Volks- und Bürgerschule, die bei dieser Anstalt besteht, auch für das Jahr 1894. Der Convent hat bisher immer eine Subvention von

500 fl. dafür erhalten, daß er an seiner Lehrerinnen-Bildungsanstalt auch eine Schule erhält, welche eine große Anzahl Schulkinder aufnimmt und dadurch der Gemeinde Wien beträchtliche Kosten erspart, weil ja dieselbe diese Kinder sonst in irgend-anderen öffentlichen Schulen unterbringen müßte.

Der Convent hat bisher eine regelmäßige jährliche Subvention von 500 fl. erhalten und es wird nun beantragt, auch für das Jahr 1894 dem Convent eine gleiche Subvention zu gewähren. Ich bitte um die Genehmigung.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Beschluß: Dem Convente der Ursulinerinnen wird zur Erhaltung seiner Lehrerinnen-Bildungsanstalt und seiner Volks- und Bürgerschule eine Subvention von 500 fl. pro 1894 bewilligt. Zur Deckung dieser Ausgabe wird ein Zuschußcredit in der gleichen Höhe zur Rubrik XLVI 2 a genehmigt.

44. (7449 und 8411.) Referent Gem.-Rath Dr. Vogler: Dieses Referat betrifft das Ansuchen des Vereines zur Umgestaltung der Calvarienbergkirche in Hernals um eine Subvention. Dieser Verein hat die Calvarienbergkirche in Hernals vollständig umgestaltet, beziehungsweise einer Umbauung unterzogen. Noch vor der Vereinigung der Vororte mit Wien hat die bestandene Gemeinde Hernals diesem Vereine einen Beitrag von 10.000 fl. zur Herstellung des Kirchenbaues zugesichert gegen dem, daß die Gemeinde von allem Hand- und Zugrobot befreit werde. Dieser Beitrag wurde auch seitens der Gemeinde Wien als Rechtsnachfolgerin der Gemeinde Hernals an den Verein ausgezahlt.

Es tritt aber der Verein nunmehr an die Gemeinde in einer Eingabe mit der Bitte um eine weitere ausgiebige Subvention heran. Es wird in dieser Eingabe nachgewiesen, daß dieser Verein bereits 82.284 fl. verausgabt hat, daß er jedoch noch an einem Deficit von 30.000 fl. laboriert, dessen Deckung irgendwie veranlaßt werden muß. Es wird darauf hingewiesen, daß viele kleine Geschäftsleute des Bezirkes Hernals noch auf Bezahlung für geleistete Arbeiten warten und mit Rücksicht auf den Umstand, daß der Verein durch die Umgestaltung der Kirche wirklich etwas Schönes und Heißames für den Bezirk geschaffen hat, mit fernerer Rücksicht auf den nicht zu unterschätzenden Umstand, daß der Gemeinde der Hand- und Zugrobot bei diesem Kirchenbau erspart geblieben ist, welche jedenfalls den Betrag von 10.000 fl., welche die Gemeinde Hernals zugesichert hat, weit überstiegen hätte, wurde verlangt, daß die Gemeinde Wien eine ausgiebige Subvention zur Deckung der fraglichen noch ausstehenden Kosten ertheilt. Der Stadtrath hat mit Beschluß vom 26. September den Antrag gestellt, der Gemeinderath wolle eine Subvention von 5000 fl. bewilligen.

Nachdem dieser Betrag in den Blättern publiciert worden war, ist nun der Verein neuerlich mit einer Eingabe hergetreten, in welcher er darthut, daß er auf eine höhere Subvention gerechnet hat, daß die Sammlungen, welche schon wieder zu diesem Zwecke stattgefunden haben, kaum ein entsprechendes Resultat erwarten lassen, daß die private Mithätigkeit bereits erschöpft sei. Er weist noch darauf hin, daß er der Gemeinde Wien doch ein bleibendes Monument durch diese neue Kirche geschaffen hat, deren Einweihung am nächsten Dienstag stattfinden wird. Er bittet nunmehr um eine Subvention von 10.000 fl.

In der ersten Eingabe wurde eine bestimmte Ziffer nicht ausgedrückt, sondern es wurde, wie ich wiederholt betont habe, nur von einer „ausgiebigen Subvention“ gesprochen. In der zweiten Eingabe wird nunmehr, wie erwähnt, der Betrag von 10.000 fl. genannt. Mit Rücksicht auf diese neu hervorgekommenen Umstände und die neuerliche Bitte des Vereines hat der Stadtrath in seiner heutigen Sitzung beschloffen, dem Gemeinderathe zu empfehlen, statt der beantragten Subvention von 5000 fl. eine solche von 10.000 fl. zu gewähren. Bezüglich der Bedeckung wäre dieser Betrag auf den Reservefond zu verweisen.

Gem.-Rath Bärtl: Ich bin wohl nicht gegen diese Summe, aber soeben hat der Herr Referent von der Verweisung auf den Reservefond gesprochen. Meine Herren! Der Reservefond von 400.000 fl. ist bereits mit 400.000 fl. belastet. Man kann also sagen: auf das Gebarungsergebnis; aber einen Reservefond gibt es heute nicht mehr.

Referent: Ich mache nur darauf aufmerksam, daß wir alle diese Sachen auf den Reservefond verweisen; es wird dann zu dem Reservefonde ein entsprechender Zuschußcredit verlangt werden, wenn jener factisch erschöpft worden ist. Ueberdies kommen nicht alle Beträge, die auf den Reservefond verwiesen worden sind, factisch zur Auszahlung.

Gem.-Rath Boschan: Es mag wohl richtig sein, daß unser Reservefond durch Ausgaben überschritten ist; nichtsdestoweniger ist es buchhalterisch richtig, daß vorkommende Auslagen, welche unbedeckt sind, auf den Reservefond verwiesen werden. Es wird dann Sache des Gemeinderathes sein, zum Reservefonde entweder auf Grund des Gebarungsergebnisses oder auf Grund der Cassenbestände einen Zuschußcredit zu bewilligen. Es liegt lediglich im Interesse der Ordnung, daß alle diese Ausgaben auf den Reservefond verwiesen werden, damit sie alle in einem Conto erscheinen.

Gem.-Rath Bärtl: Ich habe — wie gesagt — nichts gegen die 10.000 fl. Aber wir haben heute eine Menge solcher Zuschußcredite genehmigt. Da heißt es: „Zur Rubrik römisch soundsoviel“. Man soll also sagen: „auf das Gebarungsergebnis“. (Rufe: Nein!) Der Herr Referent sagt, es wird der Reservefond verstärkt werden; das muß an den Gemeinderath gehen. Früher war es so: sobald der Reservefond erschöpft war, ist man an den Gemeinderath herangetreten. Das ist jetzt nicht mehr. Ich höre heute zum erstenmale, daß der Referent sagt, das ist auf den Reservefond zu überweisen. Der ist längst überschritten, vielleicht um 300.000 fl. Das ist also nicht richtig, man soll sagen: auf die betreffende Rubrik oder auf das Gebarungsergebnis.

Bürgermeister: Ich bitte, Herr Gemeinderath, es gibt verschiedene Belastungen des Reservefondes; eine effective durch Ausgaben, die bereits zu Lasten des Reservefondes gemacht worden sind, und eine solche durch in Aussicht stehende Arbeiten. Ich weiß nicht, wie der Reservefond heute belastet ist. Wenn er aber durch die Ausgaben erschöpft ist, so wird von Seite des Stadtrathes ein entsprechender Antrag gestellt werden, damit dem Reservefonde ein weiterer Zuschußcredit zugeführt werde. Herr Gemeinderath werden damit wohl beruhigt sein?

In der Sache selbst ist eine Einwendung nicht erhoben worden. Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Dem Vereine zur Umgestaltung der Calvarienbergkirche in Hernals wird eine Subvention in der Höhe von 10.000 fl. gewährt und dieser Betrag auf den Reservefond verwiesen.

45. (7828.) Referent Gem.-Rath Matthies: Es betrifft die Erwerbung von Baustellen anstoßend an die Schule in der Kinskystraße im X. Bezirke. Die ehemalige Gemeinde Inzersdorf hat die Schule gebaut. Ringsherum befinden sich unverbauten Plätze. Gegenwärtig ist es noch nicht nothwendig, die Schule zu erweitern, aber mit Rücksicht darauf, daß in der Umgegend viele Häuser gebaut werden, erachtet es der Magistrat als vortheilhaft, nachdem der Besitzer der Plätze mit einem Anbote herangetreten ist, die vier Bauplätze anzukaufen. Sie haben im ganzen ein Flächenmaß von 473 □°. Der Besitzer verlangt für die Quadratlasten 24 fl., das macht zusammen 11.360 fl. 66 kr. Da er aber schon die Canaleinmündungsgebühr von 363 fl. 80 kr. gezahlt hat, so macht es zusammen 11.724 fl. 46 kr. Der Stadtrath hat ein Verhandlungsgesamtheit eingesetzt, welchem es gelang, ihn zu bestimmen, daß er die vier Bauplätze inclusive der Einmündungsgebühr um 10.500 fl. überläßt. Ich bringe diesen Antrag des Stadtrathes zur Vorlage und bitte um die Annahme mit dem Bemerkten, daß die Zahlung erst nach dem 1. Jänner erfolgt.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Der Antrag ist angenommen.

Beschluß: Die Parzellen Einl.-Z. 460, Nr. 820/70, Einl.-Z. 461, Nr. 820/71, Einl.-Z. 466, Nr. 820/76 und Einl.-Z. 467, Nr. 820/77 im X. Bezirke sind zum Zwecke des Ausbaues der allgemeinen Volksschule für Knaben X., Kinskygasse, Alzingergasse, im angeblichen Ausmaße von 473 □° um den Preis von 10.500 fl. käuflich zu erwerben. Die Übertragungsgebühr hat die Gemeinde, den Vertragstempel die Gemeinde und der derzeitige Eigenthümer je zur Hälfte zu bestreiten.

46. (8197.) Referent Gem.-Rath Matthies: Es betrifft dies das Project für die Errichtung eines Schöpfwerkes im XI. Bezirke, Ebersdorferstraße. Dort ergab sich die Nothwendigkeit der Einführung der Straßenbespritzung. Dieser Gegenstand wurde schon in der Budget-Commission des vorigen Jahres besprochen und genehmigt. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß kein Wasser vorhanden ist. Es soll nun ein Brunnen gegraben werden, und es wird beantragt, ein Schöpfwerk mit einem Gasmotor in der Kaiser-Ebersdorferstraße aufzustellen. Es ist der Kostenbetrag mit 6100 fl. präliminirt. Der Platz ist aber nicht Eigenthum der Gemeinde, sondern er gehört dem Bürgerhospitalsfonde; der Platz soll von diesem Fonde um den Preis von 10 kr. per Quadratmeter in Pacht genommen werden und der gegenwärtige Pächter soll eine Abfindungssumme von 20 fl. erhalten. Ich bitte, den Bauconsens zu ertheilen und die Einwilligung zur Errichtung des Schöpfwerkes zu geben.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.

Beschluß: Für die Errichtung eines Schöpfwerkes auf der Cat.-Parc. 637/1 im XI. Bezirke, Ebersdorferstraße, wird vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der abzuhaltenden Localcommission der Bauconsens ertheilt.

47. (8055, 8107, 8110.) Referent Gem.-Rath Dr. Suber: Ich habe die Ehre, zu referiren über ein Nachtragsgesuch, welches dahin zielt, jene Pächter zu entschädigen, welche bisher nicht eingeschritten sind, aber doch durch den Hagelschlag vom 7. Juni d. J. Schaden erlitten haben. Es sind das die Bürgerhospitalfondspächter im III., V. und XI. Bezirke. Ich betone und die Herren wissen es, daß ich jüngsthin über denselben Stoff referirt habe. Das Referat umschließt alle jene, die selbständig darum angeführt

haben. Jetzt handelt es sich um alle anderen. Es wird ganz analog vorgegangen wie das vorigemal. Den Bürgerhospitalfondspächtern von Küchen- und Ziergärten im III. und XI. Bezirke soll die Hälfte des Pachtzuschlages nachgelassen werden, denen im V. Bezirke ein Viertel. So lautete auch vorigesmal der Beschluß. Nun kommt aber noch etwas dazu. Es haben Gemeindepächter in Dornbach auch um Aushilfen und Entschädigungen diesfalls angefragt, weil sie gleichfalls durch den Hagelschlag schwer betroffen wurden. Das betrifft hauptsächlich die Gegend des Heuberges. In Ansehung dieser wird auch der Antrag gestellt, ihnen die Hälfte des Pachtzinses nachzulassen, und zwar ist darunter vor allen eine gewisse Barbara Landauer; dieser soll die Hälfte des Pachtzuschlages pro 1894 nachgelassen werden, den anderen in Dornbach die Hälfte des Pachtzuschlages pro 1895 und zwar deshalb, weil sie den Pachtzuschlag pro 1894 schon entrichtet haben; das wird ihnen also nächstes Jahr zugute gerechnet.

Schließlich muß ich noch zurückgreifen auf die anderen Pächter im III., V. und XI. Bezirke. Es soll ihnen nämlich jener Betrag eingerechnet werden, welcher von der Steuer abgeschrieben wird. Auch sind sieben Pächter, welche ihre Gründe in Aterpacht gegeben haben. In Ansehung dieser wird keine Ausnahme gemacht, nur eine Bedingung wird gestellt, nämlich die Bedingung, daß sie den gleichen Betrag ihren Aterpächtern nachlassen müssen.

Ich bitte Sie, meine Herren, diese Anträge, die ja mit den früheren übereinstimmen, die Zustimmung zu erteilen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — *Angenommen.*

Beschluß: 1. Den im Ausweise der städtischen Buchhaltung verzeichneten Pächtern von Bürgerhospitalfonds-Küchen- und Ziergärten im III., V. und XI. Bezirke einschließlich eines der Gemeinde gehörigen Küchengartens im III. Bezirke, welche durch den am 7. Juni d. J. stattgehabten Hagelschlag Schaden gelitten haben, seinerzeit jedoch nicht namentlich um einen Pachtzinsnachlaß angefragt haben, sowie denjenigen sieben Pächtern von Bürgerhospitalfondsgründen im III., V. und XI. Bezirke, welche ihre Gründe in Aterpacht gegeben haben, letzteren Pächtern unter der Bedingung, daß sie den Aterpächtern einen gleichen Zinsnachlaß gewähren, wird ein Pachtzinsnachlaß, und zwar den Pächtern von den Gärten im III. und XI. Bezirke in der Höhe eines halbjährigen Pachtzinses, den Pächtern von Gärten im V. Bezirke in der Höhe eines vierteljährigen Pachtzinses, zusammen daher ein Pachtzinsnachlaß von 2190 fl. 84 kr. bewilligt. In diese Pachtzinsnachlässe werden jedoch die auf die einzelnen Gründe entfallenden Grundsteuerabschreibungen eingerechnet. Den übrigen Pächtern von Wiesen und Äckern werden bloß die auf die fraglichen Grundstücke entfallenden Grundsteuerabschreibungen gutgeschrieben.

2. Den Pächtern der Dornbacher Gemeindegründe wird die Hälfte des Pachtzinses, und zwar der Barbara Landauer pro 1894, den übrigen Gesuchstellern aber pro 1895 nachgegeben.

48. (7943.) Referent Gem.-Rath Josef Müller: Ich habe die Ehre, zu referieren zur Beilage 242 über die Eingabe des Ferdinand und Karl Sickenberg um Auflassung der projectierten Verlängerung der Bachofengasse in Rußdorf im XIX. Bezirke über die Realität Einl. 3. 429 und 588 Rußdorf.

Es handelt sich um die Auflassung der verlängerten bereits genehmigten Bachofengasse, welche über die Realität Dr.-Nr. 5, welche zwischen der Donaustraße, Kirchengasse, Rußdorferstraße und Straße I führt und welche von der Rußdorferstraße bis zur Kirchengasse reicht. Die Herren wissen, daß diese Gegend eigentlich für Industriebauten bestimmt worden ist, und es ist daher gewiß nur im Interesse dieser Bauten selbst gelegen, daß möglichst große Baublöcke geschaffen werden. Durch die Verlängerung der Bachofengasse über die Rußdorferstraße ist weder dem Verkehre, welcher sich hier entwickelt, gebient, noch auch eine fernere Verbauung, da die dortige Gegend sehr industriereich ist. Auch das Niveauverhältnis, welches diese Straße hat, ist ein ungünstiges. Es ist diesbezüglich eine Local-Commission angeordnet worden. Es haben sich sämtliche Ämter, auch der Bezirksausschuß durch seinen Vorstand dahin ausgesprochen, daß es gewiß nicht nothwendig und nicht wünschenswert ist, eine derartige Verlängerung durchzuführen. Der Antrag, welcher demnach gestellt wird, lautet folgendermaßen:

„Auflassung des zwischen der Rußdorfer Hauptstraße und der Kirchengasse gelegenen, im öffentlichen Verkehrsinteresse nicht erforderlichen Theiles der Bachofengasse im XIX. Bezirke.“

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — *Angenommen.*

Beschluß: Der zwischen der Rußdorfer Hauptstraße und der Kirchengasse gelegene, im öffentlichen Verkehrsinteresse nicht erforderliche Theil der Bachofengasse im XIX. Bezirke wird aufgelassen.

49. (8153.) Referent Gem.-Rath Josef Müller: Ich habe ferner die Ehre, zur Beilage 243 über das Project für die Einwölbung des Krottenbaches vom Nothspitale in Ober-Döbling bis zum Sulzwege in Salmannsdorf zu referieren. Der Situationsplan liegt vor. Ich ersuche die Herren, sich hieher zu bemühen, um die Situation näher anzusehen.

Der Gemeinderath hat beschlossen, den Krottenbach in seiner Gänge von Salmannsdorf bis zur Rußdorferstraße und bis zur Einmündung in den Donaukanal einzuwölben, und zwar sind zwei Theile bereits zur Einwölbung gelangt, nämlich die Strecke von der Rußdorferstraße bis zur Privat-Irrenanstalt in Ober-Döbling und von da bis zum Nothspital. Der obere Theil ist noch offen. Der untere Theil ist zwar noch nicht ganz fertiggestellt, aber es wurde Abhilfe geschaffen durch die Einfügung des Nothauslaufes, so daß der Canal in der unteren Strecke vollkommen functioniert. Mit Rücksicht darauf, daß der obere Theil noch offen ist, wurden von mir als Referenten in dieser Angelegenheit die Übelstände wiederholt betont, welche dieses offene Gerinne für die Gegend mit sich bringt; von allen Factoren wurde darauf hingewiesen, daß Abhilfe geschaffen werden muß, und der Gemeinderath hat auch in einer Sitzung im März 1894 den Beschluß gefaßt, den oberen Theil von dem Sulzwege in Salmannsdorf bis zum gegenwärtig verbauten Theile in Neustift einzuwölben, weil die Dringlichkeit vorhanden ist, und weil im Vorjahre und vor zwei Jahren eine Scharlach-Epidemie sich infolge der Dünste, die aus dem offenen Bachgerinne aufstiegen, ausgebreitet hat. Es wurde also beschlossen, auch diese Strecke durchzuführen. Die Baulinien wurden bestimmt; bei der Ausarbeitung des Projectes ist man aber darauf gekommen, daß es nicht im Interesse der Gemeinde sei, diesen Theil allein durchzuführen, und daß es viel ökonomischer und zweckmäßiger sei, die ganze Strecke von Salmannsdorf bis zum Noth-

spital unter einem einzuwölben. Es hat sich nämlich Folgendes herausgestellt. Heute münden in diesen Canal sehr viele Ablaufwässer. Die Hauseigenthümer, die an dieses Bachgerinne angrenzen und nicht gerade sehr bemittelte Leute sind, haben keine Senkgruben, was bisher stillschweigend geduldet wurde.

Die wasserrechtliche Commission wird nun aber Folgendes sagen:

Weil die Einwölbung des oberen Theiles nicht an das ganze anschließt, so müßte die Gemeinde, damit die Abführung der Fäcalien in diesem Theile gestattet werden könnte, am unteren Ende Klärbassins anbringen, um diese Stoffe, die hineinsickern, zu klären, damit sie nicht gesundheitschädlich wirken, und das würde der Gemeinde, wie das Stadtbauamt ausrechnet, für die Anlage circa 22.000 fl. und für die jährliche Erhaltung circa 3000 fl. kosten; die Gemeinde würde also bei dieser Anlage ein sehr schlechtes Geschäft machen.

Wenn aber diese Klärbassins nicht hergestellt werden, dürfte die Einleitung der Fäcalien und Schmutzwässer in den Bach nicht gestattet werden, und es müßten sämtliche Anrainer in dieser Gegend, die, wie gesagt, nicht bemittelt sind, neue ordentliche Senkgruben errichten, was die Leute gewiß sehr belasten würde. Das ist gewiß ein Grund, der berücksichtigt werden soll, und so kam man schließlich auf die richtige Idee, die ganze Strecke von Salmannsdorf bis zum Nothspitale in einem Zuge durchzuführen. Damit ist dann diese große Aufgabe von der Gemeinde in einer, wie ich offen sagen muß, munificenter Weise gelöst.

Es sind nun einige Schwierigkeiten vorhanden, und zwar deshalb, weil der künftige Verlauf des Baches in der Straße, welche darübergeführt werden soll, über Privatgründe geht und mit 138 Parteien verhandelt werden muß. Ich weise Sie diesbezüglich auf die Verhandlungen bei Einwölbung des Alsbaches und des unteren Theiles des Krottenbaches hin, wo die Anrainer die nöthigen Gründe nicht nur zur Überwölbung, sondern auch zur Herstellung der Straße meist unentgeltlich hergegeben haben, weil sie ein Interesse daran haben, daß die Straße zu ihren Gründen geführt wird.

Es werden daher Verhandlungen angebahnt, welche am besten in die Hand der Bezirksausschüsse gelegt werden, wie es in Hernald der Fall war. Bezüglich der technischen Frage ist nicht viel zu bemerken. Die Herren haben das Project schon bei der ersten Vorlage gesehen. Das Gefälle ist ein sehr günstiges, weil das Profil oben ein viel geringeres, unten ein größeres ist. Oben ist die Anlage aus Beton, unten schließt sie sich als Ziegelcanal an den bestehenden an. Die Straße, die darübergeführt wird, soll 16 m breit sein.

Über die Führung ist nicht viel zu sagen, weil die Straße nur soweit geführt werden kann, wo bereits der jetzige Weg besteht, nämlich an dem nahezu tiefsten Punkte, an der Lehne dieser Gegend. Die Kosten, welche die Strecke von dem Nothspitale bis zur Verbauung der Grenze in Neustift erfordert, betragen 105.766 fl.

Der obere Theil, der bereits beschloffen ist, erfordert 55.148 fl. in Summa 160.914 fl. Durch die Offertverhandlung wird — ich kann es wohl aussprechen — gewiß eine namhafte Ersparnis erfolgen, so daß diese Herstellung circa 144.000 fl. beanspruchen wird.

Von diesem Betrage ist ein Theil, circa 120.000 fl., ins Budget pro 1895 einzusetzen, der Rest entfällt, nachdem die Sache wohl nicht früher vollkommen fertiggestellt, wenigstens nicht

collaudiert sein wird, auf das Jahr 1896. Jedenfalls wird aber der Bau sofort im nächsten Frühjahr begonnen werden, um endlich den bestehenden Übelständen radical abzuhefen. Ich ersuche also, nachdem die Herren sich von der Wichtigkeit der Sache wohl überzeugt haben werden, um die Annahme des Stadtraths-Antrages, welcher lautet (liest):

1. Das vom Stadtbauamt vorgelegte Project für die Einwölbung des Krottenbaches vom Nothspitale in Ober-Döbling bis zum Sulzwege in Salmannsdorf wird mit dem veranschlagten Kostenverfordernisse von 160.915 fl. genehmigt.

2. Die Anlage einer 16 m breiten Straße über der Krottenbach-Einwölbung zwischen der Neustiftgasse in Ober-Döbling und der Sieveringer Hauptstraße in Neustift wird vorbehaltlich der Bestimmung der Breite der anzuordnenden Vorgärten und der Festsetzung der Verbauungsweise principiell genehmigt."

Das letzte ist jene Clausel, welche wir uns schon bei der Bestimmung der Baulinie im oberen Theile vorbehalten haben.

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Jeder von uns, der die Verhältnisse draußen kennt, wird gewiß diesen Antrag mit Freuden begrüßen. Erlauben Sie mir aber, einige Bemerkungen daran zu knüpfen. Als der erste Theil des Krottenbaches eingewölbt wurde, wurde diese Arbeit der Firma Schlittner übertragen, die Arbeit mußte aber in einem Termine von 100 Tagen durchgeführt werden. Der Mann hat bekanntlich durch diesen kurzen Termin bei dieser Arbeit sein Geld verloren. Ich habe es schon seinerzeit erwähnt, daß es draußen, wo kein Verkehr ist, nicht nothwendig ist, daß ein so kurzer Termin ausgeschrieben werde. Wenn der Termin etwas länger gehalten wird, so liegt dies im Interesse der Gemeinde, andererseits aber auch im Interesse der betreffenden Unternehmer, weil wir doch nicht wollen, daß jemand bei einer communalen Arbeit sein Geld verliert. Der Verkehr ist dort nicht so groß; ich bitte, das also zu berücksichtigen und nicht einen so kurzen Termin auszusprechen. Die Durchführung des oberen Theiles wurde so geschickt angepaßt, daß sechs Monate hindurch gerade in dem frequentierten Neustift der Verkehr sistiert werden mußte.

Und da muß ich mir eines hervorzuheben erlauben, was mir als eine unnöthige Belastung der Bevölkerung vorkommt. Es kommt jetzt vor, daß sanitäre Übelstände beseitigt werden sollen. Dann soll eine Einmündung in den betreffenden Bach, z. B. in den Nesselbach, welcher zugewölbt wurde, stattfinden; bei einem ganz kleinen Hause mündet der Wasserlauf in einem ganz kleinen Caliber ein. Ich habe mir erlaubt, diesbezüglich einen Antrag zu stellen, daß dies mit Rücksicht auf die localen Verhältnisse abgeändert werden soll. Wo der Antrag ist, weiß ich nicht.

Bei der Einmündung eines kleinen Wasserlaufes wird immer eine wasserrechtliche Commission abgehalten. (Bürgermeister: Nicht mehr!)

Vorige Woche war eine Witwe bei mir, welcher von Seite des magistratischen Bezirksamtes der Auftrag erteilt worden ist, um das wasserrechtliche Verfahren anzufuchen. Ich wäre der Meinung, daß das nicht vom einem Bauathe der Centrale und nicht von einem Magistratsrath gemacht werden sollte, sondern daß dies ganz gut vom magistratischen Bezirksamte abgemacht werden könnte, weil eine derartige Commission auf 24 fl. zu stehen kommt, gewiß eine unnöthige Belastung. Solche kleine Sachen können ganz gut durch das Bezirksamt durchgeführt werden.

Das wollte ich nur in Erinnerung bringen, weil wiederholt Beschwerden erhoben wurden, daß das eine unnötige Belastung der betreffenden Parteien sei.

Bürgermeister: Mir ist dieser Fall nicht bekannt, ich bin diesfalls nicht informiert; ich kann aber dem Herrn Gemeinderathe mittheilen, daß, wo es sich um eine Einmündung in solche Wasserläufe handelt, die bereits als stabile Canäle bestehen, das wasserrechtliche Verfahren nicht mehr stattfindet. So wird bereits seit zwei Monaten praktiziert.

Der Herr Referent hat auf das Wort verzichtet. Ich bitte nun jene Herren, welche mit den Referenten-Anträgen einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Dieselben sind *a n g e n o m m e n*.

Beschluß: 1. Das vom Stadtbauamte vorgelegte Project für die Einmündung des Krottenbaches vom Nothspitale in Ober-Döbling bis zum Sulzwege in Salinannsdorf wird mit dem veranschlagten Kostenverordnungen von 160.915 fl. genehmigt.

2. Die Anlage einer 16 m breiten Straße über der Krottenbacheinmündung zwischen der Neustiftgasse in Ober-Döbling und der Sieveringer Hauptstraße in Neustift wird vorbehaltlich der Bestimmung der Breite der anzuordnenden Vorgärten und der Festsetzung der Verbaunungsweise principiell genehmigt.

50. (8079.) Referent Gem.-Rath Josef Müller: Dieses betrifft eine Baulinienbestimmung für die Hauptstraße im XIII. Bezirke, Hegendorf, und zwar in der Strecke von Lainz bis Speifing. Die ganze Strecke ist seinerzeit von der Bezirkshauptmannschaft im Jahre 1880 bestimmt worden. Es soll nun der äußerste Theil, welcher damals nicht bestimmt worden ist, und heute infolge einer Eingabe des Eigenthümers der Realität 140/12, welche verbaut werden soll, bestimmt werden und damit ist diese Frage acut geworden. Es ist eine Verlängerung einer bereits bestehenden Straße und es läßt sich daher darüber absolut nicht viel sagen. Es liegt vollkommen in der Natur der Sache selbst, daß man die bereits daneben bestehende langgestreckte Baulinie verlängert, und daß man sie dann als zukünftige Baulinie fortbestehen läßt.

Es wird daher der Antrag gestellt, die auf der einen Seite mit A B und auf der anderen Seite C D bezeichnete Baulinie mit einer Straßenbreite von 17-06 m zu bestimmen. Ich ersuche um die Annahme des Antrages.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) *A n g e n o m m e n*.

Beschluß: Für die Hegendorferstraße in Lainz, XIII. Bezirk, werden die im Plane verzeichneten Linien A B und C D als Baulinien bestimmt.

51. (6375.) Referent Gem.-Rath Stiahy: Zur Beilage Nr. 245 erlaube ich mir das Project für die Regulierung des Meidlinger Ortsplatzes, sowie der anschließenden Theile der Louisen- und Josefigasse vorzulegen.

Der genannte Ortsplatz sowie die anstoßenden Straßen befinden sich in einem sehr schlechten Zustand und deren Regulierung ist im Interesse der angrenzenden Stadttheile sehr wünschenswert.

Nach dem Ihnen vorgelegten Plane soll eine kleine Gartenanlage im Ausmaße von 300 m² hergestellt werden. Es ist dies dort, wo sich der aufgelassene Ortsfriedhof befindet. Die Kosten für die Regulierung sind mit 1979 fl. 63 kr. präliminirt. Für dieselben ist jedoch im Budget für das laufende Jahr nicht vorgesehen. Es muß daher zur Bestreitung der Kosten ein Zuschußcredit zur Ausgabs-

Rubrik XXII 1 d „Straßenherstellungen“ im Falle der Genehmigung bewilligt werden.

Die Planierungsarbeiten im Betrage von 480 fl. sollen durch Bezirkstagelöhner hergestellt werden.

Ich habe die Ehre, Ihnen namens des Stadtrathes den Antrag vorzulegen:

Es wolle dem Gemeinderathe gefällig sein, einen Zuschußcredit per 1979 fl. 63 kr. zur Rubrik XXV 1 d für die Regulierung des Meidlinger Ortsplatzes, sowie des anstoßenden Theiles der Louisen- und Josefigasse im XII. Bezirke zu bewilligen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — *A n g e n o m m e n*.

Beschluß: Bewilligung eines Zuschußcredits per 1979 fl. 63 kr. zur Rubrik XXII 1 d für die Regulierung des Meidlinger Ortsplatzes, sowie der anschließenden Theile der Louisen- und Josefigasse im XII. Bezirke.

Bürgermeister: Zum Referate bitte ich Herrn Gem.-Rath Wurm.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Ich bitte, daß der Plan des Projectes, wie er von Buntschli verfaßt worden ist, ebenfalls hier befestigt werde. (Zum Referenten:) Sie referieren doch über den Central-Friedhof. (Referent Gem.-Rath Wurm: Später!) Ich würde also bitten, daß das ursprüngliche Project, welches von uns preisgekrönt, beziehungsweise angenommen wurde, neben diesem angeheftet werde.

Bürgermeister: Da dieser Gegenstand eine Debatte erfordert, werden wir denselben heute wegen vorgerückter Stunde nicht mehr vornehmen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Jedenfalls würde ich bitten, daß das ursprüngliche Project auch zur Anschauung gebracht werde, damit man die beiden doch vergleichen kann.

52. (8310.) Referent Gem.-Rath Wurm: Es betrifft die Erbauung eines Turnsaales im städtischen Schulgebäude XVIII. Bezirk, Gersthof, Alseggerstraße 16.

Das Project für diesen Bau ist bereits genehmigt, ebenso bereits die Kosten. Es handelt sich heute nur um die Ertheilung des Bauconsenses. Der Stadtrath beantragt, mit Vorbehalt eines anstandslosen Ergebnisses der abzuhaltenden Baucommission, die Ertheilung des Bauconsenses.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) *A n g e n o m m e n*.

Beschluß: Für die Erbauung eines Turnsaales im städtischen Schulgebäude XVIII., Gersthof, Alseggerstraße 16, wird vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der abzuhaltenden Baucommission der Bauconsens ertheilt.

53. (8309.) Referent Gem.-Rath Wurm: Das Referat betrifft den Bau eines Schulhauses im X. Bezirke, Knöllgasse. Auch hier sind sowohl das Project als auch die Kosten bereits genehmigt, es handelt sich also nur um die Ertheilung des Bauconsenses. Der Stadtrath beantragt, vorbehaltlich der anstandslosen Localaugenscheins-Commission den Bauconsens zu ertheilen.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — *A n g e n o m m e n*.

Beschluß: Für den Schulhausbau X., Knöllgasse, wird der Bauconsens ertheilt.

Bürgermeister: Die öffentliche Sitzung ist geschlossen, es folgt eine dringende, kurze vertrauliche Sitzung.

(Schluß der öffentlichen Sitzung um 7 Uhr 20 Minuten abends.)

Beschluss-Protokoll

der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes der
k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

vom 19. October 1894.

Vorsitz: Bürgermeister Dr. Gröbl.

1. (8264.) **Gem.-Rath Dr. v. Billig** referiert über die Informationsertheilung an den Stadtanwalt, anlässlich der Expropriation eines Hauses im VII. Bezirke.

2. (7632.) **Gem.-Rath Rückauf** beantragt die Verleihung der goldenen Salvator-Medaille an Karl Rantselshofer, Waisenvater im XVII. Bezirke. (Angenommen.)

3. (7737.) **Derselbe** beantragt, dem Stallmeister der städt. Feuerwehr Johann Friedl eine monatliche Remuneration von 40 fl. für thierärztliche Untersuchung sämtlicher für die Straßen säuberung bestimmten Pferde auf die Dauer dieser besonderen Dienstleistung zu gewähren. (Angenommen.)

4. (8053.) **Gem.-Rath Wihelsberger** beantragt, dem Franz Zatloukal, Oberhornisten der städtischen Feuerwehr für die Dauer seiner activen Dienstleistung eine jährliche Personalzulage von 100 fl. zu bewilligen, welche in die Pension nicht einrechenbar und nach Maßgabe des Avancements einzuziehen ist. (Angenommen.)

5. (7458.) **Gem.-Rath Dr. Hackenberg** beantragt die Verleihung der großen goldenen Salvator-Medaille an Josef Haas, Bezirksauschuss des IV. Bezirkes. (Angenommen.)

6. (7457.) **Derselbe** beantragt die Verleihung der goldenen Salvator-Medaille an Rudolf Scheer und an Georg Maurer, Armenräthe des IV. Bezirkes. (Angenommen.)

7. (6975.) **Gem.-Rath Mayer** beantragt die Gewährung von Remunerationen an die Beamten der städtischen Sparcassen, anlässlich der Regelung des städtischen Anlehens. (Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 16. October 1894.

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billig, Müller,
v. Götz, Dr. Rechansky,
Dr. Hackenberg, v. Neumann,
Dr. Huber, Schlechter,
Kloßberg, Schneiderhan,
Kreindl, Stiaßny,
Dr. Lederer, Baugoin,
Dr. Lueger, Dr. Vogler,
Matthies, Wihelsberger,
Mayer, Wurm.

Entschuldigt: Boschan, Rückauf.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter eröffnet die Sitzung.

Die St.-R. Boschan und Rückauf entschuldigen ihr Ausbleiben. (Zur Kenntnis.)

(8192.) **St.-R. Matthies** referiert über das Offertverhandlungsergebnis für die Neupflasterung eines Theiles der Simmeringerstraße, X. Bezirk, und beantragt die Genehmigung des Offertes der Bestbieterin Marie Breit mit dem Nachlasse von 10.5 Percent (668 fl. 25 kr. Ersparnis).

Referenten-Antrag mit dem Zusage angenommen, daß mit der Arbeit sofort zu beginnen ist.

(8166.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Paul um Bewilligung zur Entfernung dreier vor seinem Hause XI., Hauptstraße 27 bis 29, stehender Bäume und beantragt die Gesuchsabweisung nach dem Magistrats-Antrage. Der Bezirksvorsteher wird ersucht, die rechtzeitige Beschneidung der Bäume vornehmen zu lassen. (Angenommen.)

(8189.) **Derselbe** referiert über das Offert des Franz Bieregger auf käufliche Überlassung eines Theiles der Parcellen 390/1, inliegend im Verzeichnisse für das öffentliche Gut, und eines Theiles der Parcellen 391/1, Einl.-Z. 412 in Simmering, XI. Bezirk, Figur a b c d e f g a im Ausmaße von circa 650.92 m² um den Einheitspreis von 4 fl. 20 kr. per Quadratmeter und beantragt, dieses Offert wegen zu geringen Preisangebotes abzulehnen. (Angenommen.)

(8197.) **Derselbe** referiert über das Project für die Errichtung eines Schöpfwerkes zur Straßenbespitzung auf Cat.-Parc. 637/1, XI. Bezirk, Ebersdorferstraße, und beantragt:

1. das vorgelegte Project im veranschlagten Kostenbetrage von 5100 fl. wäre zu genehmigen;

2. der zur Ausführung des Projectes erforderliche Theil der Cat.-Parc. 637/1 wäre vom Bürgerspitalsfonde zum jährlichen Pachtzinslinge von 10 kr. per Quadratmeter und unter beiden Theilen zustehender vierteljährlicher Kündigung in Bestand zu nehmen und dem derzeitigen Pächter Jakob Seifinger eine Entschädigung von 20 fl. für den Entgang an Nützungen zu gewähren;

3. für dieses Project wäre im Sinne des § 105, Punkt 6 der Bauordnung vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der abzuhaltenden Localcommission die Baubewilligung zu ertheilen;

4. von den zur Herstellung des Schöpfwerkes erforderlichen Arbeiten und Lieferungen wären die Brunnenmeisterarbeiten, die Herstellung der Pumpenanlage und die Lieferung und Aufstellung des Reservoirs im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offertverhandlung, die des Gasmotors, sowie die Gasinstallationsarbeiten im Wege einer auf die vom Bauamte namhaft gemachten Firmen beschränkten Offertverhandlung zu vergeben, und diesen Vergabungen die vorliegenden allgemeinen und speciellen Bedingnisse zugrunde zu legen;

5. für die vorliegende, sowie auch für künftige Sicherstellungen von Gasmotoren wären die speciellen Bedingnisse für die Lieferung und Montage von Gasmotoren dahin zu ergänzen, daß im § 6, Absatz 6 derselben nach dem Worte „Pferdekraft“ die Worte „bei nominierter Leistungsfähigkeit“ eingeschaltet werden.

(Angenommen; Punkt 3 an den Gemeinderath.)

(8195.) **St.-R. Stiaßny** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 29. September 1894, Z. 69887, betreffend die Bewilligung zur Ausführung des Erweiterungsbaues für die Gütermagazinsanlage am Nordwestbahnhofe und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen.)

(8196.) **Derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 11. October 1894, Z. 76992, betreffend den Bauconsens für die

Dampffesselanlage der k. k. Normal-Mischungs-Commission im II. Bezirke und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen.)

(8220.) **Derselbe** referiert über den Statthaltereie-Erlass ddo. 26. September 1894, Z. 70965, betreffend die Bewilligung zur Ausführung eines Zubaus an das Feuersprinkendepot am Nordbahnhofe und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen.)

(7937.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen der Marie Koczar, Pächterin des stiftlich Klosterneuburg'schen Grundes, Einl. Z. 270 im II. Bezirke, Sachsengasse 2, um nachträgliche Baubewilligung für einen Stallbau und beantragt die Bestätigung des Bauconsenses für den Pferdestall gegen Ausstellung des im Magistrats-Antrage erwähnten Demolierungsreverses. Die Schweineställe jedoch wären zu cassiren. (Angenommen.)

(6375.) **Derselbe** referiert über das Project für die Regulierung des Weidlinger Ortsplatzes, sowie der anschließenden Theile der Louisen- und Josefigasse, XII. Bezirk, und beantragt:

1. das vorgelegte Project mit dem veranschlagten Kostenverordnungen von 1979 fl. 63 kr. zu genehmigen;

2. zur Bedeckung dieses Erfordernisses einen Zuschusscredit in der gleichen Höhe zur Ausg.-Nubr. XXII 1 d zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

St.-R. Schneiderhan referiert über Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit aus dem XII. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

(8137.) Weiß Johann Alex., Holzbildhauermeister;

Lang Alois, Kohlenhändler;

Pauerfart Johann, Rothgerbergehilfe;

Behofer Anton, k. k. Postmeister und Landkrämer;

Heinisch Raimund, k. k. Briefträger;

Gregory Franz, Realitätenbestitzer;

Czech Johann, Partieführer;

Eritsch Johann, Schaffer;

Welichy Josef, Gerbergehilfe;

Fisthum Franz, Tischlergehilfe;

Abrecht Anna, Private;

Muß Johann, Geschäftsdienner;

Zwicker Franz, Puppen-Erzeuger;

Musil Wenzel, Pferdewärter;

(8138.) Balik Johann, Gasrohrleger;

Kaubek Josef, Webergehilfe;

Pechaczek Johann, Warenverkäufer;

Charvat Peter, Maschinenwärter;

Czerny Johann, Metallknopfmachergehilfe;

Sethaler Bernard, Tischlermeister;

Plachy Anton, Schneidermeister;

Artnr Johann, Bahnbeamter;

Srettr Josef, Drechslermeister. (Angenommen.)

(8284.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Erd- und Pflasterarbeiten für die Regulierung und Neupflasterung der Geiselbergstraße im XI. Bezirke und beantragt die Genehmigung des Bestbotes der Marie Breit mit dem Nachlasse von 10½ Percent von den Kostenanschlagspreisen mit Ausschluß der Steinzufuhr, wofür der Preis von 13 fl. per 1000 Stück ohne Nachlaß gefordert wird (= 437 fl. 51 kr. Ersparnis von dem veranschlagten Erfordernisse von 6130 fl. 74 kr.). (Angenommen.)

(8151.) **St.-R. Dr. Vogler** referiert über die Note des Wiener Bezirkschulrathes vom 3. October 1894, Z. 6463 ex 1894,

betreffend die Anweisung der Remuneration für mehrere im Schulbezirke Mistelbach in Verwendung gestandene, für den Schulbezirk Wien ernannte Lehrpersonen vom 1. August an und beantragt:

Da im Falle eines günstigen Erfolges des vom Magistrat beantragten Recurses die betreffenden provisorischen Lehrkräfte für den Monat August weder aus dem Bezirkschulfonde Mistelbach, noch aus dem Wiener Bezirkschulfonde einen Bezug erhalten und außerdem noch die Nachtheile einer Dienstesunterbrechung erleiden würden — wird aus Billigkeitsgründen von der Ergreifung des Recurses gegen oberwähnte Remunervationsanweisung abgesehen. Zugleich wird jedoch der h. k. k. n.-ö. Landeschulrath ersucht, Weisungen an die Bezirkschulräthe in Niederösterreich zu erlassen, welche die Frage des Uebertrittes provisorischer Lehrkräfte vom Lande nach Wien für zukünftige Fälle in entsprechender Weise regeln. (Angenommen.)

(8244.) **Derselbe** referiert über die Note des Bezirkschulrathes vom 10. October 1894, Z. 8244, betreffend die Eröffnung der ersten Parallele zur I. und V. Classe der Mädchen-Volksschule XVI., Ottakringer Hauptstraße 158, und beantragt die Zustimmung.

(Angenommen.)

(8218.) **Derselbe** referiert über die Gesuche des Josef Schmittlich, Volksschullehrers, A. Kaupil, definitiven Unterlehrers, und Richard Haller, provisorischen Unterlehrers, um Bewilligung der Remunerationen für die Ertheilung des Turnunterrichtes an der Knaben-Volksschule und Bürgerschule XI., Marktplatz, und beantragt, die seitens des Bezirkschulrathes erfolgte Zuerkennung der angesprochenen Remunerationen zur Kenntniss zu nehmen. (Angenommen.)

(8248.) **Derselbe** referiert über die Entscheidung des Wiener Bezirkschulrathes vom 3. October 1894, Z. 6052, womit dem für den erkrankten Lehrer der französischen Sprache an der Knaben-Bürgerschule XVI., Meulerchenfeld, Grundsteingasse 65, Eduard Neurauder seit 1. Jänner 1894 ununterbrochen in Verwendung stehenden Lehrer der französischen Sprache Adolf Kretschmer die entsprechende Remuneration auch für die Ferienmonate zuerkannt wurde, und beantragt, gegen diese Entscheidung aus den vom Magistrat geltend gemachten Gründen den Recurs an den k. k. n.-ö. Landeschulrath zu ergreifen. (Angenommen.)

(8194.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Wiener Volksbildungsvereines um Überlassung des Turnsaales in der städtischen Schule XIV., Dablergasse 16, zur Abhaltung von öffentlichen volkshümlichen Vorträgen an Sonn- und Feiertagen nachmittags für die Zeit von Anfang November 1894 bis Ende März 1895 und beantragt die Gesuchsgewährung unter denselben Bedingungen wie im Vorjahre. (Angenommen.)

(8077.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Moriz Müller nos. der Eigentümer des Hauses Dr.-Nr. 55 Kaiserstraße um Stundung des Rausschillings für den denselben zufolge Gemeinderaths-Beschlusses vom 21. September 1894, Z. 4095, verkauften Theil der Linienwall-Parcelle 1696/1, Einl.-Z. 431, VII. Bezirk, und beantragt, die Stundung bis zum 16. November 1894 unter der Bedingung zu genehmigen, daß der genannte Betrag vom 6. October d. J. an bis zur Einzahlung desselben mit 5 Percent verintereßiert werde. Die Zinsen sind zugleich mit dem Rausschillinge fällig. (Angenommen.)

(8063.) **Derselbe** referiert über Vorschläge des Leiters des Steuer- und Wahlcatasters hinsichtlich der Vorkehrungen für die Revision und Ergänzung der Wählerlisten und beantragt:

I. 1. Der Magistrat werde ermächtigt, über die Durchführung des im Magistrats-Referate besprochenen Vorganges hinsichtlich der

constanten Evidenthaltung der Wohnungsveränderungen der Wähler und über die Modalitäten desselben, sowie insbesondere über die an das Personale des k. k. Central-Meldungsamtes hiefür von der Gemeinde zuzuführende Entlohnung mit der k. k. Polizei-Direction Wien in Verhandlung zu treten.

2. Falls die unter 1. angeführte Verhandlung zu einem günstigen Ergebnisse führen sollte und unter der Voraussetzung, daß die hiefür zuzuführende Entlohnung den Betrag von 1000 fl. pro Jahr nicht übersteigt, wird der Magistrat (vorbehaltlich der Genehmigung des Gemeinderathes) ermächtigt, acht Diurnisten mit dem systemisirten Tagelohn für die Arbeiten des Steuer- und Wahlcatasters aufzunehmen.

3. Die dem Personale des Central-Meldungsamtes für das Jahr 1894 zukommende Entlohnung, sowie der für acht Diurnisten auf das Jahr 1894 entfallende Theil des Jahreserfordernisses per 3796 fl. werden auf den Reservefond verwiesen.

Für die Zukunft sind diese Auslagen präliminarmäßig sicherzustellen.

II. Mit der Annahme dieser Anträge seien die auf den vorliegenden Gegenstand bezughabenden, im Gemeinderathe eingebrachten Anträge der Gem.-Räthe Marešch vom 1. August 1893, Stehlik vom 24. October 1893, Dr. Rupta, Schneeweiß und Gregorig vom 9. März 1894 für erledigt zu erklären.

III. Der Magistrat wird beauftragt, über den Erfolg der nach den Anträgen ad I durchzuführenden Neuerungen nach Beendigung der Gemeinderathswahlen des Jahres 1895 Bericht zu erstatten und gleichzeitig sich über die von dem Leiter des Steuer- und Wahlcatasters in seinem Berichte gegebene Anregung einer Reorganisation dieses Amtes zu äußern. (Angenommen.)

(8187.) **St.-R. Dr. Aloisberg** referiert über das Ansuchen des Asylvereines der Wiener Universität um Nachsicht einer Canalräumungsgebühr für die Häuser Nr. 30 Porzellangasse und Nr. 1 und 3 Grünetorgasse, IX. Bezirk, und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(8235.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit eines an das bestandene Gemeinde-Blatternspital in Rudolfsheim austretenden Spitalkostenrückstandes nach Matthias Schloffer im Betrage von 16 fl. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(8171.) **Derselbe** referiert über den Recurs des Dr. Julius C. Seidl gegen sanitätspolizeiliche Aufträge bezüglich des Hauses II., Leipzigerstraße 58, und beantragt, dem Recurse Folge zu geben. Es wird die Abweisung des Recurses beschlossen.

(8271.) **St.-R. Greindl** referiert über das Project für die Ausdehnung der mit dem Stadtraths-Beschlusse vom 24. August 1894, Z. 6883, genehmigten Holzstöckelpflasterung vor dem Gymnasialgebäude in der Gymnasialstraße, XIX. Bezirk, auf die Geleisezone der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft in derselben Straßenstrecke und beantragt:

1. das vorgelegte Project mit dem bedeckten Kostenverordernisse von 2301 fl. 3 kr.,

2. das Anerbieten der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft vom 7. October 1894, Z. 1649, demzufolge dieselbe für den Fall, als das Holzstöckelpflaster in der Geleisezone der eingangs erwähnten Straßenstrecke auf Kosten der Gemeinde Wien gelegt wird, die Verpflichtung übernimmt, den Betrag von 400 fl. zu diesen Kosten beizutragen, das Holzstöckelpflaster, insofern die Erhaltung desselben nicht dem Ersteller der Arbeit aus der Haftungsspflicht obliegt, zu erhalten und die durch dieses Holzstöckelpflaster verdrängten Pflastersteine der Gemeinde Wien zu überlassen, zu genehmigen, und

3. die Lieferungen und Arbeiten für die Holzstöckelpflasterung innerhalb der Geleisezone nach dem vorgelegten Projecte der Firma N. Schefftel zu den Kostenanschlagspreisen und mit dreijähriger Haftpflicht, vom Tage der Schlusscollaudierung an gerechnet, zu übertragen. (Angenommen.)

(8209.) **Derselbe** referiert über Offerte wegen Ankaufes von der Gemeinde Wien gehörigen Altmaterialien und beantragt, den Verkauf folgender im städtischen Materialdepot XIII. Bezirk, Wiengasse 16, Unter-St. Veit, in Verwahrung befindlicher Altmaterialien zu genehmigen:

1. 16 Stück alte Fenster um den Betrag von . 20 fl. 80 kr.
2. 1 Holzwand 13 fl. 52 kr.
3. 2 Raummeter altes Holz 6 fl. — kr.
4. 2 alte eiserne Öfen 10 fl. — kr.
5. 800 kg altes Reineisen 26 fl. — kr.
6. 1250 kg verbranntes Gusseisen 15 fl. 63 kr.

zusammen . 91 fl. 95 kr.

(Angenommen.)

(8150.) **Derselbe** referiert über den Beschluß des Bezirksausschusses für den XIX. Bezirk auf Belassung der sieben Flurhüter im Dienste bis einschließlich 19. October 1894, und beantragt, diesem Beschlusse gegen dem die Genehmigung zu ertheilen, daß hiedurch der mit dem Stadtraths-Beschlusse vom 14. Juni 1894, Z. 4778, für die Bestellung der Flurhüter genehmigte Betrag nicht überschritten werde. (Angenommen.)

(8158.) **Derselbe** referiert über die Zuschrift der Stiftskanzlei Klosterneuburg, womit sich das Stift bereit erklärt, das alte Pfarrhofgebäude in Unter-Sievering um 6000 fl. und unter den übrigen zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 4. Juli 1894, Z. 4184, 5300, genehmigten Modalitäten an die Gemeinde Wien zu verkaufen und beantragt die Kenntnissnahme. (Angenommen.)

(8139.) **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit rückständiger im Nothspitale „Ottakring“ aufgelaufener Verpflegskosten per zusammen 716 fl. 8 kr. und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(8199.) **St.-R. Müller** referiert über das Offertverhandlungsergebnis, betreffend die Vergebung der Erd- und Pflasterungsarbeiten für die theilweise Neu- und Umpflasterung der Martinsstraße, der Johannes- und der Theresiengasse im XVIII. Bezirke, Währing, und beantragt die Genehmigung des Anbotes des Julius Striebel mit 10 Percent Nachlaß von den Kostenanschlagspreisen mit Ausschluss der Steinfuhr, wofür der Preis von 12 fl. 50 kr. per 1000 Stück ohne Nachlaß gefordert wird, und ohne Haftungsspflicht für das Pflaster über der Cunette des Wasserleitungsrohrstranges (= 286 fl. 40 kr. Ersparnis von dem veranschlagten Erfordernisse von 21.795 fl. 49 kr.). (Angenommen.)

(8184.) **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Paul Oberst um Consens zur Erbauung eines Wohn- und Geschäftshauses auf den Cat.-Parc. Nr. 130/9, 131/8 und 132/10, Einl.-Z. 737, Grundbuch Gersdorf, Wallrisgasse, Ecke der Erndtgasse, und beantragt die käufliche Überlassung eines Grundstreifens von 4·30 m Länge und 0·10 m Breite in der Wallrisgasse und eines Grundstreifens von 4·10 m Länge und 0·10 m Breite in der Erndtgasse, zusammen per 0·84 m² um den Einheitspreis von 3 fl. per Quadratmeter zum Zwecke der Ausführung von zwei Risaliten.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8079.) **Derselbe** referiert über die Baulinienbestimmung für einen Theil der Hekendorferstraße in Lainz, XIII. Bezirk, und bean-

trägt, die Linien A B und C D des vorgelegten Planes als Baulinien zu bestimmen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8153.) **Derselbe** referiert über das Project für die Einwölbung des Krottenbaches von Ober-Döbling bis Salmannsdorf und beantragt:

1. Das vom Stadtbauamte vorgelegte Project für die Einwölbung des Krottenbaches vom Nothspitale in Ober-Döbling bis zum Sulzwege in Salmannsdorf wird mit dem veranschlagten Kosten-erfordernisse von 160.915 fl. genehmigt.

2. Die Anlage einer 16 m breiten Straße über der Krottenbach-Einwölbung zwischen der Neustiftgasse in Ober-Döbling und der Sieberinger Hauptstraße in Neustift wird vorbehaltlich der Bestimmung der Breite der anzuordnenden Vorgärten und der Festsetzung der Verbauungsweise principiell genehmigt.

3. Die Verhandlungen mit den Grundbesitzern wegen unentgeltlicher Abtretung der zur Bacheinwölbung und Straßenherstellung erforderlichen Grundflächen sind sofort einzuleiten.

4. Nach Maßgabe des Resultates dieser Verhandlungen, über welche vorerst dem Stadtrathe zu berichten ist, ist die Einwölbung des Krottenbaches vom Ober-Döbling Nothspitale nach aufwärts im Jahre 1895 in Angriff zu nehmen und wird für diesen Zweck in das Budget des Jahres 1895 ein Betrag von 120.000 fl. eingestellt.

5. Nach Beendigung der Verhandlungen mit den Grundeigen-thümern und Genehmigung des Ergebnisses derselben ist um die Ein-leitung des wasserrechtlichen Verfahrens einzuschreiten und die Ver-gebung der gesammten Arbeiten und Lieferungen vorzunehmen.

6. Der n.-ö. Landtag ist im Petitionswege um die Bewilligung einer Landessubvention zu den Kosten der Krottenbach-Einwölbung zu ersuchen.

Punkt 6 abgelehnt; die übrigen Anträge angenommen.

(Punkte 1 und 2 an den Gemeinderath.)

(8302.) **St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über das Project für die Umlegung und Einwölbung des Lainzerbaches in der Badhaus-gasse in Hiezing und für die Herstellung der Nothauslässe in der Strecke des rechtsseitigen Wienflusses-Sammelcanales zwischen Hiezing und Hading, XIII. Bezirk, und beantragt:

1. Die vorliegenden Detailprojecte für die Umlegung und Ein-wölbung des Lainzerbaches in der Badhausgasse in Hiezing im ver-anschlagten Kostenbetrage von 76.362 fl. 73 kr. und für die Her-stellung der Nothauslässe aus dem Sammelcanale am rechten Wienfluss-ufer, zwischen der Kaiser Franz Josefs-Brücke in Hiezing und der Franz Karl-Brücke in Hading im veranschlagten Kostenbetrage von 17.061 fl. 56 kr. werden genehmigt.

2. Für beide Projecte gemeinsam wären die Erd-, Baumeister- und Pflastererarbeiten, die Lieferung der hydraulischen Bindemittel, die Thonwarenlieferung und Steinmearbeiten auf Grund der im Entwurfe vorliegenden Bedingnisse im Wege einer öffentlichen schriftlichen Offert-verhandlung zu vergeben.

3. Die für den Bau erforderlichen Pflastersteine und Eisenrohre sind dem städtischen Vorrathe zu entnehmen und der Rückersatz auf Rechnung der Wienfluss-Regulierung zu stellen.

4. Die vorliegenden Detailprojecte sind der Commission für Verkehrsanlagen unter Mittheilung der hierüber gefassten Beschlüsse zur Genehmigung zu übersenden.

5. Nach Einlangen dieser Genehmigung ist mit der Vergabe der Arbeiten und Lieferungen sofort vorzugehen, mit der Ausführung des Lainzerbach-Canales erst nach erfolgter Einstellung des Betriebes der Dampftramway zu beginnen. (Angenommen.)

(8309.) **St.-R. Sturm** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Sicherstellung der Arbeiten und Lieferungen für den Schulhausbau X., Knollgasse, und beantragt:

I. Die Arbeiten und Lieferungen für diesen Schulbau werden in nachstehender Weise vergeben, wobei sich Nachlässe, beziehungsweise Aufzahlungen auf die Einheitspreise des betreffenden hieramtlichen Kostenanschlages beziehen:

1. die Erd- und Maurerarbeiten den Stadtbaumeistern Johann Seidl & Al. Klee, V., Obere Bräuhausgasse 25, mit einem Nach-lasse von 16·3 Percent, die Regiearbeiten jedoch ohne Nachlass zu den Tarippreisen;

2. die Lieferung des Cementkalkes der Firma Em. Tichy, X., Bördere Südbahnstraße 4 a, zum offerierten Preise von 1 fl. 20 kr. für 100 kg Nettogewicht, bei einem Gewichte von 81 kg per Hekto-liter aus der Fabrik Ramsau;

3. die Steinmearbeiten dem Stadtsteinmearmeister Franz Auf-hauser, XII., Weidling, Breitenfurterstraße 1, mit einer Aufzahlung von 2 Percent;

4. die Lieferung der Traversen und Eisenbahnschienen der Firma R. Ph. Wagner, VI., Magdalenenstraße 24, und zwar die Lieferung der gewählten Traversen (Provenienz Witkowitz Eisenwerk) bis Profil 32 zum Preise von 10 fl. 90 kr., Profil 35 und 40 zum Preise von 11 fl. 40 kr., die Traversen für die Stiegenconstruction zum Preise von 10 fl. 90 kr. und die Lieferung der alten Eisenbahnschienen zum Preise von 5 fl. 50 kr., sämtliche Preise gelten je für 100 kg;

5. die Zimmermannsarbeiten dem Stadtzimmermeister Johann Ludwig, V., Margarethennergürtel 2, mit einem Nachlasse von 20½ Percent;

6. die Spenglerarbeiten dem Bauspengler Karl Mayer, XVI., Ottakring, Hauptstraße 83, mit einem Nachlasse von 18·6 Percent;

7. die Falzziegel-Dacheindeckung dem Stadt-Ziegel- und Schiefer-decker Hubert Schäfer, I., Wollzeile 15, mit einem Nachlasse von 6·2 Percent;

8. die Holzcement-Eindeckung dem Vorgenannten zum offerierten Preise von 82 kr. per Quadratmeter;

9. die Lieferung der Isolierplatten der Firma Otto Grafes Nachfolger, II., Taborstraße 64, mit einem Nachlasse von 15½ Percent;

10. die Asphaltierarbeiten der Firma Karl Günther, I., Bauernmarkt 3, mit einem Nachlasse von 25 Percent;

11. die Herstellung der Falzziegelgewölbe dem Stadtbaumeister Ed. Schneider, XV., Gluckgasse 5, zu den Preisen des Kosten-anschlages;

12. die Bautischlerarbeiten der all gemeinen österr. Bau-gesellschaft, I., Fährichgasse 5, mit einem Nachlasse von 15·3 Percent;

13. die Schlosserarbeiten dem Schlossermeister Karl Novak, VI., Agidigasse 23, mit einem Nachlasse von 21·2 Percent;

14. die Anstreicherarbeiten dem Anstreichermeister Engelbert Dorn, XIV., Sechshauser Hauptstraße 60, mit einem Nachlasse von 26 Percent;

15. die Glaserarbeiten dem Glasermeister Adolf Adam, III., Löwengasse 7, mit einem Nachlasse von 29 Percent;

16. die Lieferung der Steinzeugwaren der Firma Gebrüder Andrae, IV., Rainergasse 3, mit einem Nachlasse von 36·6 Percent;

17. die Möbeltischlerarbeiten der Firma Scheiber & Klein, V., Griesgasse 30, mit einem Nachlasse von 6¼ Percent;

18. die Lieferung der Schulbänke derselben Firma mit einem Nachlasse von 6¼ Percent;

19. die Schriftenmaler- und Metallgießerarbeiten dem Schilber- und Schriftenmaler Karl Garay, XVIII., Währing, Annagasse 42, mit einem Nachlasse von 30 Percent;

20. die Lieferung der Füllöfen der Firma Alex. Herzog, VII., Neustiftgasse 78, mit einem Nachlasse von 5½ Percent;

21. die Gas- und Wasserleitungs-Installationsarbeiten inclusive der Pissoirherstellung und Closetlieferung der Firma Friedrich Aroder, VII., Zollergasse 14, und zwar die Gasleitungsarbeiten mit einem Nachlasse von 29 Percent und die Wasserleitungsarbeiten inclusive Pissoirherstellungen und Closetlieferungen mit einem Nachlasse von 7½ Percent;

22. die Herstellung des Holz- und Kohlenaufzuges der Firma Ferdinand Bauer, VII., Zieglergasse 67, mit einem Nachlasse von 5 Percent.

II. Die vom Stadtbauamte vorgelegte neue Fagadenfzisse wird mit der Abänderung genehmigt, daß die Fagade des Schulgebäudes ganz in Fuß herzustellen ist.

Bei Annahme der sub I gestellten Anträge ergibt sich eine Ersparnis von 16.836 fl. 31 kr., d. i. von 12·97 Percent, gegenüber der veranschlagten Gesamtkostensumme per 130.998 fl. 86 kr., so daß mit dem genehmigten Kostenbetrage von 130.000 fl. das Auslangen gefunden werden wird.

III. Schließlich wolle im Sinne des Stadtraths-Beschlusses vom 13. September 1894, Z. 7217, die Ertheilung des Bauconsenses beim Gemeinderathe erwirkt werden.

(Angenommen; Punkt III an den Gemeinderath.)

(8310.) **Derselbe** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Vergebung der Baumeisterarbeiten und der Herstellung der Holzcement-Eindeckung für die Erbauung eines Turnsaales im städtischen Schulgebäude XVIII., Gersthof, Alseggerstraße 16, und beantragt:

1. die Erd- und Maurerarbeiten werden dem Stadtbaumeister Josef Haupt, XVIII., Währing, Wienerstraße 17 und 19, mit einem Nachlasse von 4 Percent von den Einheitspreisen des Kostenanschlages und die Herstellung der Holzcement-Eindeckung der Firma J. Diebold & Comp. in Brunn a. G. zum offerierten Preise von 88 kr. per Quadratmeter übertragen;

2. die in Gemäßheit des § 17 der „Vorschrift über die Bestellung ständiger städtischer Unternehmer für die currenten Arbeiten und Lieferungen“ mit dem Stadtzimmermeister Josef Puchinger XIX., Heiligenstadt, Halteraugasse 1, und dem Spenglermeister Josef Weinkopf, XVIII., Währing, Schulgasse 13, laut der schriftlichen Erklärung ddo. Wien den 5. October 1894 und des Protokolles vom 4. October 1894, Z. 164012, getroffenen Vereinbarungen wegen Ausführung der nicht im städtischen Preistarife enthaltenen Arbeiten (Kostenanschlag Nr. IV, Post 12 und Kostenanschlag Nr. V, Post 18) werden genehmigt;

3. die im § 8 der allgemeinen Vorschrift vorgenommene Abänderung des Bauvollendungstermines (statt: „bis 30. September 1894,“ in: „von 60 Arbeitstagen“), sowie jene des § 25 der speciellen Bedingungen für die Erd- und Maurerarbeiten (statt: „bis 14. September 1894“ in: „in 50 Arbeitstagen“) wird genehmigend zur Kenntnis genommen;

4. vorbehaltlich des anstandslosen Ergebnisses der abzuhaltenden Baucommission wird im Sinne des § 105, Punkt 4 der Wiener Bauordnung die Baubewilligung erteilt.

Bei Annahme des Punktes 1 und 2 obiger Anträge ergibt sich eine Ersparnis von 97 fl. 80 kr., d. i. von 1·2 Percent, gegenüber der genehmigten Kostensumme von 7931 fl. 26 kr.

(Angenommen; Punkt IV an den Gemeinderath.)

(8301.) **Derselbe** referiert über die Herstellung eines Thorportales und Abschlußgitters beim Haupteingange des Central-Friedhofes und beantragt:

1. Die bauamtliche Skizze für ein kleines Thorportal mit der Haupteinfahrt und beiderseitigen Eingängen für die Fußpassage in den Central-Friedhof und die Verbindung dieses Thorportales mit den Administrationsgebäuden mittels schmiedeeisernen Gitters ist principiell zu genehmigen.

2. Hinsichtlich der Ausführung ist der runde Betrag per 20.000 fl. in das Budget pro 1895 einzustellen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(8046.) **St.-R. v. Göß** referiert über die Besetzung von fünf neuorganisirten Beleuchtungs-Revisorstellen und beantragt, die Stellen dem Karl Kralik unter gleichzeitiger Ertheilung der Altersnachfrist, Franz Pöhl, Josef Kagg, Karl Tyb und Alfred Prüßner provisorisch mit dem Beisatze zu verleihen, daß ihre definitive Anstellung und Einrechnung der provisorischen Dienstzeit als Beleuchtungs-Revisoren in die definitive nach zufriedenstellender zweijähriger Verwendung im Dienste erfolgen wird.

(Angenommen.)

(8129.) **St.-R. Dr. Nechansky** referiert über das Ansuchen des Victor Silberer um Bewilligung zur Anbringung von fünf elektrischen Bogenlampen an dem Hause I., Annagasse 3, und beantragt die Gesuchsgewährung nach dem Antrage des magistratischen Bezirksamtes für den I. und VIII. Bezirk.

(Angenommen.)

(8304.) **Derselbe** referiert über den landesgerichtlichen Tabularbescheid ddo. 28. August 1894, Z. 72943, betreffend das Ansuchen des Anton Neuburger puncto Untertheilung der Cat.-Parc. 2711/1 Einl.-Z. 2118 im III. Bezirke, verlängerte Wällischgasse, und beantragt, gegen diesen Bescheid trotz der mangelnden politischen Abtheilungsbewilligung den Recurs nicht zu ergreifen.

(Angenommen.)

(8067.) **St.-R. v. Göß** referiert über die Herstellung des Fußweges vom Galitzynberge durch das Rosenthal nach Hütteldorf im XIII. Bezirke und beantragt, die Herstellung der Wegstrecken C a und d e des Planes, sowie die Neuherstellung des Waldpromenadenweges a b c d mit dem Pauschalersfordernisse von 1200 fl. im Sinne der Magistrats-Anträge zu genehmigen.

St.-R. Müller beantragt, es sei vorerst das Bauamt aufzufordern, ein Baulinienproject für die Strecke von der Dammgasse bis zur Zufahrtsstraße zum Limpach'schen Steinbruche vorzulegen.

Dieser Antrag angenommen.

(8243.) **St.-R. Stiahy** referiert über die Eingabe der Lagerhausdirection wegen Herstellung von Aborten und eines Stiegenaufganges bei dem von der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft abgelösten Häuschen am Pfeiferplatz und beantragt, diese Herstellungen im beiläufigen Kostenbetrage von 1000 fl. zu genehmigen.

(Angenommen.)

(8230.) **St.-R. Dr. Hackenberg** referiert über die Bemessung der Canaleinmündungsgebühr für die Realität XVII., Dornbacher Hauptstraße 121, des Anton Blödingner und beantragt, die Canaleinmündungsgebühr, welche sich nach dem Gesetze vom 19. Jänner 1890, L.-G.-Bl. Nr. 9, mit 458 fl. 40 kr. bemessen würde, aus den vom Bezirksamte geltend gemachten Gründen vorläufig auf die Hälfte, d. i. auf 229 fl. 20 kr., zu ermäßigen und auf den vom Vertreter des Stadtbauamtes gestellten Antrag, die Verpflichtung zur feiner-

zeitigen Nachzahlung des Nachlasses grundbücherlich sicherzustellen, nicht einzugehen, weil diese Verpflichtung nach dem letzten Absätze des Art. I des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.-Bl. Nr. 14, für den jeweiligen Hauseigentümer besteht und die Evidenzhaltung dieser Verpflichtung sowohl durch die bauämlichen Acten als auch durch die Vorschriften der städtischen Buchhaltung wird bewerkstelligt werden können. (Angenommen.)

(8251.) **St.-R. Mayer** referiert über Gesuche um Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband aus dem II. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Pelz Franz Philipp, Tischlermeister;

Preslicka Matthias, Schneidermeister;

Prdliczka Johann Bapt., Hilfsarbeiter;

Swoboda Josef, k. k. Postpachmeister;

Sicka Andreas, Hilfsarbeiter;

Machotka Josef, Hilfsarbeiter;

Hulka Elisabeth, Bedienerin;

Seidl Johann Nep., Geschäftsführer im Gastwirtsgewerbe der Gattin;

Borbe Josef, k. k. Sicherheitswachmann;

Hofbauer Rosalia, Hausbesorgerin;

Heidenreich Anton, k. k. Polizeiagent-Inspector, und

Horak Karl, absolvierter Gymnasialschüler. (Angenommen.)

(Schluß der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Commission für Verkehrsanlagen.

Sitzung vom 18. October 1894.

Unter dem Voritze Sr. Excellenz des Herrn Handelsministers Grafen Wurmbrand hat am 18. October d. J. eine Vollversammlung der Commission für Verkehrsanlagen stattgefunden, in welcher das Vergebungsoferat für das erste Bauabschnitt der Gürtellinie zur Annahme gelangte.

Die Anträge der k. k. General-Direction der österr. Staatsbahnen wegen Verlegung der in den Viaducten der Station Michelbeuern projectierten Kohlenabladestellen aus den Viaducten in das Bahnplanum, dann wegen mehrerer Grundeinlösungen für die Gürtellinie wurden genehmigt und die Mittheilung über die Vergebung der Bauarbeiten am 15. Bauabschnitt der Vorortelinie an Groß & Comp. zur Kenntnis genommen.

Einen weiteren Gegenstand der Berathung bildeten die von der österr. Nordwestbahn vorgeschlagenen Bedingungen für eine von der Donauregulierungs-Commission anlässlich des Schleusen- canalbaues bei Rußdorf in Anspruch genommene Grundabtretung.

Gelegentlich der Beschlußfassung über die Baulinien für die Gürtelstraße in der Strecke von der Gumpendorferlinie bis zur Fendiggasse hat die Gemeinde Wien in einer im Mai d. J. an den Herrn Handelsminister gerichteten Eingabe das Ansuchen gestellt, die Ausführung des Theilstückes Gumpendorferlinie bis Magleinsdorf der Gürtellinie schon in der ersten Bauperiode zu bewirken. Bei der Berathung dieses Gegenstandes, welcher der Commission zur Äußerung zugekommen war, wurde der Wunsch der Gemeinde als wohl begründet anerkannt; die Commission mußte sich jedoch im Hinblick auf die gegenwärtigen Bestim-

mungen des Programmes für die Wiener Verkehrsanlagen auf die Mittheilung beschränken, daß das bezügliche Detailproject in Ausarbeitung steht und vor Ende dieses Jahres der Gemeinde mitgetheilt werden wird.

Das Project der Gemeinde Wien für die Verlegung der Ausmündung des Lainzerbaches in den Wienfluß unter der Badgasse in Hieging und für die in der Strecke Hacking bis Hieging auszuführenden Nothauslässe im Sammelcanale auf dem rechten Wienflußufer wurde genehmigt.

* * *

20. October 1894.

In der abgelaufenen Woche waren 1459 Arbeiter bei der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen verwendet; hievon waren 681 an der Gürtel- und Vorortelinie der Stadtbahn, 423 beim Schleusenbaue nächst Rußdorf, 355 an den Sammelcanälen rechts und links des Wienflusses beschäftigt; außerdem standen in Verwendung beim Bahnbaue 32 Fuhrwerke und 1 Dampfmaschine, beim Schleusenbaue 4 Dampfmaschinen, beim Baue der Sammelcanäle 58 Fuhrwerke.

* * *

Donauregulierungs-Commission.

Sitzung vom 17. October 1894.

In der am 17. October 1894 unter dem Voritze des Herrn k. k. Statthalters für Niederösterreich Erich Grafen Kiekmanssegg stattgehabten CXII. Vollversammlung der Donauregulierungs-Commission, welcher zum großen Theile auch der Herr k. k. Handelsminister Graf Wurmbrand als Vorsitzender der Commission für Verkehrsanlagen beiwohnte, wurde die Berufung des bei dieser zweitgenannten Commission als künstlerischer Beirath fungierenden Architekten und k. k. Oberbaurathes Otto Wagner in gleicher Eigenschaft zur Donauregulierungs-Commission beschlossen, damit auch die künstlerische Ausgestaltung der auf die Canalanlagen bezüglichen Projecte möglichst gefördert werde.

Oberbaurath Wagner, welcher schon zum beratenden Mitgliede der Donauregulierungs-Commission ernannt wurde, erschien hierauf in der Sitzung, um seine principiellen Anschauungen im Gegenstande darzulegen, welche von der Commission gutgeheißen wurden.

Ein Vorschlag der Wiener Stadterweiterungs-Commission auf Änderung der projectierten Quaianlagen zwischen der Ferdinands- und Aspernbrücke, welcher zunächst zur eingehenden Berathung gelangte, mußte abgelehnt werden, weil durch Annahme desselben die Benützbarkeit der am linken Canalufer projectierten Anlagen wesentlich beeinträchtigt werden würde.

Gingegen wurde einem Vorschlage der Bauunternehmung auf Abänderung der Bauweise für den Alimientierungscanal oberhalb der Schleuse in Rußdorf durch Anwendung der pneumatischen Fundierung unter gewissen Bedingungen zugestimmt.

Weiters nahm die Versammlung zu den von der Commune Wien eingereichten Projecten für den Umbau der Franzenskettenbrücke Stellung, und wurde über die Veräußerung der Baustelle 1, Gruppe XXV B, Beschluß gefaßt.

Nach Erledigung einiger Personalangelegenheiten, insbesondere betreffend die Vermehrung des technischen Personales durch Zuweisung n.-ö. Staatsbaubeamten, beschloß die Commission, sich

durch einen Localausweis von dem Stande des bereits in Angriff genommenen Baues der großen Abperrvorrichtung und der Schleuse am Wiener Donaukanale bei Nußdorf in nächster Zeit, wennmöglich gemeinsam mit der Commission für Verkehrsanlagen, die Überzeugung zu verschaffen.

Schul-Angelegenheiten.

Bezirksschulrath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Sitzung vom 17. October 1894.

Es wird beschlossen, die entbehrlichen Acten des Bezirksschulrathes aus den Jahren 1879 bis 1884 zu sortieren.

In die Geschäftsordnung des Bezirksschulrathes (Vollversammlung) ist die Berathung des Voranschlages der aus dem Bezirksschulfonds zu bestreitenden Auslagen und die Beschlußfassung hierüber vorbehaltlich der Zustimmung des Wiener Gemeinderathes in Ansehung der Remunerationen für außerordentliche Dienstleistungen der Lehrpersonen und für Aushilfen derselben aufzunehmen.

Ferner wird der Voranschlag des Bezirksschulfondes für das Jahr 1895 berathen und eine Disciplinar-Angelegenheit erledigt.

Approvisionnement.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 14. October bis 20. October 1894.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	258.825 kg	(Davon aus Nieder-Oesterreich — 194.243; aus Ober-Oesterreich — 2030; aus Mähren — 6570; aus Böhmen — —; aus Galizien — 46.180; aus Ungarn — 5414; aus der Bukowina — 1979; aus Croatien — —; aus Steiermark — —; aus Tirol — 52; aus Salzburg — 170; aus Bosnien — —; aus Siebenbürgen — —; aus Australien — 2187 kg)
Kalbfleisch	3980 "	(Davon aus Nieder-Oesterreich — 711; aus Ober-Oesterreich — —; aus Mähren 18; aus Galizien — 3187; aus Ungarn — 27; aus der Bukowina — 37; aus Böhmen — — kg)
Schafffleisch	19.596 "	(Davon aus Nieder-Oesterreich — 36; aus Ober-Oesterreich — —; aus Galizien — 15.014; aus Ungarn — —; aus der Bukowina — 4524; aus Mähren — 22 kg)
Schweinefleisch	53.163 "	(Davon aus Nieder-Oesterreich — 31.773; aus Ober-Oesterreich — —; aus Böhmen 137 —; aus Mähren — 1339; aus Galizien — 8701; aus Ungarn — 11.213; aus der Bukowina — —; aus Croatien — —; aus Steiermark — —; aus Bosnien — kg)
Kälber	1079 Stück	(Davon aus Nieder-Oesterreich — 300; aus Ober-Oesterreich — 5; aus Mähren — 27; aus Böhmen — —; aus Galizien — 725; aus Ungarn — 14; aus der Bukowina 8; aus Kärnten — —; aus Tirol — —; aus Schleien — — St.)

Schafe	569 Stück	(Davon aus Nieder-Oesterreich — 474; aus Ober-Oesterreich — —; aus Mähren — 10; aus Galizien — 79; aus der Bukowina — 3; aus Ungarn — 3 St.)
Schweine	733 "	(Davon aus Nieder-Oesterreich — 66; aus Ober-Oesterreich — —; aus Mähren — 15; aus Galizien — 623; aus Ungarn — 29; aus der Bukowina — —; aus Croatien — —; aus Kärnten — — St.)
Lämmer	4 "	(Davon aus Nieder-Oesterreich — 3; aus Ober-Oesterreich — —; aus Galizien 1; aus Ungarn — —; aus Mähren — —; aus Böhmen — St.)

Die Zufuhren für den Approvisionnementverein sind bereits in den obigen Summen enthalten.

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von 28 bis 76 fr. per Kg.
	Roßbraten u. Nieden	52 " 100 " " "
Australisches Fleisch notierte:		
Vorderes		" — " — " " "
Hinteres		" — " — " " "
Kalbfleisch		" 46 " 80 " " "
Schafffleisch		" 28 " 52 " " "
Schweinefleisch		" 46 " 68 " " "
Kälber	ein	" 46 " 66 " " "
Schafe		" 24 " 43 " " "
Schweine		" 46 " 60 " " "
Lämmer		" — " — fl. " St.

Bei fast gleicher Zufuhr an Fleischwaren wie in der Vorwoche war die Nachfrage die ganze Woche hindurch eine ziemlich lebhafte und erhöhten sich auch die Verkaufspreise der Schweine und des Schweinefleisches um 4 bis 6 fr.

Kälber, Kalbfleisch und Schafffleisch wurden um 4 fr. billiger und Rindfleisch und Schafe zu den vorwöchentlichen Preisen abgegeben.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 22. October 1894.

1. Auftrieb.

Maßvieh 2957, Weidevieh 1503, Beinvieh 1640.

Summa . 6100.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere	3217
Galizische	776
Deutsche	1931
Büffel	176

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	4813
Stiere	578
Kühe	709

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere von 50 bis 68 fl.	Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 33 bis 47 %) welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
(extrem . " — " 70 ")	
Galiz. Schlachtthiere . " 48 " 65 ")	
(extrem . " — " 66 ")	
Deutsche Schlachtthiere . " 56 " 68 ")	a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
(extrem . " 69 " 70½ ")	b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt etc.;
Weidevieh " — " — ")	c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt etc., zugeführt.

b) Preis per 100 kg Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen	von 20 bis 34 (—) fl.
Stiere	22 " 36 "
Kühe	23 " 34 (—) "
Büffel	19 " 26 "
Wein Vieh	17 " 22 "
Weidevieh	— " — "

c) Preis per Stück:

Wein Vieh . . . von 24 1/2 bis 70 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts gehandelt.

Unverkauft blieben:

Ochsen	589 Stück
Wein Vieh	136 "

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 1373 Stück Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des starken Auftriebes flau, daher die Preise von Primaware um 1 bis 1 1/2 fl., von Mittelware um 2 bis 3 fl. und von minderen Sorten auch bis um 4 fl. per 100 kg gefallen sind.

* * *

Pferdemarkt vom 19. October 1894.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 455 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde	80—450 fl. per Stück.
" " Schlachtpferde	20—68 " " "

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 20. October 1894.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht per 1 hl 78—82 kg) von 6 fl. 60 fr. bis 7 fl. 35 fr.	
Roggen (" " " 71—78 ") " 5 " 55 " " 5 " 95 "	
Gerste	5 " — " 9 " 10 "
Mais	6 " 80 " 6 " 95 "
Hafer	6 " — " 6 " 85 "

b) Mahlproducte.

Griß	von 11 fl. 20 fr. bis 12 fl. 50 fr.
Weizenmehl	5 " — " 12 " 50 "
Roggenmehl	6 " — " 10 " 30 "
Weizenkleie	3 " 60 " 4 " 10 "
Roggenkleie	3 " 80 " 4 " — "

Städtisches Lagerhaus.

Vom 11. bis 18. October 1894.

Waren eingelagert	39.217 Meter-Centner
" ausgelagert	37.041 "

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 12.709 Meter-Centner.

Lagerstand vom 18. October 1894: 355.961 Meter-Centner, und zwar:

87.310 Meter-Centner Weizen,	74.872 Meter-Centner Roggen,
85.393 " Gerste,	22.831 " Hafer,
3.344 " Mais,	34.629 " Disteln,
18.525 " Mehl u. Kleie,	2.535 " Weizen,
1.512 " Zuder,	— Hektoliter à 100% Spiritus.

Der Assuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3.241.780 fl. öfl. Währ.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 18. October bis 22. October 1894:

Für Neubauten:

- IV. Bezirk: Haus, Schleismühlgasse, Grundb.-Einkl. 731, von Siegmund Weiß, durch Dr. Philipp Moller, Bauführer E. Melcher (7697).
- V. Bezirk: Haus, Heine- und Spengergasse, Grundb.-Einkl. 2032, von Wilhelm Freiberg, Bauführer Johann Ev. Adler (7672).
- IX. Bezirk: Haus, Sobieskigasse 1, von Josef Tischler, Baumeister (7675).

Für Adaptierungen:

- I. Bezirk: Tiefer Graben 7/9, von der Union-Baugesellschaft (7651).
- " " Gonzagagasse 11, von Helene v. Schmitt, Bauführer W. Klingenberg (7727).
- II. Bezirk: Fugbadgasse 19, von Rudolf Stummer Mitt. v. Traunfeld, Kolowratring 8, Bauführer ? (7691).
- III. Bezirk: Mohsgasse 16—18, von Kath. Wünsch, Bauführer J. Wögler (7689).
- " " Obere Diaductgasse 34, von Felix Popper, Bauführer E. Duibenius (7749).
- V. Bezirk: Wimmergasse 7, von Schmidt & Brunn, Bauführer Chr. Gatty (7654).
- " " Maßleinsdorferstraße 51, von J. A. Schildorfer, Bauführer ? (7692).
- VI. Bezirk: Gumpendorferstraße 88 b, von H. F. Federer, Baumeister (7657).
- " " Windmühlgasse 4, von Johann Ernst, Bauführer J. Krottenthaler (7722).
- " " Mariabacherstraße 57, von Karl Naprawnik, Bauführer J. M. Sturany (7723).
- VII. Bezirk: Myrthengasse 15, von Anton Krones, Baumeister (7739).
- IX. Bezirk: Mosergasse 6, von Julius Halla, Baumeister (7710).
- XII. Bezirk: Hegendorf, Schönbrunnerstraße 8, von Michael Jvân, V., Mauthausgasse 8, Bauführer August Altmann (29310).
- " " Altmannsdorf, Breitenfurterstraße 75, von Franz Bittner, Bauführer Michael Weiglioni (29370).
- XVI. Bezirk: Neulerchenfeld, Grundsteingasse 67, von Anton Wolf, XVI., Grundsteingasse 69, Bauführer Ferd. Balbia und Josef Schmetterer (46592).
- " " Ottakring, Schulgasse 15, von Oswald Krasnik, XVII., Hernals, Bergsteiggasse 16, Bauführer Franz Ferenda (46694).
- XVII. Bezirk: Hernals, Frauengasse 6, von Johann und Anna Weidner, ebenda, Bauführer Thomas Mann (34516).

Für diverse (geringere) Bauten:

- V. Bezirk: Wagenremise, Untere Bräuhausgasse 48, von Emanuel Brusch, Bauführer A. Langer (7740).
- IX. Bezirk: Richtig-Einbedung, Alserbachstraße 6, von Jos. Mitrofsky, Alserbachstraße 8, Bauführer ? (7718).
- XI. Bezirk: Vier Aborte, eine Senggrube, Kaiser-Ebersdorf Nr. 13, von Hamming's Erben, Bauführer Josef Harhammer (14080).
- " " Rauchfang-Ausführung, Simmering, Rinnböckstraße Dr. Nr. 20, Conser.-Nr. 197, von Anna Schmock, Bauführer Ferdinand Raindl (14108).
- XIII. Bezirk: Rauchfang-Herstellung, Unter-St. Veit, Zwerchgasse 6, von Johann Goldmann, ebenda, Bauführer Kopf, Baumeister (25507).
- " " Rohreanalbau, Penzing, Bahngasse 41, Parzellen 206/1 und 206/2, von Ladislau Schnayder, ebenda, Bauführer ? (29848).
- XVII. Bezirk: Gartenhaus, Dornbach, Promenadegasse 48, von Janni Beck, ebenda, Bauführer H. & F. Glaser (34446).

Gesuche um Parzellierung wurden überreicht:

- II. Bezirk: Engerthstraße und Wehlstraße, Gruppe XXV B, von der Donaueregulierungs-Commission (7716).
- XVIII. Bezirk: Währing, Grundb.-Einkl. 339 und 340, von Ferd. & Adolf Schindler, Hafengasse 32 (7662).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

- II. Bezirk: Große Schiffgasse 16, von Johanna Kratauer (7687).
VIII. Bezirk: Länggasse 12, Trautjohngasse 10, von Franz Neumann, Baumeister (7699).
XII. Bezirk: Einl.-Z. 1248, Barcelle 280/18, Unter-Meidling, von H. Specht (29340).

Gewerbebeanmeldungen vom 15. October 1894.

(Fortsetzung.)

- Groß Karl — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Einigkeit“ — V., Komptergasse 10.
Hoffmann Eduard — Holz- und Kohlenkleinhandel — I., Rabenstein-gasse 2.
Hawlik Karl Franz — Industriezeichner — VI., Stumpfergasse 42.
Krauer Julius — Kaffee- und Feigentasteebrennerei — XVIII., Währing, Quergasse 3.
Fabian Josef — Kastianenbrater — V., Griesgasse bei Nr. 23.
Kmetz Franz — Kastianenbrater — III., Heßgasse 4.
Roman Josef — Kastianenbrater — V., Matleinsdorferstraße bei Nr. 50.
Rader Michael — Kastianenbrater — IX., Porzellangasse bei Nr. 21.
Röthel Johann — Kastianenbrater — I., Schottenring bei Nr. 14 a.
Hönig Marie — Kleidermacherin — VI., Mollardgasse 40.
Föwch Moriz — Kleidermacher — V., Hundsturmstraße 117.
Prosejowski Alois — Kleidermacher — VII., Guttenberggasse 7.
Schneider Netti — Kleidermacherin — III., Seidlsgasse 17.
Brenner Josef — Kleinfuhrwerk — X., Lagenburgerstraße 64.
Wimmer Anna — Milch-Verfleiß — IX., Riechtensteinfstraße 95.
Gamauf Marie — Milch- und Gebäck-Verfleiß — VII., Kaiserstr. 104.
Schulz Juliana — Milch- und Gebäck-Verfleiß — IX., Sobieskyg. 5.
Hirschmann Alois — Milch-, Gebäck- und Canditen-Verfleiß — V., Obere Amtshausgasse 22.
Groß Johanna — Modistin — VII., Neubaugasse 24.
Strunz Karl Franz — Musiker — IV., Schönburgstraße 21.
Dollhopf Janni — Obstweinshandl. und Auskocherei — IX., Spitalg. 25.
Kolatz Theresie — Pfäblerin — XIII., Penzing, Partgasse 40.
Tausig Theresie — Pretiosen-Verfleiß — I., Adergasse 14.
Engel Moriz — Privilegiumsausübung — VII., Neubaugasse 20.
Prini Josefa — Rauchfangkehrergewerbe — VI., Gumpendorferstr. 94.
Diehl Josef — Sammeln von Pränumeranten — IV., Hummihlgasse 6.
Hirsch Nathan — Schuhmacher — I., Laurenzberg 3.
Promas Josef — Schuhmacher — IX., Eisingasse 30.
Piffner Theresia — Schul-, Gebetbücher-, Kalender- und Heiligenbilder-Verfleiß — III., Apostelgasse 4.
Mayer Josef — Spielwarencommissionshandel — VI., Stieggasse 4.
Glüger Johanna — Spirituosenhandel — X., Replerplatz 4.
Lio Karl — Stadtohnfuhrwerk — XI., Simmering, Hauptstraße 113.
Baraus Josef — Tischler — VII., Apollgasse 3.
Brunner Jonas — Verkauf von Baumwoll- und Tuchwaren-Abfall — XII., Schönbrunner Hauptstraße 47.
Brüll Betti — Verfleiß von Fischen und Krebsen — I., Hoher Markt.
Guttman Aurelie — Verfleiß von neuen Kinder- und Damenkleidern — I., Elisabethstraße 24.
Hocevar Franz — Verfleiß von Orangen und Citronen — I., beim Kapuzinerkloster-Hofthor.
Kosenthal Moses oder Moriz — Verfleiß von Pumpen und Wasserförderungsartikeln — I., Heßgasse 6.
Forstner Matthias — Weinschank — V., Matleinsdorferstraße 18.
Schindler Vincencia — Wollabjüftung — IX., Eichtenthalergasse 3.
Morawetz Richard — Würstel- und Brot-Verfleiß im Umherziehen — X., Ban der Müllgasse 6.
Quarda Anton — Zeitungs-Verfleiß — XVIII., Währing, Döblingerstraße 25.

* * *

Gewerbebeanmeldungen vom 16. October 1894.

- Kinsky Oskar — Bergwerksproducten-Verfleiß — IX., Alserbadstr. 11.
Egner Theresie — Eierhandel im Umherziehen — XII., Bonygasse 56.
Engel Andreas sen. — Einspänner — I., Am Peter, I., Graben.
Engel Andreas sen. — Einspänner — I., Am Peter.
Wührer Johann — Einspänner (Pächter) — I., Schottenthor.
Kohn Jgnaz — fabrikmäßige Erzeugung von eisernen Caffen — XVI., Ottakring, Pabergasse 4.
Binder Franz — Friseur — VIII., Lenangasse 2.
Jech Wenzel — Friseur — XVI., Ottakring, Veronikagasse 35.
Schauer Anton — Friseur — VIII., Stodagasse 17.
Fischbach Andreas — Gast- und Schankgewerbe — XVIII., Währing, Hauptstraße 13.
Rebehay Michael — Gast- und Schankgewerbe — XIX., Sieberingerstraße 221.
Weiß Josef — Gast- und Schankgewerbe — XVI., Ottakring, Huberg. 10.
Heß Leopold — Gastwirt — XVII., Hernals, Dorotheergasse 45.
Baz Georg — Geflügel- und Eierhandel — XVI., Ottakring, Elisabethg.

- Angermayer Karl — Gemischtwaren-Verfleiß — XVI., Ottakring, Hubergasse 11.
Biem Karoline — Gemischtwaren-Verfleiß — XIV., Rudolfsheim, Schönbrennerstraße 71.
Floh Barbara — Gemischtwaren-Verfleiß — VIII., Alserstraße 7.
Hafon Czechel — Gemischtwaren-Verfleiß — I., Wolfengasse 4.
Janig August — Gemischtwaren-Verfleiß — XVI., Ottakring, Habicherg. 46.
Joner Magdalena — Gemischtwaren-Verfleiß — XVI., Ottakring, Römergasse 15.
Gutter Siegmund — Gemischtwaren-Verfleiß — I., Schulerstraße 21.
Emelik Anna — Gemischtwaren-Verfleiß — VIII., Schmidgasse 6.
Svoboda Hubert — Gemischtwaren-Verfleiß — XVII., Hernals, Rosensteingasse 30.
Drinkl Josefa — Gemischtwaren-Verfleiß — XVIII., Währing, Wienerstraße 36.
Wallenfels Rudolf — Gemischtwaren-Verfleiß — XVII., Hernals, Bergsteingasse 32.
Fischer Julius — Gold-, Silber- und Uhren-Verfleiß — XVI., Neulerchenfeld, Gürtelstraße 42.
Kohn Emanuel, Neumann Wilhelm — Handel mit technischen Bedarfsartikeln für sämtliche Industrien — VIII., Auerpergstraße 5.
Bigo Alexander — Herausgabe der period. Druckschrift „Allgemeine Kellner-Zeitung“ — I., Judenplatz 10.
Hahn Victor — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Finanzielles Echo“ — I., Minoritenplatz 1.
Enzensohner Josef — Käse- und Butter-Verfleiß — XVI., Neulerchenfeld, Hasnerstraße 32.
Butina Michael — Kastianenbrater — XVII., Hernals, Hauptstraße bei Nr. 114.
Curl Elisabeth — Kastianenbratergewerbe — VIII., Landong. bei Nr. 45.
Curl Johann — Kastianenbrater — VIII., Landongasse bei Nr. 21.
Zuidakoff Bartholomäus — Kastianenbrater — VI., Magdalenenstraße.
Guttman Cäcilie — Kleidermacherin — V., Doppelgasse 3.
Karel Johann — Kleidermacherin — V., Kriehubergasse 17.
Krepela Wenzel — Kleidermacher — VIII., Lederergasse 35.
Parizet Josef — Kleidermacher — XVI., Neulerchenfeld, Liebhartsg. 10.
Rauhofer Karl — Kleinfuhrwerk — XIX., Grinzing, Kirchengasse 3.
Chémel Martha — Korb-, Holz- und Kinderspielwaren-Verfleiß — XVI., Ottakring, Eisnerstraße 11.
Lufsch Theresie — Kurzwaren-Verfleiß — XII., Meidling, Johannesg. 18.
Wirth Johann — Mechaniker — IX., Marktstraße 29.
Rifa Marie — Milch- und Gebäck-Verfleiß — XVIII., Währing, Gürtelstraße 66.
Ulrich Francisca — Modistin — VIII., Länggasse 28.
Ivanitsch Theodor — Musiker — XVII., Hernals, Steingasse 4.
Wagner Marie — Obsthandel — I., Am Schanzl.
Miklanek Georg — Obst- und Grünwarenhandel im Umherziehen — XVIII., Währing, Gürtelstraße 8.
Jabla Eva — Obst- und Grünwaren-Verfleiß im Umherziehen — XVI., Ottakring, Akelegasse 1.
Bäc Jakob — Pfäblerin — V., Reiprechtsdorferstraße 18.
Steiner Anna — Pfäblerin — VIII., Maria Treussgasse 1.
Stowasser Karl — Preßhufe-Verfleiß — XVI., Ottakring, Gablenzg. 2.
Schreier Salomon — Pretiosen-Verfleiß — I., Salzgräß 27.
Blasche Julie — Privatlehranstalt für Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidermachen — III., Kollbasse 14.
Jakoubek Anton — Schuhmacher — XVII., Hernals, Währingerg. 5.
Gochlar Johann — Tischler — XIV., Rudolfsheim, Karolinengasse 6.
Rauer Marie — Verfleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — VIII., Länggasse 41.
Feutner Josefa — Verfleiß von Parfümeriewaren und Toilettegegenständen — VIII., Kochgasse 23.
Fergöth Katharina — Victualien-Verfleiß — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse, Markt.
Svejda Marie — Victualien-Verfleiß — IX., Binderergasse 1.
Hapl Anna — Wäscheputzerin — III., Beatrixgasse 1.
Hartmann Sophie — Wäscheputzerin — X., Laaerstraße 5.
Samal Rosine — Wäscheputzerin — VIII., Josefstädterstraße 45.
Beyer Anna — Weißnäherin — XVI., Neulerchenfeld, Friedmanng. 4.
Reich Juliana — Weißnäherin — VIII., Buchfeldgasse 7.
Protanek Bertha — Wohnungsvermittlung — VIII., Landongasse 25.
Golob Amalie — Wohnungsvermittlung — VIII., Schlüsselgasse 19.
Fering Johann — Wohnungsvermittlung — I., Naglergasse 11.
Ranitz Henriette — Wohnungsvermittlung — I., Färbergasse 6.
Rörner Amalie — Wohnungsvermittlung — VIII., Schlüsselgasse 14.
Mitte Francisca — Zuberbäderwaren-Verfleiß — XVII., Hernals, Rosensteingasse 41.

Inhalt:

Seite

Gemeinderath:
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 19. October 1894.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:

1. Entschuldigung des Vice-Bürgermeisters Dr. Richter und der Gem.-Räthe Strobach und Gerhards wegen Fernbleibens 2213

	Seite		Seite
2. Spende des Karl Wittgenstein für Arme	2213	36. Gem.-Rath Stiaßny, betreffend die Thorportalanlage beim Hause III. Bezirk, Sechstrügelgasse 10, des Josef Spilka	2223
3. Spende des Friedrich Paulit für Arme	2213	37. Derselbe, betreffend die Risalit- und Thorportalanlage beim Hause VII. Bezirk, Kaiserstraße 91, der Eheleute Deutsch	2223
4. Spenden zweier Ungenannter für Arme	2213	38. Gem.-Rath Baugoin, betreffend die Herstellung von einfachen Gräften auf dem Ottakringer Friedhofe (Zuschusscredit)	2223
5. Spende des Jakob Eisler für das Franz-Josef-Jugendbath	2213	39. Gem.-Rath v. Götz, betreffend die Herstellung der Kochgasse in Penzing, XIII. Bezirk (Zuschusscredit)	2223
6. Dank des Johann Strauß für die Glückwünsche der Gemeinde	2213	40. Derselbe, betreffend die Reconstruction des Schöpfwerkes in Fiebing, Allee-gasse 22 (Zuschusscredit)	2223
7. Statthaltereier-Letats vom 13. October 1894, betreffend die provisorische Genehmigung der neuerlich vorgelegten Winter-Fahrordnung der Wiener Tramway-Gesellschaft	2213	41. Gem.-Rath Dr. Hackenberg, betreffend die Auflassung des in der Verlängerung der Schaumburggasse zwischen Kolschitzgasse und Gassergasse im IV. Bezirke projectiert gewesenen Straßen-zuges	2224
8. Aufschicht der k. k. Postei-Direction, betreffend die Neuwahl zweier Mitglieder in die Gemüßbewach-Commission	2213	42. Derselbe, betreffend die Neupflasterung der Karolinengasse im IV. Bezirke (Zuschusscredit)	2226
9. Einladung zur Besichtigung der probeweisen Beleuchtung von Straßen in Meidling mit Wassergas	2213	43. Gem.-Rath Dr. Vogler, betreffend die Subventionierung des Conventes der Ursulinerinnen	2226
Einlauf:		44. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Vereines zur Umgestaltung der Calvarienbergkirche in Hernals	2226
10. Petition von Hausbesitzern des XIII. Bezirkes wegen Einlösung und Demolierung einer Häusergruppe und Erweiterung des Rudolfsheimer Marktplatzes (Gem.-Rath Röhrl)	2214	45. Gem.-Rath Matthies, betreffend den Ankauf einiger Grund-parcellen zum Zwecke des Ausbaues der allgemeinen Volksschule X. Bezirk, Rinstgasse, Kringergasse	2227
Interpellationen:		46. Derselbe, betreffend die Errichtung eines Schöpfwerkes im XI. Bezirke, Ebersdorferstraße	2227
11. Gem.-Rath Moske, betreffend die Rückwirkung der beabsichtigten Reform des Heimatsgesetzes auf die Finanzen der Stadt Wien	2214	47. Gem.-Rath Dr. Huber, betreffend Nachzinsnachlässe für die durch den Hagelschlag am 7. Juni 1894 geschädigten Pächter städtischer Grundstücke im III., V., XI. und XVII. Bezirke	2227
12. Gem.-Rath Sebastian Grünbeck, betreffend die Wasserleitungs-Arbeitsarbeiten in Hernals	2214	48. Gem.-Rath Jos. Müller, betreffend die Auflassung der projectierten Verlängerung der Bachofengasse zwischen der Kirchengasse und Nußdorfer Hauptstraße in Nußdorf	2228
13. Gem.-Rath Dr. Uhl, betreffend seinen Antrag wegen Einbringung einer Petition um Einführung des allgemeinen Wahlrechtes	2214	49. Derselbe, betreffend das Project für die Einwölbung des Krottenbaches von Ober-Döbling bis Salmannsdorf	2228
14. Gem.-Rath Röhrl, betreffend die Einstellung des Obstverkaufs am öffentlichen Markte im XV. Bezirke, Schönbrunner Hauptstraße, mit Beginn der Dämmerung	2215	50. Derselbe, betreffend die Baulinienbestimmung für einen Theil der Ebersdorferstraße in Lainz, XIII. Bezirk	2230
15. Gem.-Rath Weitmann, betreffend Vorgänge bei der Einkommensteuer-Vorschreibung	2215	51. Gem.-Rath Stiaßny, betreffend die Regulierung des Meidlinger Ortsplatzes und der anschließenden Theile der Louise- und Josefigasse im XII. Bezirke	2230
16. Gem.-Rath Kreindl, betreffend die Passage für Fußgänger in der Döbbling Hauptstraße	2215	52. Gem.-Rath Wurm, betreffend die Ertheilung des Bauconsenses für die Erbauung eines Turnsaales in der Schule XVIII. Bezirk, Gersthof, Alseggerstraße 16	2230
17. Gem.-Rath Dr. Geymann, betreffend die Ausnützung des Menschen- und Pferdmaterials bei der Wiener Tramway-Gesellschaft	2215	53. Derselbe, betreffend die Ertheilung des Bauconsenses für den Schulhausbau X. Bezirk, Knollgasse	2230
18. Gem.-Rath Brauneiß, betreffend Uebelstände bei der Mariahilferlinie	2215		
19. Derselbe, betreffend das Pflaster der Schönbrunnerstraße im XIV. und XV. Bezirke	2215	Beschluß-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 19. October 1894.	
Anträge:		Inhalt:	
20. Gem.-Rath Dr. Mechansky, betreffend eine Reform der Gemeinde-Einnahmen	2216	1. Gem.-Rath Dr. R. v. Billig, betreffend Information für den Stadtmayor puncto Expropriation eines Hauses im VII. Bezirke	2231
21. Gem.-Rath Schneeweiß, betreffend die Verlegung der Verkaufshütte für australisches Fleisch vor dem Geschäftslocale der Rath. Böhm, III. Bezirk, Viaductgasse 3	2216	2. Gem.-Rath Rüchtauf, betreffend Verleihung der goldenen Salvator-Medaille an R. Ranftelschöfer	2231
22. Gem.-Rath v. Götz, betreffend die Ausdehnung des § 1 des Gesetzes vom 9. Juli 1891, R.-G.-Bl. Nr. 97, betreffend Übergangsbestimmungen in Bezug auf die Veranlagung der Gebäudesteuer zc. auf die neuen Bezirke	2216	3. Derselbe, betreffend Remuneration für J. Friedl, Stellmeister der städtischen Feuerwehr	2231
23. Gem.-Rath Dr. Geymann, betreffend die Rückwirkung der beabsichtigten Reform des Heimatsgesetzes auf die Finanzen der Stadt Wien	2216	4. Gem.-Rath Wigelberger, betreffend Personalzulage für Franz Zatloukal, Oberhörnist der städtischen Feuerwehr	2231
Referate:		5. Gem.-Rath Dr. Hackenberg, betreffend Verleihung der großen goldenen Salvator-Medaille an J. Haas	2231
24. Gem.-Rath R. v. Neumann, betreffend die Baulinienbestimmung für die ehemalige fürstliche Liechtensteinsche Brauhausrealität im IX. Bezirke, Lichtenthal	2216	6. Derselbe, betreffend Verleihung der goldenen Salvator-Medaille an R. Scheer und G. Maurer	2231
25. Gem.-Rath Wigelberger, betreffend die Herstellung eines Holzschädelpflasters vor dem Schulhause XV. Bezirk, Rosinagasse 11 b (Zuschusscredit)	2221	7. Gem.-Rath Mayer, betreffend Remunerationen an die Beamten der städtischen Sparcassen	2231
26. Derselbe, betreffend die Vermehrung des Mannschafsthanbes der städtischen Feuerwehr	2221	Stadtrath:	
27. Derselbe, betreffend die Subventionierung der freiwilligen Feuerwehr Neustift a. B.	2221	Verdict über die Stadtraths-Sitzung vom 16. October 1894	2231
28. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Döbbling Kirchenuftvereines	2221	Allgemeine Nachrichten:	
29. Gem.-Rath Wurm, betreffend die Grundüberlassung für beim Baue der Infanterie-Kaserne auf der Schmelz projectierte Vorbauten	2221	Commission für Verkehrsanlagen in Wien	2236
30. Derselbe, betreffend die Risalitanlage beim Hause IV. Bezirk, Plöhlgasse 5 und 7, des Albert Freiherrn v. Rothschild	2222	Donaregulierungs-Commission	2236
31. Gem.-Rath Josef Müller, betreffend die Lesenvorbrünge beim Hause V. Bezirk, Pilgramgasse 10, des Ferdinand Hanneberg	2222	Schul-Angelegenheiten:	
32. Derselbe, betreffend die Risalitanlage beim Hause XVIII. Bezirk, Wallris- und Erndtgasse Einl.-Z. 737, des Paul Oberst	2222	Bezirkschulrath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien	2237
33. Derselbe, betreffend eine Grundtransaktion mit der k. k. Diöcesan-Gebäudedirection rücksichtlich Linienverzehrungssteueramts-Gründe in Kahlenbergerdorf	2222	Approvisionierung:	
34. Gem.-Rath R. v. Neumann, betreffend die Thorportalanlage beim Hause IX. Bezirk, Höfergasse 3	2223	Täglicher Fleischmarkt vom 14. bis 20. October 1894	2237
35. Derselbe, betreffend die Thorportalanlage beim Hause IX. Bezirk, Höfergasse 5	2223	Schlachtviehmarkt vom 22. October 1894	2237
		Pferdemarkt vom 19. October 1894	2238
		Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 20. October 1894	2238
		Städtisches Lagerhaus	2238
		Baubewegung:	
		Gesuche um Baubewilligungen vom 18. bis 22. October 1894	2238
		Gewerbeanmeldungen	2239
		Rundmachungen	

Herausgeber: Die Gemeinde Wien. Verantwortlicher Redacteur: Dr. Friedrich Edler v. Adler, Secretär des Wiener Magistrates.

Papier aus der k. k. priv. Bittener Papierfabrik. — J. B. Wallischhauser's k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maack), Wien, I., Wallischgasse 10.